

ÖGZ

09/2011

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund

Linz 2011

Kulturentwicklung
zwei Jahre danach

Stadtbibliothek Salzburg

Die moderne digitale Bibliothek

Grazer Stadtschreiberin aktuell

Die Autorin Barbara Marković

Verlagspostamt 1110 Wien • P. b. b. ZNr. 102038542

LAND DER STÄDTE – VORBEREITUNG DER AUSSTELLUNGSREIHE

Kulturraum Stadt

- 4** *Thomas Weninger*
Kultur für die Stadt – Stadt für die Kultur
Editorial des Generalsekretärs des Österreichischen Städtebundes
- 5** *Bürgermeister Michael Häupl*
Für die Zukunft: Bildung und Ausbildung
Vorwort des Präsidenten des Österreichischen Städtebundes
- 6** *Aktuelle Meldungen*
Städtebund Aktuell & Kommunalnews
Kurzberichte aus den Bundesländern
- 10** *Julius Stieber*
Kulturentwicklung nach Linz09
Perspektiven und Zukunftsszenarien nach der „Kulturhauptstadt“
- 12** *Angelika Fitz, Otto Hochreiter*
Land der Städte
Vorbereitung der Ausstellungsreihe „100 Jahre Städtebund“
- 14** *Helmut Windinger*
Die Stadt: Bibliothek Salzburg
Eine hochmoderne öffentliche Institution
- 16** *Gerald Gröchenig*
Das Publikum der Zukunft
Theater in Villach für Kinder und Jugendliche
- 18** *Daniela Weiss-Schletterer*
Die neue „Theaterfreiheit“ im Zentrum Innsbrucks
Ab Herbst 2012 ist Innsbruck um ein „Freies Theater“ reicher
- 19** *Bernhard Denscher*
Kultur als Marketingfaktor
Spezielle Qualitäten des eigenen Standortes sind gefragt
- 20** *Franz Schönfellner*
Kunst.Genuss.Krems
Investitionen in Kultur schaffen ein eigenständiges Profil
- 22** *Peter Grabensberger*
Grazer StadtschreiberInnen auf Erfolgskurs
Die Entwicklung der literarischen Interkulturalität in Graz
- 26** *Berthold Ecker*
Zeitgenössische Wiener Kunst im MUSA
Fördern durch Sammeln
- 28** *Peter Grabensberger*
Bücher unterwegs in Graz
Das Postservice der Grazer Stadtbibliothek



Linz war im Jahr 2009 europäische Kulturhauptstadt. Jetzt folgen Projekte für die Zukunft

10



Das Recht der Kinder auf Kunst wird in Villach innovativ umgesetzt

16



Das MUSA in Wien: Fördern durch den Ankauf von Kunstwerken

26

- 30** *Raimund Locicnik*
Stadtarchiv Steyr im Aufwind
Im Herbst 2010 wurden die Bestände gesichtet und neu geordnet
- 31** *Meena Lang*
Freiwilligenarbeit gegen Rassismus
„Europa für Bürgerinnen und Bürger“ in der Gemeinde Ebensee
- 32** *Ronald Risy*
Ausgrabungen am St. Pöltner Domplatz
Ein Schlüsselprojekt zur Weiterentwicklung der Altstadt
- 34** *Waltraud Isimekhai*
Kulturzentrum Klagenfurt
Im Schnittpunkt dreier Kulturen
- 36** *Sabine Veits-Falk*
Die Stadt Salzburg in der NS-Zeit
Eine wissenschaftliche Gesamtbetrachtung
- 38** *Gertraud Strempl-Ledl*
Denkmalpflege für den Kulturtourismus
Revitalisierung historischer Bauten ist ein positiver Wirtschaftsfaktor
- 40** *Elisabeth Pacher*
Das EU-Programm „Kultur 2007-2013“
Inspiration durch kulturelle Kooperationsprojekte
- 42** *Petra Draxl*
Sozial, kreativ, innovativ!
Der Europäische Sozialfonds (ESF) hilft am Arbeitsmarkt
- 43** *Jürgen Steinberger*
1. Olympische Jugend-Winterspiele 2012
Innsbruck mit Seefeld zum dritten Mal olympischer Austragungsort
- 46** Europa – Magazin – Jus



Bei der Neugestaltung des St. Pöltner Domplatzes sind auch ArchäologInnen am Werk

32



Die künstlerische und kulturelle Vielfalt wird in Klagenfurt aktiv gefördert

34



Tirol schreibt ein neues Kapitel internationaler Sportgeschichte

43

IMPRESSUM: ÖGZ: Österreichische Gemeinde-Zeitung Ausgabe Nr. 09/2011. Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993, Leitung: Generalsekretär Dr. Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag Gesellschaft m. b. H. & Co. KG, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Dr. Gabriele Ambros, Gerhard Milletich, Redaktion ÖGZ: Michael Krause, Roland Preiss, Grafik: Martin Hampejs, Fotoredaktion: Lisa Gastager, Mitarbeit: Marizela Hrcan, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-7135 • Reproduktion: Repromedia Druckges.m.b.H. Nfg. KG, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Ueberreuter Print GmbH, 2100 Korneuburg, Industriestraße 1 • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2011: 10 Ausgaben • Cover: Marlene Hausegger, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache in allen Artikeln und Beiträgen. Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,50; Jahresabonnement: EUR 42,-, Abo-Bestellnummer: Tel. +43(0)1/740 32-466 • Anzeigen: Alexander Smejkal, a.smejkal@bohmann.at, Tel. +43(0)1/740 32-253 • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

GENERALSEKRETÄR



Kultur für die Stadt – Stadt für die Kultur

Die Stadt bietet nicht nur Förderung und Wertschätzung für die Künste, die wiederum zu Ästhetik, Einzigartigkeit und Authentizität der Stadt beitragen, sondern durch die Vielzahl an Einflüssen auch das ideale „Ausgangsmaterial“ zur Auseinandersetzung. Das von Geschäftsleitung und Hauptausschuss beschlossene und zuvor im Kulturausschuss vorgestellte Projekt „Land der Städte“ zum hundertjährigen Bestehen des Städtebundes im Jahr 2015 soll sich den Städten Österreichs widmen. Es soll ein vermehrtes Bewusstsein für ihr Wesen, ihre Leistungen und ihre jeweiligen lokalen Besonderheiten verankert werden. Dabei sollen vor allem die BewohnerInnen in den Vordergrund rücken und zu einem „Wir sind Stadt“-Bewusstsein beitragen.

Dass die Wirtschaftskrise auch Auswirkungen auf die Kulturbudgets der einzelnen Städte hat, wurde bei den letzten Tagungen des Kulturausschusses klar. In den Jahren 2004 bis 2008 waren die Nettoausgaben für Kultur von Jahr zu Jahr angestiegen. Im Jahr 2009, dem Jahr nach Beginn der Wirtschaftskrise, waren sie zum ersten Mal wieder zurückgegangen. 352 Millionen oder 4,8 % der Nettoausgaben der Gemeinden flossen in „Kunst, Kultur und Kultus“. Das ist ein Minus von 1,8 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008. Das Städtebarometer 2010 zeigte bereits die Auswirkungen der geringeren Ausgaben – 2010 sind die StädterInnen weniger mit dem Kulturangebot zufrieden als sie es 2009 gewesen sind: 67 % meinen, dass ihre Heimatstadt viel Kunst und Kultur zu bieten hat, 2009 waren es noch 77 % gewesen. Zeitgleich mit der sich erholenden Wirtschaft weist das Städtebarometer 2011 auch wieder eine größere Zufriedenheit mit dem kulturellen Angebot der eigenen Stadt auf: 72 % sind ziemlich bis sehr zufrieden damit. Wann wieder Werte wie vor der Krise erreicht werden, steht damit jedoch noch in den Sternen.

Im Übrigen bin ich der Meinung: Österreich braucht starke Städte, Europa braucht starke Städte!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Weninger', with a stylized flourish at the end.

Dr. Thomas Weninger
Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes

PRÄSIDENT



Für die Zukunft: Bildung und Ausbildung

Die Chance auf Bildung und Ausbildung ist die Grundlage für soziale Ausgeglichenheit, Wohlstand und individuelle Zukunftsperspektiven in Europa. Sie sind der einzig langfristige Garant für eine weiterhin stabile und friedliche Entwicklung in ganz Europa. Eine Entwicklung, die gemeinsam erfolgen muss. Und die die bestehende, stark spürbare Unsicherheit, die viele Menschen in ganz Europa gegenüber dem gemeinsamen Haus derzeit haben, überwinden muss. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es keine Alternative zur EU geben kann.

Investitionen in Bildung und Ausbildung sind gleichsam eine *conditio sine qua non*. Denn damit wird die Basis für eine positive Zukunftsperspektive der Menschen, aber auch für die Innovationskraft des Landes geschaffen.

So, wie von der Politik ein entschiedenes Auftreten gegen Armut verlangt wird, muss von uns auch der vielerorts drohenden Bildungsarmut entschieden entgegen getreten werden. Denn sie gefährdet die Zukunft unseres Landes und unserer Gesellschaft. Österreichs Städte haben sich bereits vor langer Zeit mit großem Engagement dem Kampf gegen Bildungsarmut verschrieben. Gewinnen können wir diesen Kampf allerdings nicht allein.

Es bedarf einer Anstrengung aller drei Gebietskörperschaften in unserem Land.

Starke Städte bedeuten starke Regionen. Starke Regionen bedeuten ein starkes Österreich, ein starkes Europa. Ein starkes wirtschaftliches, gesellschaftliches und sozial gerechtes Europa.



Bürgermeister Dr. Michael Häupl
Präsident des Österreichischen Städtebundes

STÄDTEBUND ZU BERICHT DES STAATSSCHULDENAUSSCHUSSES

„Österreichs Städte und Gemeinden sind an einem Abbau der Staatsschulden interessiert, sie haben in der Vergangenheit immer ausgeglichene Budgets vorgewiesen und haben den Stabilitätspakt immer eingehalten. Sie sind Vorreiter bei der Verwaltungsreform beispielsweise durch E-Government und Bürgerbüros“, betonte Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, anlässlich der Präsentation des Berichts des Staatsschuldenausschusses über das Jahr 2010. Demnach hat sich die Budget- und Schuldenentwicklung nach der Krise weitgehend stabilisiert.

Dennoch sind Österreichs Städte nach wie vor in einer prekären Finanzsituation: die Mittel aus den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) steigen zwar wieder an, können aber nicht die Einbrüche der vergangenen beiden Jahre ausgleichen, sodass jetzt gerade erst das Niveau von 2008 erreicht ist. Gleichzeitig sind die Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Soziales in den vergangenen Jahren regelrecht explodiert, sodass in absehbarer Zeit kein Geld mehr für Investitionen zur Verfügung stehen wird.

Entflechtung der Transferleistungen

Die am 6.7.2011 von Staatsschulden-Ausschuss-Vorsitzenden Bernhard Felderer erhobene Forderung einer Staatsreform und einer

„Zusammenführung von Aufgaben und Ausgaben“ unterstützt der Österreichische Städtebund daher voll und ganz: „Nur durch echte Strukturreformen können die Leistungen der Städte und Gemeinden langfristig abgesichert werden“, so Generalsekretär

Weninger. Einsparungspotenzial sieht Weninger in einer Entflechtung der Transferleistungen zwischen Bund, Städten, Gemeinden und Ländern und der Aufhebung von Doppelgleisigkeiten und intransparenten Kofinanzierungen. Dies

könnte aber nur durch einer Neuordnung im sogenannten Finanzausgleich (FAG) erreicht werden. Dies forderte auch StA-Vorsitzender Felderer.

Weninger: „Wir brauchen eine klare Einteilung der Aufgaben und volle Mitsprache – nach dem Motto: wer zahlt, schafft an.“ Und: „Radikale Sparprogramme haben in der jetzigen Situation keinen Sinn, denn Österreichs Städte sind Wirtschaftsmotoren, die dazu beitragen, die Konjunktur zu stabilisieren und damit Beschäftigung vor Ort speziell für Klein- und Mittelunternehmen zu sichern.“



STÄDTEBUND-FRAUENAUSSCHUSS WARNT VOR NEUREGELUNG DER „GEMEINSAMEN OBSORGE“

Bis jetzt hat sich die neue Justizministerin Beatrix Karl zum Thema „gemeinsame Obsorge“ nach einer Scheidung oder einer Trennung nicht positioniert, die Pläne ihrer Vorgängerin liegen jedoch noch auf dem Tisch. Um zu verhindern, dass diese Realität werden, fordern die MitgliederInnen des Frauenausschusses des Österr. Städtebundes die Ministerin daher auf, „die geplanten Neuregelungen zur gemeinsamen Obsorge in der derzeitigen Fassung nicht umzusetzen“. Eine entsprechende Resolution wurde vom Frauenausschuss einstimmig beschlossen und an die Ministerin weitergeleitet.

Umstrittener Neuentwurf

Zum Hintergrund: Die ehemalige Justizministerin Bandion-Ortner hatte im Februar 2011 einen Neuentwurf des bestehenden Gesetzes vorgelegt, als dessen wesentlichste Veränderung zur der zeitigen Regelung wohl die automatische gemeinsame Obsorge bezeichnet werden kann. Dies würde bedeuten, dass bei genau jenen ehemaligen Paaren, die sich nicht mehr verstehen, ein Elternteil den anderen zur gemeinsamen Obsorge zwingen kann. „Das Kindeswohl ist das oberste Gut, das es bestmöglich zu wahren gilt, absichtlich eine solch aufgeladene Situation erzeugen zu wollen, entspricht nicht dem Kindeswohl“, so die Vorsitzende des Frauenausschusses des

Österreichischen Städtebundes, die Wiener Stadträtin Sandra Frauenberger. In der jetzigen Regelung besteht bereits die Möglichkeit auf die gemeinsame Obsorge. Diese beantragen dann in erster Linie zwei Menschen, die dies auch wollen und die noch so gut miteinander auskommen und so viel Vertrauen zueinander haben, dass sie zusammen Entscheidungen treffen können. Dort, wo aufgrund internationaler Vorgaben gemeinsame Obsorge auch gegen den Willen eines Elternteils möglich gemacht werden muss, braucht es Begleitmaßnahmen für die Familien, die derzeit noch fehlen.

Verschlechterungen vermeiden

Es gibt jetzt schon Fälle, wo die gemeinsame Obsorge beantragt wurde und es im Laufe der



Zeit zu einer Verschlechterung des Verhältnisses der Elternteile zueinander kam. Eine kleine Sammlung von Praxisbeispielen, wie nachteilig sich die gemeinsame Obsorge bei zwei Elternteilen, die sich nicht mehr verstehen, auswirkt, wurde darum von den städtischen Frauenbeauftragten aus ganz Österreich zusammengetragen und ebenfalls an die Ministerin übermittelt. Die noch von Bundesministerin Bandion-Ortner geplanten Änderungen würden also bewirken, dass solche Fälle bei weitem häufiger auftreten könnten. Wenn es schon Änderungen der derzeitigen rechtlichen Lage geben soll, dann muss ein neuer Entwurf klären, wie damit umzugehen ist, wenn sich ein besuchsberechtigter Elternteil zu wenig um sein/e Kind/er kümmert. Diese Fälle sind in der Praxis bei weitem häufiger als jene, wo der zweite Elternteil unbedingt die gemeinsame Obsorge will“, so Vorsitzende Sandra Frauenberger abschließend.

Informationen über den Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes

Im Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes sind die auf politischer Ebene verantwortlichen Politikerinnen sowie die städtischen Frauenbeauftragten vertreten. Vorsitzende des Ausschusses ist die amtsführende Wiener Stadträtin Sandra Frauenberger. Der Frauenausschuss des Österreichischen Städtebundes hat sich zum Ziel gesetzt, die Situation der Frauen unmittelbar vor Ort zu verbessern. Erfahrungsaustausch und gemeinsame Aktionen – wie ein österreichweites Pfeifkonzert gegen Gewalt an Frauen, Aktionen zum „Equal Pay Day“ und gemeinsam erarbeitete Resolutionen – machen den Frauenausschuss zu einer wichtigen Plattform für kommunale Frauenpolitik.

Info: <http://www.staedtebund.gv.at/themenfelder/frauen.html>

STÄDTEBUND BEGRÜSST BUNDES-INITIATIVEN FÜR RADFAHRERINNEN

Der Österreichische Städtebund begrüßt die verstärkten Bemühungen des BMVIT zum Ausbau des Radverkehrs: „Wir freuen uns über alle Initiativen, das Radfahren einfacher, attraktiver und sicherer zu machen, denn Radfahren gehört in den Städten neben dem öffentlichen Verkehr zu den Fortbewegungsmitteln der Zukunft“, so Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes.

In einem Mediengespräch mit Verkehrsministerin Doris Bures und Wiens Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou wurde am 14.7.2011 ein Fonds für den Radverkehrs Ausbau in Städten und Gemeinden im Ausmaß von 1,9 Millionen Euro vorgestellt.

Radfahren fördern

Neben verstärkten Förderbemühungen wurde auch ein neues Handbuch für Städte und Gemeinden präsentiert, in dem von nationalen und internationalen ExpertInnen erarbeitete „kosteneffiziente Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in Gemeinden“ nachzulesen sind: So soll die Radverkehrsinfrastruktur ausgebaut werden, um den RadfahrerInnenanteil zu steigern, sowie die Sicherheit im Straßenverkehr für die RadwegebenützerInnen zu verbessern. Die Publikation soll der breiteren Öffentlichkeit einen Einblick über das Zusammenspiel von Umsetzung, Aufwand und Nutzen von Maßnahmen vermitteln.

„Die Broschüre ist umfassend, übersichtlich und anwendungsorientiert und enthält gute Anregungen, wie der Radverkehr in Städten und Gemeinden verbessert werden kann“, so Thomas Weninger.

Fahrradstraßen sollen kommen

Als „besonders erfreulich“ bewertet Weninger jedoch die Ankündigung von Ministerin Bures, auch in absehbarer Zeit Fahrradstraßen und die Flexibilisierung der Radwegbenutzungspflicht gesetzlich zu verankern. Die Ministerin bestätigte heute Gespräche mit dem Koalitionspartner zu diesem Thema.



Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie will Fahrradstraßen und eine flexiblere Radwegbenutzungspflicht

„Wir hoffen auf eine baldige politische Einigung“, so Städtebund-Generalsekretär Weninger. Denn die Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht, eine bereits jahrzehntelange Forderung des Städtebundes zur Flexibilisierung des Radverkehrs, war zwar im ursprünglichen Entwurf der 23. Novelle zur StVO enthalten, beschlossen wurde aber letztlich ein Gesetz, in dem diese wesentlichen Punkte – Fahrradstraßen und Aufhebung der Radwegbenutzungspflicht – nicht mehr enthalten waren.

„Wir freuen uns, dass nach den ersten „kleinen“ Schritten durch die 23. StVO-Novelle im Mai nun endlich der große Sprung zur Verbesserung und Attraktivierung des Radverkehrs bevorstehen könnte“, so Weninger abschließend.

Info: Das Handbuch „Kosteneffiziente Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs in Gemeinden“ des BMVIT zum Download unter: www.bmvit.gv.at/verkehr/ohnemotor/publikationen/radverkehrsfoerderungen.html

MENSCHENRECHTSBEIRAT GRAZ JETZT WEIBLICH

Der Vorsitz im Grazer Menschenrechtsbeirat (MRB) ist seit Kurzem weiblich: Die bisherige stellvertretende Vorsitzende Elke Lujansky-Lammer folgte Univ.-Prof. Wolfgang Benedek nach, ihre Stellvertreterin wurde Maggie Jansenberger, die unanhängige Frauenbeauftragte der Stadt Graz. Wolfgang Benedek hatte nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidiert. Er hatte den Menschenrechtsbeirat zusammen mit VP-Bürgermeister Siegfried Nagl initiiert und aufgebaut, wie seitens des MRB mitgeteilt wurde.

Menschenrechtsverletzungen aufzeigen

Die steirische Gleichbehandlungsanwältin Lujansky-Lammer wurde einstimmig zur neuen Vorsitzenden bis 2013 gewählt. Lujansky-Lammer und Jansenberger sollen den MRB nach außen vertreten und Menschenrechtsverletzungen in der Stadt Graz aufzeigen. Diese sollen in den Beratungsgremien der Stadt zur Sprache gebracht werden, um dann entsprechende strukturelle Veränderungen einfordern zu können. Ferner ist es die Aufgabe, öffentlich zu menschenrechtsrelevanten Themen in der Stadt Stellung zu beziehen, „mit dem Ziel, dass Menschenrechte im Alltag von BürgerInnen und EntscheidungsträgerInnen auch gelebt werden.“

Politiker-Aussagen auf dem Prüfstand

Der Menschenrechtsbeirat hatte sich am 12. April 2007 konstituiert. Bisher hatte er vor allem mit den entsprechenden Berichten zur

Lage der Menschenrechte sowie mit Wahlkampfbeobachtungen von sich reden gemacht. Dabei war im Sinne einer Ampel-Beurteilung der Gemeinderatswahlkampf von Parteien bewertet und eine virtuelle Ampel auf „Gelb oder Rot“ gestellt worden, wenn Aussagen und Aktionen von Politikern geeignet waren, Gruppen zu verunglimpfen und Menschenrechte zu verletzen. Der MBR unter Wolfgang Benedek hatte zudem scharf gegen das im Frühjahr in der Steiermark vom Landtag beschlossene generelle Bettelverbot protestiert. Benedek selbst hatte zusammen mit anderen bekannten Persönlichkeiten Anfang Mai an einem Protest-Betteln teilgenommen und dafür absichtlich, um gegen das Verbot juristisch tätig werden zu können, eine Anzeige ausfasst.



Fotostudio Land / Sabine Grün

Elke Lujansky-Lammer,
Menschenrechtsbeirat Graz



Corbis

DAS LINZER „PAPA-MONAT“ IST EIN ERFOLG

Die Mitarbeiter der Stadt Linz können sich seit Kurzem für das spezielle Papa-Monat-Modell entscheiden. Damit auch Männer die Möglichkeit haben, von Anfang an eine intensive Beziehung zu ihrem Kind aufzubauen, ermöglicht die Stadt Linz ihren Mitarbeitern seit Beginn des Jahres

ein spezielles Modell zum Papa-Monat. Im Unterschied zum Land, wo die Väter die gesamte Dauer der Vaterschaftsfrühkarenz gegen Entfall der Bezüge in Anspruch nehmen können, erhalten die Mitarbeiter der Stadt Linz bei Inanspruchnahme der Kurz-Karenz eine zusätzliche Woche bezahlten Sonderurlaub.

Wer also die vier Wochen Vaterschaftsfrühkarenz beantragt, erhält eine Woche als Sonderurlaub mit Bezügen zusätzlich. Die übrigen drei Wochen gelten als Sonderurlaub ohne Bezüge, sofern kein Erholungsurlaub beansprucht wird. „Fast die Hälfte aller frischgebackenen Väter haben heuer bereits das Papamonat in Anspruch genommen“, so die Initiatorin Frauenstadträtin Eva Schobesberger.

Für fast die Hälfte der Jungväter attraktiv

Das Papamonat haben im heurigen Jahr von den insgesamt 20 frischgebackenen Vätern rund die Hälfte, insgesamt neun Mitarbeiter, genutzt.

Drei weitere Anträge für die Monate August und September lagen vor. „Das steigende Interesse an dieser Regelung zeigt, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für private Betriebe und Unternehmen immer wichtiger wird“, meint Frauenstadträtin Schobesberger.

Damit Veränderungen in der Familienpolitik vorangetrieben werden können, sei eine Bewusstseinsänderung bei der Kindererziehung ein ganz wesentlicher Punkt, betont die Linzer Frauenstadträtin.

Kinder eine „rein weibliche“ Angelegenheit?

Untersuchungen zeigten, dass Kinderbetreuung nach wie vor zu mehr als 90 Prozent Frauensache ist.

Diese Aufgabe zählt also weiterhin zu den „rein weiblichen“ Angelegenheiten, während die Männer mit ihrem Job die Familie ernähren sollen. „Der neue Papamonat ist eine Chance, mehr Väter zu motivieren, in Karenz zu gehen“, ist die Linzer Frauenstadträtin überzeugt.

GESUCHT: UNTERNEHMEN FÜR DEN „KLIMA:AKTIV PAKT2020“

Umweltminister Niki Berlakovich hat am 5. August 2011 in Wien zur Teilnahme am „klima:aktiv pakt2020“ eingeladen: Großunternehmen tragen die österreichischen Klima- und Energieziele mit und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung der Lebensqualität für uns und unsere Kinder. Als Bündnispartner für eine energieautarke Zukunft erhalten die Betriebe bei der Maßnahmenumsetzung und Zielerreichung intensive Unterstützung durch die Profis von klima:aktiv, der Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums.

Vorreiter am Weg zur Energieautarkie

Der „klima:aktiv pakt2020“ ist das Klimaschutzbündnis für österreichische Großbetriebe. Als Initiator des Bündnisses startet Umweltminister Niki Berlakovich den Aufruf an alle österreichischen Betriebe, Großunternehmen und Organisationen, sich für den „klima:aktiv pakt2020“ zu bewerben und als Vorzeigunternehmen zu beweisen, dass sie einen entscheidenden Schritt auf Österreichs Weg hin zur Energieautarkie setzen. „Mit dem Bündnis treten wir einmal mehr den Beweis an, dass Ökologie und Ökonomie einander perfekt ergänzen“, so Umweltminister Niki Berlakovich anlässlich des Starts für den „klima:aktiv pakt2020“.

Zielvereinbarungen des klima:aktiv pakt2020

„Für eine rege Teilnahme am klima:aktiv pakt2020 appelliere ich besonders an innovative Betriebe, Großunternehmen und Organisationen, die im österreichischen Klimaschutz eine Vorreiterrolle einnehmen“, erklärt Niki Berlakovich. „Wir wissen, dass viele Firmen bereits heute weitreichende Maßnahmen zum aktiven Klimaschutz umsetzen. Der klima:aktiv pakt2020 bietet die Möglichkeit, alle ambitionierten Betriebe zu einem Bündnis zusammenzuschließen, um gemeinsam den Weg in eine energieautarke Zukunft für unser Land zu gehen.“

Mit ihrem Beitritt zum „klima:aktiv pakt2020“ entscheiden sich die Bündnispartner dafür, die österreichischen Energie- und Klimaziele mitzutragen und jedes der angestrebten Ziele zumindest zu erfüllen. Bis zum Jahr 2020 sehen die Zielvereinbarungen für die Betriebe vor, dass die CO₂-Emissionen um 16 Prozent reduziert werden, die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert wird und dass der Anteil „Erneuerbarer Energien“ auf 34 Prozent des gesamten Energieverbrauchs erhöht wird. Ausgangspunkt für die Berechnungen sind die Kennzahlen der Unternehmen aus dem Jahr 2005.

„Das große Ziel des „klima:aktiv pakt2020“ ist neben einem wichtigen Beitrag zur Erreichung der Energie- und Klimaziele vor allem auch die Erweiterung des Know-hows der Bündnispartner, das gemeinsam mit ExpertInnen der „klima:aktiv“-Programme und führenden Technologieunternehmen laufend weiterentwickelt und gefördert wird“, so Umweltminister Niki Berlakovich.

Bewerbungskriterien

Die Bewerbung zum „klima:aktiv pakt2020“ erfolgt durch ein öffentliches Ausschreibungsverfahren. Österreichische Betriebe

und Unternehmen, die Bündnispartner werden wollen, entwickeln ein Grobkonzept für die Maßnahmenumsetzung und reichen dieses bis 5. Oktober 2011 beim klima:aktiv-Management in der österreichischen Energieagentur ein. Detailinformationen und Einreichunterlagen können auf „www.klimaaktiv.at/pakt2020“ abgerufen werden.

Über klima:aktiv

klima:aktiv ist die Klimaschutzinitiative des Lebensministeriums. Seit 2004 deckt klima:aktiv mit den Themenschwerpunkten „Erneuerbare Energie“, „Bauen und Sanieren“, „Energiesparen“ und „Mobilität“ alle zentralen Technologiebereiche einer zukunftsfähigen Energienutzung ab. klima:aktiv leistet mit der Entwicklung von Qualitätsstandards im Bereich Energieeffizienz, der aktiven Beratung und Schulung, sowie breit gestreuter Informationsarbeit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. klima:aktiv dient dabei als Plattform für Initiativen von Unternehmen, Ländern und Gemeinden, Organisationen und Privatpersonen. Das breite Wissen wird von „klima:aktiv“-Expertinnen und Experten in ganz Österreich getragen und bildet die optimale Basis für eine erfolgreiche Umsetzung des „klima:aktiv pakt2020“.



Österreichs Großbetriebe leisten mit ihrem Beitritt zum „klima:aktiv pakt2020“ einen wichtigen Beitrag auf dem Weg in die Energieautarkie

Info: www.klimaaktiv.at/pakt2020

Rückfragehinweise:

- Lebensministerium, Mag.^a Doris Ostermann, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 01/71100/6823, doris.ostermann@lebensministerium.at
- Österreichische Energieagentur, Mag. Alexander Rehbogen, MBA, klima:aktiv Partnermanagement
Tel.: 01/5861524/132, alexander.rehbogen@energyagency.at
- Pressedienst, currycom communications, Mag. Stefan Deller, MA
Tel.: 01/599 50, stefan.deller@currycom.com

Kulturentwicklung nach Linz09

Nach dem „Jahrhundertereignis“ der europäischen Kulturhauptstadt Linz09 ist man auf der Suche nach Perspektiven und Zukunftsszenarien. In der aufstrebenden Kulturmetropole an der Donau werden kontinuierlich weitere Kunstprojekte ins Leben gerufen und umgesetzt.

Julius Stieber, Kulturdirektor der Stadt Linz



Linz sieht sich heute als moderne, offene, innovative und zukunftsorientierte Stadt, in der Kultur und Kunst eine zentrale Rolle spielen. Sieht man von der kulturellen Entwicklung der Jahrzehnte seit den 1970er-Jahren einmal ab, die mit Meilensteinen wie Klangwolke, Ars Electronica und Pflasterspektakel verbunden und unter dem Begriff „Kultur für alle“ subsumierbar sind, so lässt sich das letzte Jahrzehnt durch intensive Investitionen in die kulturelle Infrastruktur charakterisieren, die Linz zu Städten wie Wien, Graz und Salzburg aufschließen hat lassen und auch den internationalen Vergleich

nicht zu scheuen brauchen: angefangen vom Neubau des Lentos Kunstmuseums und des Wissensturms über das neue AEC bis hin zum internationalen Atelierhaus Salzamt. Dazu kommen noch die Investitionen des Landes Oberösterreich in den Neubau des Südflügels des Linzer Schlossmuseums, in den Ausbau der OÖ. Landesbibliothek sowie als Höhepunkt der infrastrukturellen Entwicklung in das neue Musiktheater, das 2013 eröffnet werden wird.

Angesichts der Fülle an gebauter „Kulturhardware“, die in den letzten zehn Jahren und nicht zuletzt im Hinblick auf das Kul-

turhauptstadtjahr Linz09 geschaffen wurde, stellt sich nun die Frage, wie sich in Zukunft die kulturelle Entwicklung gestalten wird.

Linz09 und danach

Gut ein Jahr nach dem „Jahrhundertereignis“ der europäischen Kulturhauptstadt Linz09 lassen sich bereits einige nachhaltige Erfolge erkennen: eine stärkere internationale Wahrnehmung, eine Bereitschaft zu neuen Kooperationen, eine engere Zusammenarbeit zwischen Kultur und Tourismus, eine intensivere Bespielung öffentlicher Räume, mehr Mut zu neuen Formaten sowie Stadt-

Das Stadtteilkulturprojekt „Bellevue, das Gelbe Haus“ war eines der Erfolgsprojekte von Linz09 und wird 2011 fortgesetzt



teilkulturarbeit auf der Höhe der Zeit. Als Beispiel für ein neues Format gilt u.a. das Festival Nextcomic, das sich seit 2009 als Plattform für internationale Comic-Kunst in Österreich etablieren konnte. Mit dem „Kepler Salon“ steht zudem nun ein neues Diskursformat zur Verfügung, das offen, zeitgemäß und verständlich eine breite Palette an gesellschaftlich relevanten Themen behandelt, vermittelt und diskutiert. Mit Hilfe von übrig gebliebenen Geldern aus dem Budget der Kulturhauptstadt konnten aber auch andere Projekte der Kulturhauptstadt weitergeführt werden. So z.B. das Projekt

„Höhenrausch“ auf den Dächern des City-Parkhauses oder die Wiederaufnahme des Stadtteilkulturprojektes „Bellevue“ im Landschaftspark Bindermichl, der kürzlich in Bellevue-Park umbenannt wurde.

Ein Instrumentarium, um die Kulturentwicklung und damit Stadtentwicklung nach Linz09 voranzutreiben, ist das 2010 gestartete Projekt „Kulturentwicklungsplan neu“ (KEP neu). Zehn Jahre nach dem ersten KEP und ein Jahr nach Linz09 ist es an der Zeit, wieder über mögliche neue kulturelle Wegmarken, Leitlinien und Maßnahmenpakete nachzudenken.

Musiktheater und Tabakfabrik als Entwicklungsprojekte der Zukunft

In den nächsten Jahrzehnten wird Linz vor allem von zwei neuen Großprojekten in seiner kulturellen Entwicklung geprägt werden: dem Bau des neuen Musiktheaters im Zentrum sowie der Entwicklung der ehemaligen Tabakfabrik, einem denkmalgeschütztes Industriebau von Peter Behrens, an der städtischen Peripherie.

Beim Musiktheater wird entscheidend sein, wie es sich überregional zwischen Wien und Salzburg etablieren wird können. Dabei sollte man nicht nur auf Populäres wie Oper und Musical setzen, sondern auch innovativen Darbietungen und Programmen Raum geben. Ein wesentlicher Baustein für die erfolgreiche Positionierung des Musiktheaters wird auch die Neupositionierung des Brucknerfestes im Verbund mit dem bestehenden Brucknerhaus sein. Stadt und Land sind hier gefordert, in den nächsten Jahren ein

entsprechendes Konzept zu entwickeln, das die Grundlage für ein Brucknerfest neu bildet. Mindestens ebenso wichtig für die zukünftige kulturelle Positionierung von Linz ist das zweite große Entwicklungsprojekt, die ehemalige Tabakfabrik. Dieses stellt die Stadt vor eine große Herausforderung, ist doch ein Areal mit einer Nutzfläche von ca. 80.000 m² völlig neu zu entwickeln. Erste Ansätze zu einem Nutzungskonzept hat eine Vorstudie von Univ.-Prof. Robert Bauer geliefert, die drei mögliche Szenarien skizziert: „Kreativstadt“, „Exzellenz“ und „Jugend, Toleranz und Materialität“. Alle drei Nutzungsszenarien sehen prinzipiell vor, kreativwirtschaftliche Elemente und Kulturprojekte in das Gelände zu bringen. Derzeit werden mit verschiedenen Zwischennutzungen, wie z.B. der Ars Electronica 2010, die 90.000 BesucherInnen auf das Gelände lockte, Möglichkeiten ausgelotet.

FAZIT

Die Voraussetzungen für eine dynamische Entwicklung im Bereich der Kultur und Kunst sind in Linz also immer noch in hohem Maß gegeben. Es wird von den finanziellen Rahmenbedingungen und der Bereitschaft der Bevölkerung, das Angebot auch wahrzunehmen, abhängen, wie die Reise weitergeht. ■

Die Linz09-Klangwolke widmete sich dem Thema FLUT. Schneeweiße Tiere, kreierte vom südafrikanischen Künstler Roger Titley, durchzogen die Stadt und verwandelten sie in ein wunderschönes Biotop





Einen neuen Blick auf den urbanen Alltag ermöglicht auch die Künstlerin Marlene Hausegger, hier ihre Arbeit „Zebra“ (Graz 2007, mit Romana Rust). In Internet finden Sie die Künstlerin ebenfalls: <http://mmhhh.com>



Land der Städte

In vier Jahren wird der Städtebund 100 Jahre alt. Und bereits jetzt beginnen die Vorbereitungen für die Ausstellungsreihe „Land der Städte“. Sie will im Zeitraum von 2013 bis 2015 zur Plattform der österreichischen Städte und ihrer BürgerInnen werden.

Angelika Fitz, freie Kuratorin und Otto Hochreiter, Direktor Stadtmuseum Graz

Die Stadt hat in Österreich ein Imageproblem. Auch wenn die Empirie eine deutliche Sprache spricht und der Zuzug in die Städte von ihrer Attraktivität erzählt. Die Bilder in den Köpfen sind noch immer geprägt vom wanderbaren, wasserreichen, ländlichen Österreich. Das 100-jährige Jubiläum des Städtebundes im Jahr 2015 bietet die Gelegenheit, den Blick auf die zentrale Rolle der Städte für die Entwicklung des Landes zu richten. Eine bundesweite Ausstellungsreihe will neue Bilder in einer breiten Öffentlichkeit verankern. Das Konzept, das sich im Auftrag des Städtebundes gerade in Arbeit befindet, sieht ab Herbst 2013 eine Tour durch bis zu 30 Städte vor. Ein fixer Ausstellungsteil wird dabei an jeder Station mit lokalem Material ergänzt. Eine gemeinsame Website bündelt die Aktivitäten und bietet zusätzliche interaktive Tools, vor allem für jüngere Menschen.

Unter dem Arbeitstitel „Land der Städte“ entwickeln wir zurzeit Formate jenseits

einer ausklappbaren Wanderausstellung. Wir wollen ein multimediales Erlebnis bieten, das in Erinnerung bleibt. Gefragt ist einerseits die grundlegende Vermittlung von Fakten und Wissen: Was leisten Städte als Motor von sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Innovation? Und wo liegen die Herausforderungen? Andererseits sollen die AusstellungsbesucherInnen emotional angesprochen werden und so spüren: Die Stadt hat etwas mit mir zu tun.

Die Ausstellungsreihe soll eine lebendige Plattform für die Städte und ihre BewohnerInnen werden. Deshalb werden wir Sie in den nächsten Monaten an dieser Stelle einladen, sich aktiv zu beteiligen, sei es bei der Themenfindung oder später als GastgeberIn einer Station. ■

Für Rückfragen steht Ihnen Frau Mag.^a Christina Aigner, christina.aigner@staedtebund.gv.at bzw. 01/4000/89995, gerne zur Verfügung.



Die Stadt:Bibliothek Salzburg

Mit der Eröffnung des neuen Hauses in der Neuen Mitte Lehen wurde im Jahr 2009 ein weiterer Meilenstein in der Geschichte dieser öffentlichen Bibliothek gesetzt. Die Bibliothek der Stadt Salzburg feiert heuer ihr 70-Jahr-Jubiläum.

Helmut Windinger, Amtsleiter Stadtbibliothek Salzburg

Auf 5.000 Quadratmetern gibt es ausreichend Platz für alle Dienstleistungen, die eine moderne Bibliothek auszeichnen. Längst sind Bibliotheken keine reinen Medienverleihstellen mehr. Leseförderung, sozial-integrative Projekte und Kulturveranstaltungen sind mittlerweile selbstverständliche Bestandteile des Bibliotheksbetriebs.

Der Lernort Bibliothek ist mehr als nur ein Schlagwort, dazu braucht es auch eine Infrastruktur auf dem neuesten technischen Stand: Übersichtliche Rechercheangebote, Internetplätze, W-LAN und Räume für Schulungen und Präsentationen sind wichtige Ingredienzien. Bibliotheken sind aber auch ein Ort aktiver Freizeitgestaltung. Neben dem umfassenden Angebot an Abspiegelgeräten für Filme und Musik vor Ort, drückt sich



dies insbesondere in einem breiten kulturellen Angebot aus. Die Stadt:Bibliothek Salzburg hat sich anspruchsvolle Veranstaltungen zu aktuellen Sachthemen und Sachbüchern zum Schwerpunkt gemacht – die Belletristik hat mit dem Literaturhaus ja eine eigene Heimstätte im Stadtteil Lehen. Bei szenischen Lesungen mit SchauspielerInnen und FilmemacherInnen wird aber schon mal der gesamte Bibliotheksraum mit Effektbeleuchtung, Musik und Film in Szene gesetzt.

Spezialisiert auf Zielgruppen

Für Kinder- und Jugendliche gibt es natürlich ein eigenes Veranstaltungsprogramm. Die klassische Kinderlesung und Bibliothekseinführung gibt es noch; das Veranstaltungsangebot geht mittlerweile aber weit darüber hinaus. Von der

wöchentlichen Krabbelgruppe über die Redaktion der Plaudertasche – einer Kinderzeitung – bis zu Filmprojekten, die von Schülerinnen und Schülern in der Bibliothek umgesetzt werden, reicht hier die Bandbreite.

Nirgends kommt die Verbindung zwischen Lernen und Spaß besser zum Ausdruck als bei der Leseförderung in Bibliotheken. Hier kann in spielerischer Form Interesse für das Lesen, die Literatur ganz allgemein, aber auch für den Umgang mit neuen Medien und digitalen Informationsangeboten geschaffen werden. Multimediale Lernhilfen und altersgerechte Sachmedien

unterstützen bei den Lernaufgaben. Medienkompetenz und Umgang mit neuen Medien ist aber nicht nur für die Jüngeren ein Thema. Für Seniorinnen und Senioren gibt es daher regelmäßig Einführungen in die Mediensuche am Computer, ein maßgeschneidertes Schulungsprogramm, das großen Zuspruch findet.

Kooperationen sichern positive Entwicklung

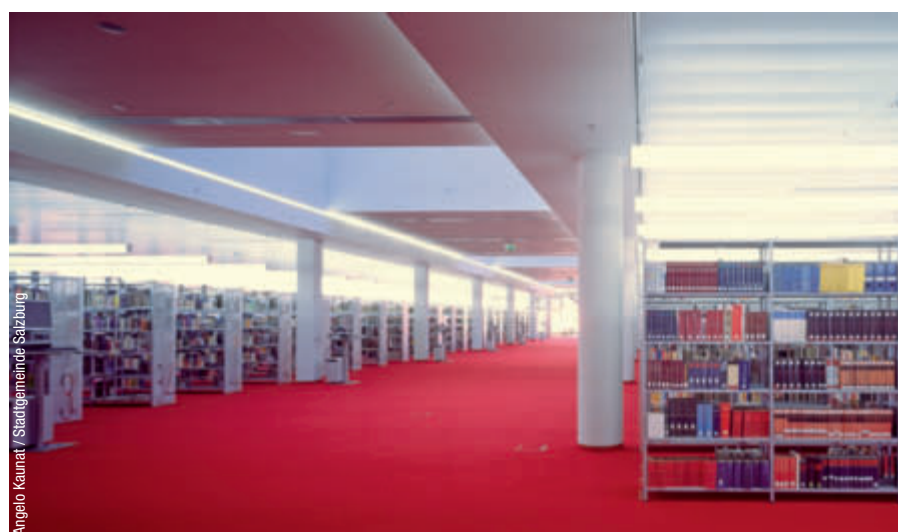
Immer wichtiger werden für die Bibliothek Kooperationspartner für die professionelle Umsetzung der vielfältigen Projekte. Neben den Bildungspartnern und Kultur- sowie

Sozialeinrichtungen sind dies vor allem auch die städtischen Bauauftraggeber für Jugend und Integration. Für mehrsprachige Veranstaltungen und den Aufbau der Fremdsprachenbibliothek hilft dann schon einmal ein Generalkonsulat oder der ein oder andere Fremdsprachenlehrer bei der Beschaffung der im Handel nicht verfügbaren Literatur. Bibliotheksangebote sind nicht mehr auf den physischen Ort beschränkt. Auch digitale Medien, bei denen die Ausleihe nicht mehr in der Bibliothek, sondern direkt bei den Bibliothekskunden zu Hause erfolgt, sind längst ein Thema. Die Stadt:Bibliothek Salzburg hat daher zeitgleich mit dem neuen Haus auch ein digitales Medienangebot eingerichtet, das an sieben Tagen in der Woche 24 Stunden zur Verfügung steht.

Mittlerweile können durch eine Kooperation mit dem Bibliotheksreferat des Landes alle öffentlichen Bibliotheken im Land Salzburg an diesem Angebot teilnehmen. Die Zukunft wird vor allem auch verstärkt mobile Medienangebote bringen. Die digitalen Medien der Bibliothek sind daher inzwischen auch auf mobilen Endgeräten wie iPhone oder iPad lauffähig.

FAZIT

So gesehen wird sich das Bibliotheksangebot der Zukunft im Spannungsfeld zwischen physischem Ort und attraktivem Treffpunkt einerseits und mobilen, internetfähigen Informations- und Medienangeboten andererseits abspielen. Die Stadt Salzburg hat mit ihrer Bibliothek an beiden Enden des Spektrums vorgesorgt. ■



INFOS:

Daten zur Stadtbibliothek Salzburg	
Fläche:	5.000 m ²
Medien:	180.000
Online-Medien:	11.000
Entlehnungen:	1,1 Millionen
BesucherInnen	312.000

Virtuelle Tour durch die Bibliothek auf:
www.stadt-salzburg.at/bibliothek



ASSITEJ-Weltpräsident Dr. Wolfgang Schneider im Gespräch mit Dr. Hanne Seitz von der Fachhochschule Potsdam

Das Publikum der Zukunft

Villachs Theater für ein junges Publikum orientiert sich an Internationalität und Nachhaltigkeit. Kunst und Kultur sollen allen zugänglich gemacht werden, auch den Kindern und Jugendlichen.

Gerald Gröchenig, Leiter der Abteilung Kultur in der Stadt Villach



Roberto Frabetti, Intendant des Theaters „La Baracca“ aus Bologna, erläutert seine Theaterarbeit für Kinder ab einhalb Jahren

Das Recht der Kinder auf Kunst

Im März 2011 wurde in Bologna im Rahmen des Festivals „Visioni di Futuro“ die „Charta der Rechte des Kindes auf Kunst und Kultur“ vorgestellt. 18 Paragraphen haben Redaktionsmitglieder aus aller Welt dazu erarbeitet. Viele dieser Forderungen entsprechen den seit 2005 angewandten Zielsetzungen für das Programm des Kinder- und Jugendtheaters in Villach. Dazu gehören: Einbeziehung aller Kunstgenres, altersspezifisch differenzierte Angebote, Internationalität, beschränkte Zuschaueranzahl, hohe ästhetische Qualität und vor allem Thematiken, die sich an der Lebenswelt der Kinder und Jugendli-

chen orientieren: Damit entwickelte Villach eine Programmstruktur, die in Österreichs Großstädten wie Wien, Linz, Graz oder Salzburg seit Jahren angeboten wird. Was bedeutet das in der Praxis? Es gibt drei Abos ab zwei, vier und sieben Jahren sowie Einzelvorstellungen für Ältere. Seit der Saison 2004/2005 waren 84 Theatercompagnien aus 12 Nationen in Villach zu Gast, 134 Produktionen umfassten Genres vom Erzähltheater und Puppenspiel bis hin zu multimedialen Installationen oder Tanztheater. Thematisch gab es neben viel Unterhaltung auch Stücke zu den Schattenseiten, wie sie jedes Kind heutzutage erleben kann. Dass ein Interesse



„Die Brücke – Il Ponte“ – Koproduktion des Theaters La Baracca aus Bologna mit dem Toihaus Theater Salzburg (dieses Foto und rechts)





Der Warteraum zum Theaterstück „Die Brücke – Il Ponte“

daran besteht, die Möglichkeiten des Theaters bei der Verarbeitung sogenannter „Tabuthemen“ zu nutzen, zeigte sich im März dieses Jahres: Nach der Vorstellung der Produktion „Ente, Tod und Tulpe“ diskutierte ein engagiertes Villacher Publikum mit Prof. Dr. Max Friedrich, dem Leiter der Wiener Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, zum Thema „Tabus im Theater für Kinder“.

Symposium „Die Brücke – Il Ponte“

Als Reflexion dieser Theaterarbeit sowie als Schlusspunkt einer zweijährigen internationalen Kooperation fand in Villach vom 7. bis 9. April 2010 das Symposium „Il Ponte – Die Brücke“ statt. Es erfüllte alle Erwartungen: An die 100 TeilnehmerInnen aus Österreich, Deutschland, Italien und Großbritannien waren angereist, es gab ausverkaufte Säle bei den Vorstellungen sowie hochklassige Referate

und Workshops. Einen Schwerpunkt des Kongresses bildete das Thema „Theater für die Aller kleinsten“, da mit dem Theater „La Baracca“ aus Bologna und dem Toihaus Theater Salzburg zwei der führenden Compagnien ihrer Länder in Villach gastierten. La Baracca-Intendant Roberto Frabetti, er leitete in Villach einen Workshop, ist Autor von über 40 Theaterstücken für Kinder ab einem Jahr und organisiert in Bologna seit den 1990er-Jahren die Theaterausbildung in den Krabbelstuben und Kindergärten.

Große Wertschätzung erfuhr Villachs Programmgestaltung aus berufenem Mund: Wolfgang Schneider, Weltpräsident des 85 Staaten umfassenden Kinder- und Jugendtheaterverbandes ASSITEJ, war zum Kongress angereist. In seiner Festansprache attestierte er, „dass in Villach der europäische Integrationsprozess in diesem Sektor bestens funktioniert“. Das war ein

Kompliment von höchster Stelle für die Arbeit der letzten Jahre und ein Ansporn, Qualität und Internationalität auch in Zukunft beizubehalten. ■

INFO:

Charta der Rechte des Kindes auf Kunst und Kultur:
<http://cartadeidritti.testoniragazzi.it/>

Auszug aus der Charta:

Kinder haben das Recht

- sich der Kunst in all ihren Formen zu nähern: Theater, Musik, Tanz, Literatur, Poesie, Film, visuelle und multimediale Künste
- Teil künstlerischer Prozesse zu sein, die ihre emotionale Intelligenz nähren und ihnen helfen, in harmonischer Weise Sensibilität und Kompetenzen zu entwickeln
- durch die Beziehung zu den Künsten die körperliche, semantische und visuelle Intelligenz zu entwickeln

Die neue „Theaterfreiheit“ im Zentrum Innsbrucks

Ab Herbst 2012 ist Innsbruck um ein „Freies Theater“ und ein interaktives „Hörmuseum“ reicher. Dann heißt es „Bühne frei“ für ein Innovationsprojekt der besonderen Art.

Daniela Weiss-Schletterer, Referentin „Kulturkonzepte und Veranstaltungen“, Kulturamt Innsbruck

Über drei Jahre sind vergangen, seit Innsbrucks 2011 verstorbene Bürgermeisterin a.D. Karin Hildebrand mit kulturpolitischem Weitblick ein außergewöhnliches Projekt initiierte. Zu einer Zeit, in der europaweit Theaterbetriebe schließen mussten, entstand in enger Zusammenarbeit mit den freien Theaterschaffenden und dem Kulturamt der Stadt Innsbruck der Plan für ein freies Theaterzentrum in der Innsbrucker Innenstadt.

Als Standort bot sich ein Haus in der Wilhelm-Greil-Straße, gelegen am neu gestalteten Landhausplatz, dessen unterer Teil von der Stadt Innsbruck angekauft wurde. Was zur Zeit des Ankaufs noch nicht absehbar war: ein besonderer Partner mit einem nicht minder außergewöhnlichen Projekt konnte als Mieter für die restlichen Flächen im Erdgeschoß und im 1. Stock gewonnen werden: die Firma MED-EL mit einem interaktiven Museum (Science Center) zum Thema Hören.

Überzeugt von den Synergien zwischen den beiden Einrichtungen und dem besonderen Mehrwert für die Innsbrucker Bevölkerung hat Kulturstadträtin Univ.-Prof. Patrizia Moser das Gesamtprojekt unter großem persönlichen Einsatz kulturpolitisch auf Schiene gebracht. Und so führen im April 2011 die ersten Bagger auf der innerstädtischen Baustelle auf, zur Freude von Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer.

Raum für Künstlerinnen und Künstler schaffen

Kulturstadträtin Univ.-Prof. Patrizia Moser weiß um die Bedeutung dieses Projekts besonders für die junge Generation der Theaterschaffenden, denn „**diese infrastrukturelle Maßnahme von Seiten der Stadt Innsbruck**

ist von größter Bedeutung für ein vielfältiges und reiches Theaterleben in der Landeshauptstadt. Raumnot, mangelnde Auftrittsmöglichkeiten und hohe Mietkosten schränken die Arbeit freier Theaterschaffender eklatant ein und verhindern viele Projekte.“

arbeitet auch ein Konzept zur Aufteilung des Spielbetriebes in Zeitkontingente. Denn die Möglichkeit, das Theater zu bespielen, soll nicht nur professionellen Innsbrucker Theatervereinen, sondern auch freien Projekten und Gastspielen offen stehen.



V.l.n.r.: Dr. Eckhard Schulz (Projektleiter/ MED-EL), Bürgermeisterin Mag. Christine Oppitz-Plörer, Arch. DI Christoph Neier, DI Dr. Ingeborg Hochmair (CEO MED-EL), Kulturstadträtin Univ.-Prof. Dr. Patrizia Moser, Dr. Daniela Weiss-Schletterer (Projektleiterin/Kulturamt), Ing. Dr. Franz Danler (ILG-Geschäftsführer)

Mitsprache groß geschrieben

„Auch gute Projekte können scheitern, wenn sie an den Bedürfnissen der Beteiligten vorbei geplant werden“, ist man im Kulturamt der Stadt Innsbruck überzeugt. Deshalb hat man auf die **Einbeziehung der gesamten freien Theaterszene** bereits in der Anfangsphase des Projekts größten Wert gelegt und schon im Frühjahr 2010 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der freien Szene eingerichtet. Diese beschäftigt sich nicht nur mit der Gründung eines Trägervereins, sondern er-

Und so hoffen alle Beteiligten, dass im Herbst 2012 „die Betreuer, die die Welt bedeuten“ bereits verlegt sind: in einem **Theatersaal für 170 Personen samt Proberaum im Zentrum von Innsbruck.** ■

WEITERE INFOS ZUM PROJEKT :

Kulturamt der Stadt Innsbruck
Herzog-Friedrich-Straße 21,
6020 Innsbruck
Tel. +43 (0) 512-5360-1655
daniela.weiss-schletterer@magibk.at

Kultur als Marketingfaktor

Ein wesentliches Element für die Attraktivität von Städten ist die Kultur. Doch zu oft werden dabei internationale Konzepte kopiert und zu wenig auf die speziellen Qualitäten eines Standortes und das eigene kreative Potenzial geachtet.

Bernhard Denscher, Leiter der Kulturabteilung der Stadt Wien

Die Konkurrenz der Städte ist im Zeitalter der Globalisierung deutlich stärker geworden. Vor allem mit der notw. endig gewordenen Wandlung vieler Kommunen vom Industriestandort zum Dienstleistungszentrum verstärkte sich dieser Trend. Die Strategie, das Ansehen einer Stadt mit dem kulturellen Angebot zu verbessern, wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dabei immer öfter eingesetzt.

Doch nicht nur diese Kommerzialisierung von Kunst hat zu einer grundsätzlichen Debatte über derartige Trends geführt.

Funktionalität versus Signalarchitektur

Auch der Glaube an die Wunder wirkende Signalarchitektur wurde mittlerweile relativiert. Es gibt weltweit viele Beispiele, bei denen mit erheblich mehr Geld als Ideen versucht wurde, mit einem spektakulären Kulturbau eine Imageverbesserung für einen Stadtteil oder für eine ganze Stadt zu erreichen. Doch oft handelt es sich dabei – aufgrund der Finanzierung durch private Projektentwickler – um Initiativen konservativer Repräsentationskultur. Ein interessantes Phänomen ist dabei, dass zum Beispiel in den letzten Jahren einige neue Opernhäuser errichtet wurden. Doch diese kostspieligen Renommierprojekte bieten oft wenig Innovatives, sondern eine vornehmlich retrospektive künstlerische Ausrichtung. Allzu oft wird „Kultur“ als ein soziales und wirtschaftliches Allheilmittel angesehen. Das Bedürfnis nach einfach umzusetzenden Rezepten wurde im zunehmend schärfer werdenden Wettbewerb Anfang des neuen Jahrtausends immer größer.



Das Museumsquartier in Wien: Die Produktion „Sofamaschine“ von Hubert Lepka und Lawine Torrén beweist die gelungene Verbindung von Tradition und Innovation an diesem Ort

Die kreative Klasse

Als der amerikanische Stadtforscher Richard Florida 2002 sein Buch „The Rise of the Creative Class“ veröffentlichte, glaubten viele, in seinen Thesen das Wunder der positiven Stadtentwicklung gefunden zu haben. Städte, die ihre Politik jedoch strikt an den Ideen von Richard Florida orientierten, stießen häufig auf heftigen Widerstand bei der Umsetzung dieser Konzepte. Jene, um die es eigentlich ging, nämlich die Kunstschaffenden, spielten nicht mit. Sie protestierten vor allem gegen die mit der Strategie einhergehende Kommerzialisierung und für viele schmerzliche Gentrifizierung ganzer Stadtteile.



Tanzquartier Wien

Museumsquartier Wien

Als ein gelungenes Beispiel einer kulturellen Innovation erscheint in diesem Zusammenhang das Museumsquartier in Wien. Die Mischung aus Museen und Orten der zeitgenössischen Avantgarde, wie das Tanzquartier oder die Kunsthalle, machen den Erfolg und die Originalität dieses Kulturareals aus.

Wie hoch der Nutzen oder wie groß der Schaden von spektakulären Bauprojekten oder Großveranstaltungen für die Entwicklung von Städten sein kann, ist Gegenstand von vielen Diskussionen und Untersuchungen.

Doch eines ist sicher: Wenn nur Konzepte anderer Städte übernommen werden, ohne ein ernst gemeintes künstlerisches Anliegen zu verfolgen und ohne auf die eigenen lokalen Besonderheiten einzugehen, kann ein aufwändiges Kulturprojekt sehr leicht scheitern. ■

Kunst.Genuss.Krems

Krems an der Donau zeigt, dass gezielte Investitionen in Kultur auch für kleinere Städte ein eigenständiges Profil und starke Impulse für die Wirtschaft bewirken. Die Entwicklung und Umsetzung eines städtischen Kulturentwicklungsplans führte zu beachtlichen Erfolgen.

Franz Schönfellner, Kulturverwaltung Krems

Krems an der Donau ist auf den ersten Blick eine mittelgroße Bezirksstadt mit vielen Angeboten und Funktionen wie viele andere auch. Dennoch ist die Stadt weit über die Region hinaus nicht nur als Einkaufs- und Bildungsstadt bekannt und beliebt. Krems ist als Teil der Weltkulturlandschaft Wachau unter anderem ein

Tourismusbagnet. Die über 1.000 Jahre alte Donaustadt mit knapp 25.000 EinwohnerInnen wird als Kulturstadt international anerkannt.

Dem Weltkulturerbe verpflichtet

Die Grundlagen für diese Entwicklung waren gut. Als Resultat der idealen Lage am Donaustrom wurde der Weinbau vor 1.200 Jahren der Motor für den Handel und die Wirtschaft. Ein reiches baukulturelles Erbe dominiert heute das Stadtbild. Und die Kommune weiß damit umzugehen. Krems wurde zur Musterstadt der Denkmalpflege. Dazu wurden im Architekturbereich neue Herausforderungen beispielhaft gelöst. Ging es zunächst vor allem darum zu sanieren und das Erbe zu erhalten, folgten bald große Kunstausstellungen.

Die Erfolge überzeugten: Kunst und Kultur sind nach außen hin Werbebotschaften, mit der die Stadt punkten kann. Und sie sorgen nach innen hin für eine nachhaltige Revitalisierung, für eine wirtschaftliche

Belebung der Innenstadt mit einer florierenden Tourismuswirtschaft.

Internationale Zustimmung

Das Land Niederösterreich unterstützt diesen Weg. Die Eröffnung der Kunsthalle Krems in einer ehemaligen Tabakfabrik und die Entwicklung der Kunstmeile Krems waren Meilensteine. Ein weiterer war die von der Europäischen Kommission und von Europa Nostra mit einem der höchsten Preise ausgezeichnete Sanierung der Gozzoburg. Dazu kommt, dass Krems in den beiden letzten Jahrzehnten als Festivalstadt und, das sollte man nicht zu gering ansetzen, als Universitäts- und Bildungsstadt moderner, offener und internationaler geworden ist.

Strategien für die Zukunft

Im Laufe der rasanten Entwicklung stellten sich natürlich auch immer öfters die Fragen nach der lokalen Identität und der lokalen Kulturszene. Angesichts knapper werdender Ressourcen und neuer Rahmenbedingungen begann vor rund zehn Jahren ein Diskussionsprozess, der unter anderem einen Kulturentwicklungsplan für Krems fest schrieb. Einstimmig erklärte der Gemeinderat im Jahr 2006 den Auftrag zur Weiterführung des erfolgreichen Weges und legte die kulturellen Ziele für die kommenden Jahre fest. Der Balance zwischen Angeboten für die Gäste und der eigenen authentischen Szene wurde dabei besonderes Augenmerk gewidmet. Die Jugendarbeit wurde dabei als Schwerpunkt unterstrichen.

Und die Ressourcen für die Kommunen werden noch knapper. Gerade hier ist für Krems bei den erforderlichen weiteren kommunalpolitischen Entscheidungen das Faktum, dass der Kulturbereich ein erklärter Schwerpunkt ist und dass die Leitlinien gemeinsam und einhellig formuliert wur-



Der Klangraum Minoritenkirche setzt internationale Akzente

den, Richtschnur und Entscheidungshilfe. Der Kulturentwicklungsplan ist zudem für die Verwaltung der Auftrag zur konsequenten Umsetzung der formulierten Ziele. Die dazu erforderlichen Maßnahmen werden auf breiter Ebene gemeinsam diskutiert. Neben dem zuständigen Fachausschuss werden die weiteren einzelnen Schritte in breit besetzten Beiräten behandelt, die eine Vielzahl von Interessen repräsentieren.

Die gemeinsamen Gespräche von Politik und Betroffenen erleichtern die Vorbereitung der erforderlichen Entscheidungen wesentlich.

Gemeinsam für Lebensqualität

So bekannte sich die Stadt Krems zur Stärkung der Musikschule im Sinne der Jugend. Für die Schule wurde ein Gebäude im Stadtzentrum neu adaptiert und die Schule verlegt. Und das mit doppeltem Erfolg: die volle Auslastung der Schule ist eine Seite, die spürbare Belebung der Innenstadt die andere. Die kürzlich eröffnete neue Stadtbücherei wurde auch zu einem Musterbeispiel der Stadterneuerung. Die inhaltliche Erneuerung des Stadtmuseums folgt.

Die Adaptierung und Nutzung der Dominikanerkirche für die Landesgalerie für zeitgenössische Kunst ist ebenfalls einstimmig vom Gemeinderat frei gegeben worden und wird bis 2012 realisiert.

Krems an der Donau kann die Früchte für seine richtungweisenden Entscheidungen nicht nur durch Auszeichnungen in der Denkmalpflege und Revitalisierung ernten. Nimmt man Lebensqualität als Nachhaltigkeitskriterium, so kann Krems mit Stolz seit 2008 auf das Prädikat „lebenswerteste Stadt Österreichs“ verweisen. ■

INFOS:

Der Kulturentwicklungsplan Krems ist auf der Homepage der Stadt abzurufen:
www.krems.gv.at

weitere Webtipps:

www.kunstmeile-krems.at
www.donaufestival.at
www.glattnundverkehr.at
www.klangraum.at



Revitalisierung belebt die Wirtschaft.



Von der UNESCO ausgezeichnete Altstadt Krems



In der neuen Bücherei Krems stehen die Kinder im Mittelpunkt

Beiträge zur literarischen Interkulturalität:

Grazer StadtschreiberInnen auf

Einen ganz besonderen Austausch im literarischen Bereich bewirkt die steirische Landeshauptstadt Graz mit dem jährlich vergebenen Stipendium der Grazer StadtschreiberInnen. Eigentlich basieren die Stadtschreiber auf einer Tradition des Mittelalters, wonach bei Ratssitzungen diese als Protokollführer fungiert hatten.

Peter Grabensberger, Abteilungsvorstand Kulturamt Graz

Die politisch Verantwortlichen der Stadt Graz definieren die Funktion der Stadtschreiberin bzw. des Stadtschreibers seit dem Jahr 1988/1989 neu. Schriftstellerinnen und Schriftsteller erhalten seit damals die Möglichkeit, ohne finanziellen Druck ihrer literarischen Tätigkeit nachzugehen und sich mit der Atmosphäre der Stadt selbst sowie konkret der Kunst- und Kulturszene der Stadt Graz auseinanderzusetzen.

Internationale Stipendiaten

Libuše Moníková, Norbert Gstrein, Angela Krauß, Anselm Glück, Gert Jonke, Franz Josef Czernin, Gundi Feyrer, Boris L. Rahmanin und ab 1996 bis zum Kulturhauptstadtjahr 2003 Dževad Karahasan: Dieses international vergebene Literaturstipendium spiegelt auch eine ganz besondere literarische Entwicklung in diesem europäischen Zentralraum. Mit der mehrjährigen Vergabe des Stipendiums an den bosnischen Linguisten, Literaten und Schriftsteller Dževad Karahasan bis zum Kulturhauptstadtjahr 2003 wich die Landeshauptstadt Graz von der jährlichen Vergabe ab. Dies deshalb, da Dževad Karahasan sehr intensiv in Projekte des europäischen Kulturhauptstadt-

jahres in Graz, unter anderem „Poetik der Grenzen“, federführend eingebunden war. Als Konsequenz des Kulturhauptstadtjahres kam es in Graz generell zu einer Neubewertung von Transparenz und Legitimierung im gesamten künstlerisch-kulturellen Bereich. Erstmals wurde das Literaturstipendium ausgeschrieben und die letztlich von den politischen Gremien der Stadt, dem Stadtsenat, gefällte Entscheidung durch eine hochrangige Jury vorbewertet. Rund 60 Bewerbungen werden seither jährlich behandelt.

Die Zeit nach dem Kulturhauptstadtjahr

Die kroatisch-italienische, aus Triest stammende Autorin Kenka Lekovich, die Slowenin Maruša Krese, der bosnische Autor Saša Stanišić, der ukrainische Autor Nazar Hontschar, der Ungar Péter Zilahy und für die Jahre 2009 und 2010 Fiston Mwanza aus der Demokratischen Republik Kongo erweiterten das Spektrum der Vergabe noch einmal in einem besonderen Ausmaß. Die Vergabe an Fiston Mwanza, der so wie zuvor Maruša Krese weiterhin in Graz verblieben ist, begründete die

Jury 2009 folgendermaßen: Der gerade erst 28-jährige, aus der Demokratischen Republik Kongo stammende, in der internationalen Literaturszene noch weitgehend unbekannte Autor Fiston Mwanza beeindruckt sowohl durch die inhaltliche Brisanz der vorgelegten Textproben als auch durch deren konzeptionelle Strenge

sowie den an Rap gemahnenden, glasharten Sprachduktus. Nicht zuletzt stellt sich mit Fiston Mwanza ein Autor vor, der mit Witz und Ironie gängige Zuschreibungsmuster der Fremdwahrnehmung unterschiedlicher Kulturen ebenso wie Schablonen „naiv“-realistischer Schreibweisen aufzubrechen versteht.

Aktuelle Tendenzen

Einen ganz besonderen Zugang entwickelten die Juroren und Jurorinnen – aktuell Dr. Markus Jaroschka, Dr.ⁱⁿ Alexandra Millner, Mag. Paul Pechmann, Mag.^a Angelika Reitzer und Dr. Rüdiger Wischenbart – für August 2010 bis August 2011, den Zeitraum, in dem Jörg Albrecht aus Deutschland dieses Stipendium zuerkannt wurde. Die Jurybegründung: Jörg Albrecht ist ein vielseitiger und überaus produktiver Autor, der auch als Netzkünstler arbeitet und mit dem Musiker Matthias Grübel die Band phonofix bildet. In den letzten Jahren reüssierte er, abgesehen von seinen beiden Romanen (Drei Herzen, 2006; Sternstaub Goldfunk Silberstreif, 2008), Essays und zahlreichen Hörspielen, vor allem als Dramatiker. Er nahm am Lehrgang Szenisches Schreiben von uniT Graz teil und ist Mitglied des Theaterkollektivs copy & waste. Seine Theaterstücke waren u.a. am Schauspielhaus Wien, am Maxim Gorki Theater Berlin und an den Münchner Kammerspielen zu sehen.

Die amtierende Stadtschreiberin

Mit dem nunmehr erfolgten Wechsel zog wiederum eine Stadtschreiberin in das „Cerrini Schloß“ auf dem Grazer Schloßberg ein, Barbara Marković: Die serbische Autorin, Übersetzerin und Journalistin Barbara Marković brachte mit „Ausgehen“



Barbara Marković

Erfolgskurs

Internationale SchriftstellerInnen können in Graz ohne finanziellen Druck ihrer literarischen Tätigkeit nachgehen und sich mit der Kunst- und Kulturszene befassen



(in Serbien 2006 und auf Deutsch 2009 erschienen), einer Nachdichtung von Thomas Bernhards „Gehen“, den mittlerweile fast 40 Jahre alten Text erneut und neu zum Leuchten und Strahlen: Marković hat Bernhard treffsicher und musikalisch über- und neu geschrieben; sie hat ihm neuen Sinn verliehen und seine Ausweglosigkeit und Verzweiflung in unsere Gegenwart hereingeholt und damit jene Existenzbewegung, die Bernhard vollständig in Sprachbewegung transportierte (G. Blöcker), weitergetrieben.

Den Dialog zwischen verschiedenen Kulturen und die außergeöhnliche Form der Intertextualität, verschiedene Wahrnehmungen und Blick auf Zeit und Ort, zeichnen auch Markovićs Projekt

für Graz aus: Die Autorin wird zum „Stadt-Avatar“ für Menschen, die ihre (Heimat-)Städte bereits vor längerer Zeit verlassen haben und anhand deren Erinnerungen sie sich auf die Spuren in der Gegenwart macht. Ein literarisches Spiel, aber auch eine Zusammenarbeit auf der technischen Basis eines der ersten Computer-Rollenspiele namens MUD (für Multi User Dungeon).

Nicht nur die geplanten Ergebnisse (ein Buch mit unkonventionellen, persönlichen Stadtplänen sowie eine Umsetzung im Internet) halten die JurorInnen für äußerst förderwürdig, sie betrachten auch die Anwesenheit Barbara Markovićs in Graz als große Bereicherung für dessen rege Literaturszene.

FAZIT

Gerade in einer Zeit, in der auch durch die demografischen Entwicklungen der Interkulturalität in den städtischen Ballungszentren höchste Bedeutung zukommt, kann dieses kleine, feine Stipendium einen wichtigen Beitrag leisten. Noch dazu in einer Stadt wie Graz, wo die Literatur seit Jahrzehnten einen ganz besonderen Stellenwert genießt und alleine durch die Tätigkeit eines eigenen städtischen Literaturhauses – in enger Zusammenarbeit mit dem Franz-Nabl-Institut für Literaturforschung der Karl-Franzens-Universität Graz, sowie mehreren ausgewiesenen Literaturzeitschriften – permanente Impulse gesetzt werden. ■



FOTOS: WEINGUT COBENZL (1), STADT WIEN MARKETING (1)

MIT EDELTROPFEN ZUM ERFOLG DER WEINBAU BOOMT

Seit der Antike bis heute gibt es in Wien Weinbau. Und das hat einen guten Grund. Die Donau verschafft dem Wiener Raum ein gemäßigtes Klima. In Kombination mit den guten Böden gelingen beste Weine.



Weinberge in Wien. Sie sind ein besonderes Merkmal der hohen Lebensqualität. Die guten Böden in Wien sind für den Weinbau von entscheidender Bedeutung. Kalkreich am Nußberg, sandig am Bisamberg und schwer in Mauer



Mit rund 680 Hektar Anbaufläche, 230 Weinbauern und 150 Buschenschanken ist Wien die einzige Großstadt mit nennenswertem Weinbau. Im Jahr 2009 waren es insgesamt 16.900 Hektoliter Wein. Schon zur Zeit der Kelten und der Römer gab es die wienerische Rebkultur. Mit den eigenen Weinbergen innerhalb der Stadtgrenzen hat die Bundeshauptstadt weltweit ganz besonderen Status, denn die Weinberge prägen das Stadtbild und sind ein beliebtes Erholungsgebiet für die Wienerinnen und Wiener und ihre Gäste. Das Städtische Weingut Wien Cobenzl erfreut sich nicht nur größter Beliebtheit, weil der Blick auf die Stadt wunderschön ist, sondern vor allem wegen der ausgezeichneten Weine.

EIN STÜCK KULTUR

Gute Tröpferl gibt es auch bei den unzähligen Heurigen, etwa in Grinzing, Neustift, Mauer oder Nußdorf. Der Heurige ist meist ganzjährig geöffnet, die Buschenschank erkennt man ganz einfach an dem über dem Eingang aufgehängten Föhrenbusch. Dann ist „ausgesteckt“, soll heißen: geöffnet.

VIelfalt und Qualität

In Wien werden vor allem Weißweine angebaut. Durch pannonische Klimaeinflüsse gelangen sehr fruchtige und elegante Weine. Grüner Veltliner, Welschriesling und der typische Gemischte Satz erreichen laufend beste

Bewertungen. Dazu kommen noch Weißburgunder und Chardonnay. Zunehmend werden von den Wiener Winzerinnen und Winzern auch Rotweine, allen voran Zweigelt und St. Laurent, aber auch internationale Sorten wie Merlot und Cabernet Sauvignon gekeltert. Ein perfektes Zusammenspiel bieten die fruchtigen Wiener Weine als Begleiter zur Wiener Küche.

WIENER WEINPREIS 2011

Am 28. Juni 2011 kürte Bürgermeister Dr. Michael Häupl die besten Wiener Weine im Rahmen einer feierlichen Gala im Arkadenhof des Wiener Rathauses. In zwölf Kategorien wurden die besten Tropfen ausgezeichnet. Es waren rund 600 Gäste aus Landwirtschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik gekommen, um die Siegerweine des Jahres 2011 zu verkosten.

**wein
wandern
wien**

5. WIENER WEINWANDERTAG
Open-Air, Sa. 24.9. und So. 25.9.
11.00 bis 21.00 Uhr, Eintritt ist frei.
Der Wiener Weinwandertag lädt zu traumhaften Touren durch die Weinberge. Wandern Sie durch die Wiener Weinberge und genießen Sie dabei Wiener Wein und Wiener Schmankerln von Neustift bis Nußdorf, von Strebersdorf bis Stammersdorf. Mehr Infos auf www.wien.gv.at/umwelt/natuerlich

Zeitgenössische Wiener Kunst im MUSA: Fördern durch Sammeln

Die Förderung zeitgenössischer Kunst wird in Wien besonders durch den Ankauf von Kunstwerken mit Fokus auf junge Wiener KünstlerInnen betrieben. Die Sammlung des MUSA verwaltet diese Werke und präsentiert sie in Themenausstellungen.

Berthold Ecker, Kunstreferent der Stadt Wien und Leiter des MUSA

Der **Erwerb von Kunstwerken** stellt schon seit den Zeiten Viktor Matejka (Kulturstadtrat von 1945 bis 1949) die **wichtigste Unterstützung** für Wiener KünstlerInnen dar und verhilft gleichzeitig der Stadt zu einer der bedeutendsten und umfangreichsten Sammlungen zeitgenössischer Kunst in Österreich. Damit entstand für die Kulturabteilung aber auch die Verpflichtung, mit diesen Malereien, Grafiken, Skulpturen, Objekten und Werken aus dem großen Bereich der neuen Medien vermittelnd zu arbeiten. Kunst wird nur in der Konfrontation und Auseinandersetzung mit ihr wirksam und so wurden schon in den Anfängen der Sammlung (ab 1951) häufig kleinere Ausstellungen in der Galerie der Kulturabteilung und in zahlreichen Schulen veranstaltet. Ein niederschwelliger Zugang zur Kunst und umfangreiche Vermittlungsarbeit in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Personal standen zunächst im Vordergrund. Auch größere Zusammenstellungen aus der Sammlung wurden organisiert und an repräsentativen Orten quer durch Europa gezeigt. Seit 1985 erfolgen die Ankäufe auf Empfehlung einer Fachjury.

Ein eigenes Haus für das MUSA

Mit den Jahren hatte die paradoxe Situation einer großen Sammlung ohne

eigene Ausstellungsmöglichkeit den Wunsch nach einer fixen Heimstätte entstehen lassen, der 2007 endlich in Erfüllung ging. Beauftragt mit der Planung einer multifunktionalen Halle mit flexiblem Wandkonzept und angeschlossenen Depots, gestaltete das junge Architektenteam „Kiskander Kaufmann“ im Erdgeschoss des Hauses der Wiener Stadtplanung, direkt neben dem Rathaus, ca. 1.000 Quadratmeter große, helle, zeitgemäße Ausstellungsräume von schlichter Eleganz und entsprechender technischer Ausstattung.

Das MUSA

Der Name für die Sammlung zeitgenössischer Kunst der Stadt Wien setzt sich aus drei Komponenten und räumlichen Bereichen, dem Museum, der Startgalerie und der Artothek, zusammen. Die Hauptausstellungen des MUSA werden nahezu ausschließlich aus der Sammlung kuratiert, die das Herzstück des Museums bildet. Mehr als 23.000 Werke von 4.000 Wiener KünstlerInnen stehen den KuratorInnen des Hauses und auswärtigen SpezialistInnen für die Erarbeitung von jährlich drei Themenausstellungen zur Verfügung. Jedes Projekt wird von einem deutsch-englischen Katalog begleitet und nach Möglichkeit auch im



Fotos: Michael Wolschlag, © MUSA (3)

Ausland gezeigt. In der Startgalerie präsentieren sich in zehn Einzelausstellungen pro Jahr junge KünstlerInnen, die von einer Jury empfohlen werden. Wir sehen diese Einrichtung als Versuchslabor, in dem auch das gewagte Experiment seinen Platz hat.

Ebenso wie die Startgalerie, die sich bei der jungen Szene großer Beliebtheit erfreut, kann auch Österreichs älteste Artothek, in der Privatpersonen Kunstwerke für zu Hause entleihen dürfen, auf große Nachfrage verweisen.

Die Zusammenführung verschiedener Fördermöglichkeiten der bildenden Kunst unter einem Dach erweist sich seit mittlerweile vier Jahren als Erfolgsmodell und bestärkt das Museumsteam in seiner Arbeit. ■



„Bücher unterwegs“ ist ein innovatives Vertriebssystem

Das Postservice der Grazer Stadtbibliothek ist eine vielbeachtete Kulturamtsinitiative. Zeitgemäße Serviceleistungen werden von den Kundinnen und Kunden gerne in Anspruch genommen.

Peter Grabensberger, Abteilungsvorstand Kulturamt Graz

Im Zeitalter von Computer und Internet hat sich nicht nur der Zugang zu Information und Wissen grundlegend gewandelt, sondern neben vielem anderen auch das Kaufverhalten vieler Konsumenten. Produkte können rund um die Welt 24 Stunden am Tag sieben Tage die Woche online bestellt und gekauft werden. Es ist nebensächlich, wo ein Unternehmen seinen Sitz hat, die Waren werden an jeden beliebigen Ort geliefert. Die Auswahl trifft man je nach freier Zeit und Lebensrhythmus spätabends, nach Mitternacht oder auch sonntags früh. Die meisten Produkte sind im Internet bestens präsentiert, oftmals sogar ansprechender als im Geschäft. Sie von Zuhause oder vom Arbeitsplatz aus zu bestellen, spart Zeit, Geld und Nerven.

Zufriedenheit hat Priorität

Warum sollte für das Entleihen von Büchern und anderen Medien nicht dasselbe gelten wie für den Kauf? Die Stadtbibliothek Graz, Teil des Grazer Kulturamtes, befindet sich seit 2006 in einem Prozess der Strukturenerneuerung. Als eine wichtige Säule auf dem Weg zu mehr KundInnenorientierung wurde 2006 das Postservice ins Leben gerufen. Die Suche nach einem Ausgleich für zwei gespernte Zweigstellen sowie der Wunsch, den Medienbestand für alle Interessentinnen und Interessenten noch leichter zugänglich zu machen, waren der Startpunkt für ein bisher einmaliges Kooperationsprojekt mit der österreichischen Post-AG.

Seit Juli 2006 können alle verfügbaren Medien (Bücher, Hörbücher, CDs, CD-ROMs, DVDs, Videos, Zeitschriften) online über www.stadtbibliothek.graz.at, per Telefon, per Fax oder persönlich bestellt und eine der 24 Grazer Postfilialen als Zustellort aus-

gewählt werden. Durch dieses Zustellservice ist im Verband mit sieben Bibliotheksstandorten und 23 Bücherbus-Haltestellen eine flächendeckende Nahversorgung der Grazer Bevölkerung gewährleistet.

Das Postservice ist für Kinder, Jugendliche und Kulturpass-InhaberInnen gebührenfrei. Für Erwachsene kostet es jährlich zehn Euro, wobei auch ein Halbjahresbeitrag möglich ist bzw. man auch erst im Moment der Inanspruchnahme des Services während des laufenden Mitgliedsjahres den Betrag auf das Konto buchen und bei einem späteren Besuch in der Stadtbibliothek bezahlen kann.

Einfachere Bestellung

Die Bestellung für das Postservice kann über den Onlinekatalog www.stadtbibliothek.graz.at erfolgen, aber auch per Bibliotheks-Hotline (0316/872-800), per Fax (0316/872-4969) oder persönlich vor Ort in den Bibliotheken. Mehrheitlich wird erwartungsgemäß das Internet zur Bestellung verwendet, wobei es interessant ist, dass besonders das Wochenende zu intensiven Recherchen im Onlinekatalog genutzt wird und die Online-Bestellungen 24 Stunden pro Tag, d.h. auch während der ganzen Nacht, geschickt werden. Durch die Postbestellung sind viele Personen NutzerInnen der Stadtbibliothek geworden, die aus verschiedenen Gründen wie Berufstätigkeit, Zeitmangel, Behinderung etc. die Bibliothek während der Ausleihzeiten nicht besuchen können.

Im Idealfall sind die Medien bereits einen Tag nach Bestellung in der gewählten Postfiliale abholbereit, im Höchstfall am dritten Tag. Der/Die BenutzerIn erhält zur Bestätigung eine E-Mail, sobald die bestellten Medien an die Post übergeben wurden. Innerhalb

einer Woche kann er/sie die Medien in der gewünschten Postfiliale abholen. Verschickt werden die Medien in einer stabilen, mehrfach verwendbaren Bibliothekstragtasche mit der Aufschrift „Bücher unterwegs“. In dieser Tragtasche können die Medien wiederum in der Postfiliale, aber auch in jeder Stadtbibliothek, retourniert werden.

Es gelten bei Postbestellungen dieselben Ausleihfristen wie für die Entlehnung in der Bibliothek, jedoch wird eine Woche für den Hin- und Rücktransport hinzugerechnet, damit den BenutzerInnen durch die Dauer des Transports kein Nachteil entsteht.

Bücher „nach Hause“ geliefert bekommen

Zusätzlich zur Lieferung in eine Postfiliale ist es auch möglich, sich Medien an die Wohnadresse zustellen zu lassen. Dieses besondere Service ist für Mobilitätsbehinderte gebührenfrei, ansonsten fallen für die Inanspruchnahme lediglich die regulären Porto-gebühren an. Außer von Mobilitätsbehinderten wird dieses Service auch zunehmend und mit Begeisterung von Personen in Anspruch genommen, die in den Grazer Außenbezirken, in der näheren Umgebung von Graz oder entfernten Bezirken der Steiermark leben und für die ein Besuch



Die Abholung der Medien in einer Postfiliale ermöglicht eine flächendeckende Nahversorgung. Darüber hinaus werden die Bücher auch „nach Hause“ geliefert

Bigshot / Christian Jungwirth

einer Grazer Filiale aufgrund der Distanz mit großem Aufwand verbunden wäre.

In den Postfilialen werden die Medien nur als „Gesamtpaket“ ausgegeben bzw. zurückgenommen, jedoch nicht in der Bibliotheksdatenbank bearbeitet. Es erfolgt auch keine Kontrolle des Inhalts der Taschen. Die elektronische Verbuchung der Medien geschieht ausnahmslos an einer bibliotheksinternen Stelle, die eigens dafür geschaffen wurde, nämlich direkt im Postcenter der Stadtbibliothek Graz, was zur Verlässlichkeit und Sicherheit der gesamten Transaktion beiträgt.

Zeitgemäßes Service

Die Möglichkeit, online Zugriff auf den Medienbestand der Stadtbibliothek zu haben, kommt modernen Bestell- und Einkaufsgewohnheiten entgegen und wird bestens angenommen. Vorteilhaft ist es

verständlicherweise, dass man mit einer einzigen Bestellung gleichzeitig Medien aus allen acht Standorten entleihen kann. Auch dann, wenn sich beispielsweise fünf gewünschte Medien in fünf verschiedenen Zweigstellen befinden, sind sie in einem gemeinsamen Paket innerhalb kürzester Zeit in der ausgewählten Postfiliale für den/die BenutzerIn abholbereit. Erfreulicherweise fungieren zudem die Postfilialen als „Außenstellen“ der Stadtbibliothek sowie als Multiplikatoren, indem Werbeaufsteller und Dispenser auf die Bibliothek aufmerksam machen und Infomaterial anbieten.

Wie sehr das Postservice, bisher das einzige Bibliotheksprojekt dieser Art in ganz Österreich und als Initiative des Grazer Kulturamtes über Österreich hinaus vielbeachtet, den Bedürfnissen der Bevölkerung entgegenkommt, beweist die Tatsache, dass die

Zahl der Bestellungen von Jahr zu Jahr steigt und die Entlehnfrequenz derzeit bereits der einer kleineren Zweigstelle entspricht. Seit dem Beginn im Juli 2006 bis Juli 2011 wurden über dieses Lieferservice 50.033 Pakete zugestellt und 182.917 Medien entliehen, wobei derzeit die monatliche Frequenz über 1.000 Pakete und rund 4.000 Medien beträgt.

FAZIT

Das angeführte Bibliotheksangebot beschreibt eines von vielen Gestaltungselementen, das den realen Ort Bibliothek scheinbar kaum betrifft, aber dennoch sehr wichtig ist, da es diesen nach außen unbegrenzt öffnet, um die angebotenen Leistungen – im Sinne eines zielgruppenorientierten, effizienten Services – zu kommunizieren und sie mobil und digital zugänglich zu machen. ■

Stadtarchiv Steyr im Aufwind

Dreißig Jahre sind nach der letzten Inventur und dem Einbau eines elektrischen Hochregals vergangen. Nun hat das weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannte Steyrer Stadtarchiv im Herbst 2010 seine Bestände wieder gesichtet, gereinigt und neu geordnet.

Raimund Locicnik, Stadtarchivar Steyr

Seit 10. Jänner 2011 steht auch eine neue, mit Handkurbeln bewegbare Fahrregalanlage, als Herzstück des Depots, dem Archivar und somit den KundInnen zur Verfügung. Durch die präzise Vermessung und Planung der neuen Anlage konnte die Lagerkapazität von 425 Laufmetern Archivgut auf 570 Laufmeter vergrößert werden. In mehr als 200 ehrenamtlichen Stunden und verteilt auf zehn Wochen haben Mitglieder des Vereins „Freunde der Geschichte der Stadt Steyr“ mit einem Arbeitstrupp aus der Abteilung für kommunale Dienstleistungen des Magistrates Steyr rund 32 Tonnen Akten, Bücher und Urkunden in drei Depoträume verteilt und vorsortiert. Rund ein Viertel des Bestandes wurde von der Restauratorin Julia Kaltenberger mit einem Spezialsauger und Knetgummischwämmen gereinigt. Annähernd 1.300 säurefreie Kartons mussten zusammengefaltet und anschließend befüllt werden. Dabei wurden die Dokumente erstmals seit 1905 wieder zur Gänze gesichtet und auf ihren Zustand geprüft.

Mühevoll aber lohnenswert

Das alte Regal und die barocken Archivkästen, welche ursprünglich beim Umbau des Hauses im Jahr 1979 vom Ennskai

mit dem Kran hochgehoben wurden, mussten vor Ort zerlegt und händisch vom dritten Stock abtransportiert werden. Auch die Bauteile der neuen Regalanlage waren für den Lift zu lang und fanden ihr Ziel nur manuell über das Stiegenhaus. Durch die professionelle und effiziente Zusammenarbeit der Fachleute aus dem Hause Forster Regalbau (Waidhofen/Ybbs) und den Handwerkern aus der Abteilung für kommunale Dienstleistungen (Magistrat Steyr), konnte der Einbau trotz zahlreicher, unvorhergesehener Probleme termingerecht abgeschlossen werden.

Archivarische Schätze der 1000-jährigen Stadt wieder griffbereit

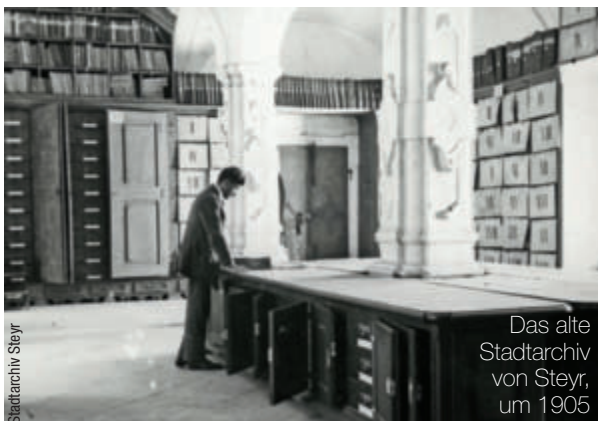
Alle „Schätze“, auch die verborgenen gewesen, der über 1.000-jährigen Stadt Steyr stehen nun wieder griffbereit in den Regalen. Hervorzuheben sind die Ratsprotokolle von 1569 bis 1900, die Archivalien der Innerberger Hauptgewerkschaft, der kleine, aber fein restaurierte Bestand an Garstner Archivalien und natürlich die zahlreichen Urkunden vom 13. bis zum 19. Jahrhundert. Die von den HeimatforscherInnen häufig verwendeten Zeitungsbande, Chroniken, Amtsblätter,



vorne v.l.: Dr. Zineder (Kulturamt), Julia Kaltenberger; hinten v.l.: Ing. Bodory und Dr. Locicnik (Stadtarchivar)

Geschäftskalender und Findbücher wurden in das erste Regal zusammengestellt und erleichtern so die Ausgabe. Mit der seit dem Jahr 2004 angelegten Foto-, Dia- und Ansichtskartensammlung im Umfang von ca. 12.000 Stück nimmt auch die visuelle Sparte der Geschichtsforschung ständig zu.

Für den Archivar Raimund Locicnik, der seit 2004 hauptamtlich im Stadtarchiv Steyr arbeitet, ist mit der Renovierung der völlig veralteten und desolaten Archivanlage ein lang gehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Mit der infrastrukturellen Erneuerung des Stadtarchivs wurde ein erster Schritt gesetzt, um einerseits den Vorgaben des oberösterreichischen Landesarchivgesetzes aus 2003 zu entsprechen und andererseits dem immer stärker werdenden Interesse der Bevölkerung an regionaler Geschichte gerecht zu werden. ■



Das alte Stadtarchiv von Steyr, um 1905

Freiwilligenarbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz

Die Gemeinde Ebensee initiierte eine Bürgerbegegnung im Rahmen des EU-Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Bereichen wurden zur Diskussion und zum Gedankenaustausch eingeladen.

Meena Lang, Europe for Citizens Point Austria

Die Europäische Union fördert mit dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ die Städtepartnerschaften, um europaweit das Kennenlernen und voneinander lernen, die Vernetzung und die Kooperation der Gemeinden und ihrer BürgerInnen voranzutreiben. Das Programm gibt den Menschen die Gelegenheit, sich zur EU zu positionieren, Meinungen auszutauschen und aktiv Europa mitzugestalten.

Fünf Tage intensives Programm für 850 Bürgerinnen und Bürger

Das Projekt des Städtepartnerschaftsvereins Prato-Ebensee wurde von der EU mit 15.000 Euro gefördert. In der Zeit vom 5. bis

9. Mai 2011 hat es in Ebensee stattgefunden und ermöglichte 700 BürgerInnen aus Ebensee und rund 150 Gästen aus Prato (Italien) und Zawiercie (Polen) eine unvergessliche und bereichernde Begegnung.

Europa im Zeichen des Ehrenamts

Im Projekt mit dem markanten Titel „Freiwilligenarbeit gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz“ wurde versucht, TeilnehmerInnen aus unterschiedlichen Bereichen zusammen zu bringen und sie zur Diskussion und zum Gedankenaustausch einzuladen. SchülerInnen und LehrerInnen, Mitglieder verschiedener Vereine, VertreterInnen der Pfarren und politische Mandatar-

Innen tauschten sich unter anderem bei einem Symposium über Freiwilligentätigkeit in Europa und in den Gemeinden aus und machten die Aktivitäten anhand konkreter Beispiele sichtbar. Erlebbar wurden sie Dank der Jugendlichen der Pfarre Ebensee: Ihre „Stationen des Bedenkens“ brachten den TeilnehmerInnen die Grausamkeiten des NS-Regimes näher. Der Besuch des Zeitgeschichtemuseums Ebensee führte den meist jugendlichen TeilnehmerInnen die Auswirkungen von Rassismus und Intoleranz vor Augen. Bei einem anschließenden Fußballmatch zwischen Ebenseer Jugendlichen und SpielerInnen mit psychischen Problemen und Einschränkungen (Verein Aurora, Prato) wurde die Freude am gemeinsamen Spiel gefeiert. Weitere Höhepunkte waren der Besuch der Befreiungsfeiern in Maut-

hausen und eine Veranstaltung zum Europatag, auf welcher der Beitrag von Städtepartnerschaften zum Friedensprojekt Europa reflektiert wurde. Aber auch der kulturelle Austausch und Genuss kam bei kulinarischen Reisen durch die Partnergemeinden und beim Frühlingskonzert der Musikfreunde Ebensee nicht zu kurz!

http://www.ebensee.at/home/home_prato.htm



Einzug der Jugendlichen von Ebensee und Prato zur Gedenkfeier in Mauthausen



Europa steht im Zeichen des Ehrenamts



INFOS:

Informationen zum Förderprogramm
„Europa für Bürgerinnen und Bürger“:
EUROPE FOR CITIZENS POINT AUSTRIA
www.europagestalten.at

Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Abteilung IA/4: EU-Kulturpolitik

Mag. Meena Lang
Concordiaplatz 2, 1014 Wien
Tel. +43 1 53 120/7695

„Da steh i drauf“: Ausgrabungen am

Als eines der Schlüsselprojekte der Weiterentwicklung der Altstadt beinhaltet der Masterplan der Stadt St. Pölten die Sanierung und Neugestaltung des Domplatzes. Als Voraussetzung für dieses Vorhaben müssen aber flächendeckend archäologische Grabungen durchgeführt werden, um den sich aus dem Bodendenkmalschutz ergebenden gesetzlichen Anforderungen zu genügen.

Ronald Risy, Stadtarchäologe, Magistrat St. Pölten, Fachbereich Kultur und Bildung

Aus dem historischen Quellenmaterial, einer Georadar-Untersuchung sowie kleineren Sondierungsgrabungen war bekannt, dass am Domplatz mit zwei mittelalterlichen Kirchenbauten (ehemalige Pfarrkirche und eine Doppelkapelle) sowie einer unbekannten (sicherlich in die Tausende gehenden) Anzahl von Bestattungen zu rechnen sei, da sich hier mindestens ab der Mitte des 11. Jahrhunderts bis 1779 der Stadtfriedhof befunden hat. Zudem liegt der heutige Domplatz im bebauten Areal einer römischen Stadt namens „Municipium Aelium Cetium“.

Der Domplatz als archäologische Fundgrube

Obwohl man durch schriftliche und bildliche Quellen über die Historie des Platzes sehr gut Bescheid wusste, brachten die Grabungen bereits zahlreiche Überraschungen ans Tageslicht.

Die römische Epoche konnte stellenweise

zwar nur oberflächlich „angekratzt“ werden, dennoch bestätigte sich der Verlauf des in diesem Bereich vermuteten innerstädtischen Straßenzuges. Zahlreiche Funde wie Münzen, Gegenstände aus Bronze oder anderen Materialien sind dieser Zeit zuzuordnen. Eine der großen Überraschungen lag in der Entdeckung von Mauerstrukturen des spätmittelalterlichen Klosters des heiligen Hippolytus (Abb. 3). Ein Teil dieser Mauern umgab offene Höfe, in einem davon war eine Latrine angelegt. In der Verfüllung des Latrinenschachtes fanden sich mehr als 80 teilweise unversehrte, manche sogar als sensationell zu bezeichnende Fundstücke aus dem ausgehenden 15. Jahrhundert n.Chr.



Abb. 1: Weibliche Figur aus Keramik, gefunden in der Latrine am Domplatz

Einzigartig und als Prunkstück hervorzuheben ist ein Beleuchtungsgerät in Form einer weiblichen Figur aus gebranntem Ton, deren Physiognomie stark an heutige Teufels- oder Hexendarstellungen erinnert (Abb. 1). Durch die in mühsamer Arbeit aus der Verfüllung herausgeschlammten Speisereste, wie diverse Knochen, Fischgräten, Kerne von Obst und Beeren u. dgl., lässt sich ein lebendiges Bild des Klosterlebens im ausgehenden Mittelalter zeichnen.

Im freigelegten Bereich des spätmittelalterlichen Klosters wurde im Zuge des großzügig angelegten barocken Neubaus die Baustelle eingerichtet. Diverse Kalkwannen, Pfostensetzungen und eine aus Holzbalken und Mörtel errichtete Plattform für die Aufstellung eines Baukrans geben ein lebendiges Bild barocken Baubetriebs.

Die Erforschung der gegen Ende des 17. Jahrhunderts abgerissenen ehemaligen Pfarrkirche steht im Zentrum der derzeit laufenden Grabungskampagne (Abb. 4).

Der Gottesacker

Inzwischen sind am Domplatz bereits mehr als 1.000 Individuen freigelegt, dokumentiert und wissenschaftlich untersucht worden. Rechnet man diese Anzahl auf die gesamte Platzfläche hoch, ist mit ca. 25.000 Bestattungen zu rechnen. Friedhöfe dieser Dimension stellen jedenfalls sowohl den Bauherren als auch den Archäologen vor eine nicht leicht lösbare Aufgabe.

Nach der Freilegung (Abb. 2), der wissen-



Fotos: Stadtmuseum St. Pölten (4)

Abb. 2: Händisches Freilegen der Bestattungen

St. Pöltner Domplatz

schaftlichen Dokumentation und vorsichtigen Bergung der Skelette erfolgt die Untersuchung jedes einzelnen Knochens durch Anthropologen der Medizinischen Universität Wien vor Ort.

Kontinuität von der Steinzeit bis zum Mittelalter

Menschliche Skelette speichern Informationen über vergangene Lebens- und Arbeitsbedingungen, über Umweltbelastungen, über Krankheiten und Ernährung. Erstmals werden aus einer Siedlungskammer (Traisental) Rekonstruktionen und Veränderungen von Lebensbedingungen und Lebensumständen der Menschen weltweit lückenlos von der Steinzeit bis ins Mittelalter möglich. Um einen pietätvollen Umgang zu gewährleisten, ist geplant, die geborgenen Skelette nach Abschluss des Projektes in einem Sammelgrab am heutigen Friedhof unter Wahrung des Individuums beizusetzen. ■



Abb. 3: Blick auf den spätmittelalterlichen Klostertrakt mit Resten der barocken Baustelle



Abb. 4: Überblick über die im Bereich der ehemaligen Pfarrkirche liegende Grabungsfläche von 2011



INFOS:

Führungen

Um interessierten BesucherInnen das Geschehen noch näher zu bringen, wurde neben zwei Informationstafeln eine Aussichtsplattform errichtet, die unabhängig vom Grabungsbetrieb betreten werden kann. Der erhöhte Standort bietet nicht nur die Möglichkeit, die Archäologinnen bei der Arbeit zu beobachten, sondern gewährt auch einen besseren Überblick auf die freigelegten Baureste. Führungen werden zu festgesetzten Terminen angeboten. Für Schulklassen gibt es ein spezielles Programm, das Einblick in die Arbeitsmethoden der Archäologinnen gewährt.

Ausstellung im Stadtmuseum

Als weiterer Punkt der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit wird seit 16. Juni im Stadtmuseum eine Ausstellung gezeigt, in der die Ergebnisse der Grabung des letzten Jahres mit dem Schwerpunkt Latrine und deren Inhalt präsentiert werden.

Info:

Stadtmuseum St. Pölten
Prandauerstraße 2, 3100 St. Pölten

Öffnungszeiten:

Mittwoch bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr
Tel.: +43 2742 333-2643 bzw. -2602
www.stadtmuseum-stpoelten.at
Führungen auch außerhalb der Öffnungszeiten möglich!

Aktuelle Sonderausstellung

bis 27. November 2011

Da steh i drauf – St. Pölten Domplatz 2010
Eine archäologische Zwischenbilanz



Waltraud Isimekhaj, KulturRaum Klagenfurt/Kreativwirtschaft

geworden, das seit Jahren kritische zeitge- Robert-Musil-Literaturmuseum der Landes-

Mit einem assoziierten Kulturreferenten und Kulturreferenzen. NEUTRALKULTUR führt zu: „Literatur. Erstmal organisiert in diesem

Mit den Tagen der deutschsprachigen Lite





Schnittpunkt dreier Kulturen

auf drei Bühnen und tauchte die Stadt in eine multilinguale literarische Klangwolke. Als Vorspann machte die Reihe „Literatur after work“, bei der prominente KlagenfurterInnen Texte von Kärntner SchriftstellerInnen lasen, auf den Bachmannpreis aufmerksam. Auch die Wiederaufnahme der seit 15 Jahren brachliegenden Tradition des Klagenfurter Stadtschreibers geht auf das Konto des KulturRaum Klagenfurt. Seit 2009 erhält somit der Bachmann-Publikumspreisträger das Stadtschreiber-Stipendium. Auf den Berliner Historiker und Autor Karsten Krampitz, der österreichweit mit seiner „Entlehnung“ des Gästebuches aus einer Jörg Haider-Ausstellung für Aufregung sorgte, folgte heuer der Bachmann- und Publikumspreisträger aus Rostock, Peter Wawerzinek. Im nächsten Jahr wird Thomas Klupp aus Berlin im Klagenfurter Stadtschreiberatelier leben und arbeiten.

Kulturhafen, Kreativwirtschaft, Galerien und Festivals

Deutliche Akzente in Sachen Kultur setzte die Stadt neben der theaterHALLE 11 mit den Erweiterungen des Robert-Musil-Museums und des Bergbaumuseums, weiters mit der Revitalisierung des historischen Lendhafens. Bespielt wird die Freiluftarena

durch zeitgenössische und alternative Kunst: das Lend|spiel des Vereins Lend|hauer. Im Umfeld des Lendhafens eröffnet die Stadt in Kürze den Hafen 11, ein Zentrum der Kreativwirtschaft Klagenfurt mit einer Arbeitsgemeinschaft von zehn Klein- und Mittelunternehmen.

Die gutbesuchte Stadtgalerie Klagenfurt mit der aktuellen Ausstellung „Markus Lüpertz – Sagenhaft“ und dem Living Studio, die Alpen-Adria-Galerie im Stadthaus, das Gustav-Mahler-Komponierhäuschen, das Bergbaumuseum Klagenfurt wie auch der Bereich Brauchtum und Volkskultur, sowie das schon erwähnte Robert-Musil-Literaturmuseum – in welchem auch die künstlerischen Nachlässe von Ingeborg Bachmann und Christine Lavant beheimatet sind – werden ebenso von der Kulturabteilung Klagenfurt betrieben. Weitere Institutionen, Festivals und Kulturhighlights wie das Stadttheater Klagenfurt, der TheaterSommerKlagenfurt, das Musikforum Viktring, aktuell mit einem Gustav-Mahler-Schwerpunkt, der Jazzclub Kammerlichtspiele und eine aktive Kulturszene mit Musikveranstaltungen von Klassik bis Avantgarde, Filmvorführungen im öffentlichen Raum, Ausstellungen u. v. m. tragen zum abwechslungsreichen Kulturgenuss in der Kulturmétropole Klagenfurt bei. ■

INFOS:

www.kulturraum-klagenfurt.at
Kulturabteilung der Landeshauptstadt Klagenfurt
am Wörthersee
Leitung: Manuela Tertschnig, MMag.
Theatergasse 4, 2. Stock, 9020 Klagenfurt
Tel.: 0463/537-5227,
E-Mail: kulturraum@klagenfurt.at

Kultur. 
Klagenfurt
am Wörthersee



Die Stadt Salzburg in der NS-Zeit

Die Stadt Salzburg setzt sich in einem groß angelegten Projekt mit ihrer Geschichte in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auseinander. Diese wissenschaftliche Gesamtbetrachtung wird den Umgang mit der NS-Zeit auf eine fundierte Grundlage stellen und auch Entscheidungshilfe für den Umgang mit aktuellen Phänomenen des Rechtsextremismus bieten.

Dr. Sabine Veits-Falk, Stadtarchiv Salzburg

Zu kaum einem Thema wurde und wird soviel geforscht wie zum Nationalsozialismus. Das galt allerdings für die Geschichte des Nationalsozialismus in der Stadt Salzburg bis 2009 nur mit Einschränkungen. Zwar gibt es etliche Einzelstudien und auch Überblicksdarstellungen, eine fundierte Gesamtbetrachtung fehlt jedoch. Daher beauftragte Bürgermeister Heinz Schaden das Stadtarchiv, diesen Abschnitt der Stadtgeschichte in einem Arbeitsschwerpunkt der nächsten Jahre umfassend aufzuarbeiten. In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Geschichte der Universität Salzburg sowie

anderen ExpertInnen werden die Entwicklung, Entfaltung und Nachwirkung des Nationalsozialismus in der Stadt Salzburg nun untersucht.

Themen und Vortragsreihe

Jeweils im Herbst widmet sich eine Vortragsreihe einem ausgewählten Thema, zu dem im Folgejahr ein Sammelband erscheint. Die erste Vortragsreihe 2009 befasste sich mit der Vorgeschichte, den Geschehnissen rund um den „Anschluss“ und die unmittelbaren Folgen der Etablierung der nationalsozialistischen Herrschaft. Der Schwerpunkt im Jahr 2010

lag mit „Inszenierung der Macht. Alltag – Kultur – Propaganda“ auf dem Thema Kultur, das 2012 fortgesetzt wird. In der diesjährigen Reihe „Leben im Terror“ stehen die unterschiedlichen Gruppen der Opfer des Nationalsozialismus, ihre Vielschichtigkeit und der Diskurs über die Opferrolle im Mittelpunkt. 2013 stehen die NS-Machtstrukturen und 2014 die Kommunalverwaltung der „Gauhauptstadt Salzburg“ im Mittelpunkt. Das Projekt soll im Jahr 2015, 70 Jahre nach Kriegsende und der Befreiung von der NS-Herrschaft, seinen Abschluss finden.



Einführungsvortrag von Univ.-Prof. Dr. Ernst Hanisch vor mehr als 200 ZuhörerInnen in der TrBühne Lehen. Der bekannte NS-Spezialist gehört dem Leitungsgremium des NS-Projekts an



Dr. Peter F. Kramml, Amtsleiter von Stadtarchiv und Statistik Salzburg. Der Leiter des Hauses der Stadtgeschichte ist Koordinator des städtischen Großprojekts

Publikationen und Projekte

Neben den themenspezifischen Sammelbänden sind auf der Homepage des Projekts eine Stadtchronik und grundlegende Quellen veröffentlicht und werden laufend ergänzt. Für 2012 ist im Haus der Stadtgeschichte eine Dokumentationsausstellung zum Thema Verfolgung und Widerstand geplant, die mit einem speziellen didaktischen Begleitprogramm auch SchülerInnen und Jugendliche gezielt ansprechen und für diesen Abschnitt der Zeitgeschichte sensibilisieren möchte. In Kooperation mit dem Projekt „Menschen: Bilder“ der österreichischen Mediathek werden lebensgeschichtliche Interviews durchgeführt.

Weder Verdrängen noch Moralisieren

Die Projekt-MitarbeiterInnen sind sich bewusst, dass bei der schwierigen Aufarbeitung des Nationalsozialismus weder Verdrängen noch Moralisieren gefragt sind. Nur eine faktennahe und quellenkritische Analyse kann jene Bedingungen freilegen, die so viele Menschen mit dem Regime verstrickten, und aufzeigen, wie sich die Diktatur im ganz „normalen“ Leben festsetzte. Die seriöse wissenschaftliche Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Stadt Salzburg soll dar über hinaus auch dazu beitragen, Entscheidungshilfen im Umgang mit NS-belasteten Personen und deren „Präsenz“ im öffentlichen Raum der Gegenwart zu geben. ■

INFOS:

Informationen über das Projekt, Veranstaltungen, MitarbeiterInnen, Materialien usw. erhalten Sie auf: www.stadt-salzburg.at/ns-projekt.

Literaturhinweis:

Peter F. Kramml und Ernst Hanisch (Hg.), Hoffnungen und Verzweiflung in der Stadt Salzburg 1938/39. Vorgeschichte – Fakten – Folgen, Salzburg 2010 (Die Stadt Salzburg im Nationalsozialismus 1), 328 Seiten mit 194 SW-Abbildungen, ISBN 978-3-900213-12-1, Preis: EURO 19,80.



Bild links: Der Salzburger Residenzplatz am 1. Mai 1938

Bild unten: Bücherverbrennung am 30. April 1938 am Salzburger Residenzplatz



Schöne Aussichten:

Denkmalpflege und Baukultur prägen

„Wenn einer eine Reise tut, dann kann er was erzählen.“ Das internationale Symposium des ISG, das Anfang Juli in Graz stattfand, kann dazu eine wichtige Ergänzung liefern: Wer die historische Baukultur pflegt und den Qualitätsmaßstab der zeitgenössischen Architektur hochhält, liefert spannenden Erzählstoff für die Reisenden ... und für die dauerhaften BewohnerInnen. Das belegt u.a. auch das aktuelle ISG-Magazin, das in Zusammenarbeit mit dem BMWFJ erarbeitet wurde.

Gertraud Strempl-Ledl, Kunsthistorikerin, Internationales Städteforum Graz (ISG)

Die Referentinnen und Referenten des Symposiums aus Deutschland, der Schweiz und Österreich stellten nicht nur gelungene Projekte zum Thema Baukultur und Tourismus vor, sondern konnten gerade im internationalen Vergleich Konzepte zur Attraktivierung von Bau-Kultur-Landschaften auf ihre Nachhaltigkeit überprüfen. So finden sich zwischen der Erhaltung und der Nutzung der historischen Bauten im Zuständigkeitsbereich der Burghauptmannschaft Österreich, für die Reinhold Sahl referierte, zahlreiche Parallelen zu den denkmalpflegerischen Aufgaben und touristischen Aktivitäten der preußischen Stiftung „Schlösser und Gärten“, die Alfons Schmidt präsentierte. Die Stiftung verwaltet

zahlreiche historische Baudenkmäler, darunter so bedeutende wie Schloss Charlottenburg oder Schloss Sanssouci in Potsdam.

Reiseentscheidungen werden entscheidend beeinflusst

Horst Wadehn vom deutschen UNESCO Welterbestättenverein konnte überzeugende Strategien zur touristischen Vermarktung von UNESCO Welterbestätten präsentieren. Voraussetzung für die touristische Positionierung dieser besonderen Auszeichnung, deren Status vor allem im asiatischen Raum entscheidend für ein Reiseziel sein kann, ist jedoch die authentische und überzeugende Präsentation durch TouristikerInnen und

die lokale Bevölkerung. Dieser Faktor lässt sich im österreichischen Tourismus bezogen auf die neun UNESCO Welterbestätten Österreichs sicherlich noch besser ausbauen.

Das Thema Baukultur, als wichtiger urbaner Erlebnisfaktor und als gestaltgebender Teil der ländlichen Kulturlandschaft, wurde von mehreren Vortragenden thematisiert. Architektin Bibiane Hromas analysierte das Potenzial von baukulturell interessierten Reisenden, für die qualitativ hochwertige Architektur einen wichtigen Reisefaktor darstellt. Von diesem architekturbegeisterten Publikum profitiert auch die Schweizer Stiftung „Ferien im Baudenkmal“, die von Monika Suter

ISG-Symposium, Blick ins Auditorium



den Kulturtourismus

vorgestellt wurde. Ihre Erfolgsgeschichte beruht auf einer nach strengen denkmalpflegerischen Kriterien durchgeführten Revitalisierung funktionslos gewordener historischer Bauten, die ausgestattet mit dem notwendigsten zeitgenössischen Wohnkomfort, für touristische Nutzungen vermietet und so vor dem Verfall gerettet werden.

Revitalisierung historischer Bauten hat Priorität

Ein ähnliches Konzept verfolgte das Projekt „LOB – Leben in oststeirischen Bauernhöfen“, das heute unter dem Namen „LandLust“ vermarktet wird. Basis dieses von Karl Amtmann vorgestellten Projektes waren die Förderungen des Revitalisierungsfonds der Steiermärkischen Landesregierung – die Projekte wurden laufend im ISG-Magazin publiziert. Mit geringem finanziellen Aufwand konnte ein Erhaltungsprogramm für die historischen, ländlichen Bauten initiiert werden, das Vorbildcharakter besitzt. Viele funktionslos gewordene Gebäude wie Bauernhöfe, Getreidekästen, Kellerstöckel

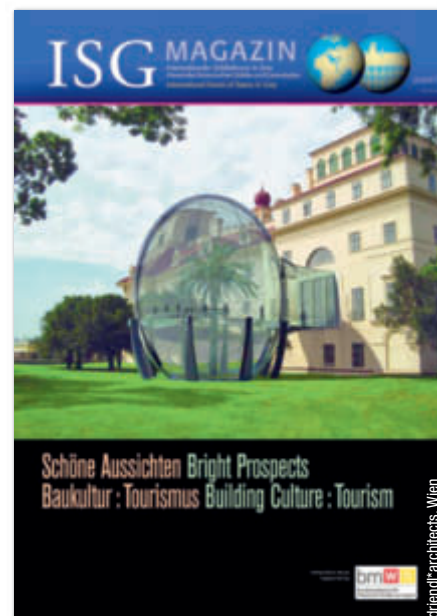
etc. dienen nach der Revitalisierung Gästen als Ferienwohnungen und den Landwirten als zeitweiliges wirtschaftliches Standbein. Leider hat das Programm noch keine Nachfolge gefunden.

Die Bedeutung der Baukultur für eine boomende Sportstadt wie Schladming, die sich auf die Ski-WM 2013 vorbereitet, präsentierte schließlich Bürgermeister Jürgen Winter mit großer Überzeugung. Seine beeindruckende Darstellung zum Bekenntnis der Stadt für die Erhaltung der historischen Baukultur, die das Stadtbild prägt und z. T. verstärkt werden soll und die gleichzeitige Förderung der zeitgenössischen Architektur für aktuelle Bauvorhaben lässt hoffen, dass sein Beispiel Schule macht. Baukulturell gelungene Projekte konnten bei der Exkursion in Graz am zweiten Konferenztag erlebt werden, u.a. die architektonische Geschichte des Uhrturmes und seine „Wahrzeichenfunktion“, der Umbau des Universalmuseums Joanneum sowie die Besonderheiten des UNESCO Welterbes Schloss Eggenberg. ■

ISG-Vereinspräsident Bgm. Mag. Siegfried Nagl mit dem Vorstand und den Vortragenden des Symposiums



Titelfoto vom aktuellen ISG-Magazin 2/2011, Schloss Esterházy: Ausblick in die Zukunft



INFOS:

Das Internationale Städteforum in Graz (ISG) ist ein 1975 gegründeter europäischer Verein, der sich für die Erhaltung der historischen Baukultur in Stadt und Land einsetzt. Veranstaltungen und die Möglichkeit zur Mitgliedschaft/Abonnement finden Sie auf unserer Homepage www.staedteforum.at.

Die 9 österr. UNESCO Welterbestätten:

1. Das historische Zentrum der Stadt Salzburg, seit 1996
2. Schloss und Park von Schönbrunn, seit 1996
3. Die Kulturlandschaft Hallstatt-Dachstein/ Salzkammergut, seit 1997
4. Die Semmeringbahn, seit 1998
5. Stadt Graz – Historisches Zentrum und Schloss Eggenberg (1999 u. 2010)
6. Die Kulturlandschaft Wachau, seit 2000
7. Die Kulturlandschaft Fertő-Neusiedler See (gemeinsam mit Ungarn, seit 2001)
8. Das historische Zentrum von Wien, seit 2001
9. Prähistorische Pfahlbauten rund um die Alpen (gemeinsam mit Deutschland, Frankreich, Italien, Slowenien und der Schweiz, seit 2011)



PurPur-European Sound Interchange



Ad libitum Konzertwerkstatt GmbH



www.purpur.eu/purpleuropansoundinterchange

Kulturelle Netzwerke:

Das Programm „Kultur (2007-2013)“

Der Austausch und die Inspiration durch kulturelle Kooperationsprojekte soll gefördert werden. Das Ziel ist, den Austausch von Künstlerinnen und Künstlern sowie die Schaffung von Kunstwerken zu forcieren.

Elisabeth Pacher, Cultural Contact Point Austria, EU-Kulturpolitik, Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur

Charakteristisch für europäische Projekte im Kulturbereich ist die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Kooperationsprojekte sind der beste Weg, sich zu vernetzen, Know-how auszutauschen, Erfahrungen zu sammeln und gemeinsame Synergien zu nutzen. Das EU-Programm „Kultur (2007-2013)“ macht die europäische Zusammenarbeit im Kulturbereich möglich, indem es Kooperationsprojekte und kulturelle Netzwerke fördert. Sein Ziel ist es, den Austausch von Kulturschaffenden sowie von Produktionen und Werken zu fördern und den interkulturellen Dialog anzuregen.

Kooperationsprojekte: Umsetzung gemeinsamer Ziele und Ideen

Ein Schwerpunkt des Programms liegt auf der Förderung von kulturellen Kooperationsprojekten. Das EU-Programm Kultur (2007-2013) ist für alle Kunst- und Kultursparten offen und fördert auch interdisziplinäre Kunstformen. Es bietet die einzigartige Möglichkeit, im Rahmen einer Kooperation ein Spektrum von kulturellen Aktivitäten zu entwickeln. Im Zentrum steht dabei ausdrücklich die Projektpartnerschaft. Projektträger und MitorganisatorInnen leisten Beiträge zur Konzeption, Umsetzung und zur Finanzierung. Kooperationsprojekte er-

fordern dabei eine besondere Sensibilität im Umgang mit den europäischen Projektpartnern und schärfen im Gegenzug die interkulturelle Kompetenz. Ihr Wert liegt nicht zuletzt in der Solidarität, im Verständnis untereinander und in der gegenseitigen Inspiration.

Teilnahmevoraussetzungen des Programms

Wie und unter welchen Voraussetzungen können Gemeinden vom EU-Programm Kultur (2007-2013) profitieren? Grundsätzlich müssen in ein Kooperationsprojekt zumindest drei kulturelle Organisationen aus drei verschiedenen teilnahmeberechtigten Ländern involviert sein. Der Kreis der teilnehmenden Länder ist mittlerweile auf 36 gewachsen. So sind neben den 27 EU-Mitgliedsländern auch Island, Norwegen, Liechtenstein und die südosteuropäischen Länder Kroatien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei teilnahmeberechtigt. Interessierte Kommunen müssen demnach eine Kooperation mit mindestens zwei Kulturveranstaltern in zwei anderen Ländern eingehen oder können sich einem Projekt als Mitorganisator anschließen.

Die Zusammenarbeit ist möglich mit Kulturvereinen, Theatern, Festivals, Museen, Verlagen, Universitäten, Forschungszentren, Kulturforen sowie mit öffentlichen Stellen. Diese Bandbreite an möglichen Kooperationen eröffnet einen großen Gestaltungsspielraum für die Projekthalte. Der EU-Zuschuss bei den sogenannten „kleinen Kooperationsprojekten“ beträgt bei einer Laufzeit von zwei Jahren € 50.000 bis 200.000. In der höheren Kategorie der mehrjährigen Kooperationsprojekte, die eine Zusammenarbeit von sechs europäischen Kulturveranstaltern voraussetzen, beträgt der EU-Zuschuss € 200.000 bis 500.000 pro Jahr. Die Finanzhilfe der EU gestaltet sich stets als Teilfinanzierung, das heißt, die ProjektträgerInnen beweisen ihr Engagement für das Projekt, indem sie neben dem Gemeinschaftszuschuss weitere Finanzierungsquellen erschließen. Neben Kooperationsprojekten fördert das Programm Betriebskostenzuschüsse für europaweit tätige Organisationen, Festivals, literarische Übersetzungen und Drittländkooperationen.

Erfolgreiche Projekte in Österreich

Es ist sehr erfreulich, dass österreichische Kulturveranstalter viele erfolgreiche Kooperationsprojekte für sich verzeichnen können.



apap (advancing performing arts project)
performing europe; Mette Ingvarsen,
Evaporated landscapes



apap (advancing performing arts project)performing europe; NoFilter 4; www.apapnet.eu



Brut, Künstlerhaus
<http://brut-wien.at>

der Europäischen Union

Inhaltlich umfassen die geförderten Projekte das gesamte Spektrum des künstlerischen Schaffens. Künstlerische Exzellenz, die Bereitschaft zum Experimentieren und die Beschäftigung mit aktuellen Themen zeichnen sich als jene Kriterien ab, die zum Erfolg führen. In den letzten fünf Jahren des Programms wurden europaweit insgesamt 1.306 Projekte gefördert, davon 68 aus Österreich. 84 österreichische Veranstalter haben sich an europäischen Projekten beteiligt. Das Jahr 2011 war für österreichische Projektträger besonders erfolgreich, zumal 14 von europaweit 190 Kooperationsprojekten und Betriebskostenzuschüssen nach Österreich gehen.

Die vielfältigen Projekte reichen von grenzüberschreitenden Kunstprojekten und internationalen Produktionen und Konzertaufführungen bis hin zu Artist in Residencies, Stipendienprogrammen und fachlichen Austausch im Rahmen von Konferenzen und Workshops. Aktuell läuft das EU-Projekt „PurPur-European Sound Interchange“ (<http://www.purpur.eu/purpureuropasound-interchange>) der ad libitum Konzertwerksatt GmbH, Ossiach, eine Kooperation zwischen dem Festival Kvarner (Opatija, Kroatien) und dem Festival Seviq Brežice (Slowenien), das sich im Besonderen dem Wiener Klangstil und dem Vergleich verschiedener Musiktraditionen in Form von Konzerten, Stipendienprogrammen und Meisterkursen widmet. „Up to nature“ ist ein interdisziplinäres Kooperationsprojekt von brut

(www.brut-wien.at), in das die Mitorganisatoren „Inbetween Time Productions“, Bristol (Großbritannien), „Black Box Theater“, Oslo (Norwegen), „Anti Festival“, Koupio (Finnland) und „Maska“ Ljubljana (Slowenien) einbezogen sind.

Gemeinsames Ziel ist es, eine Reihe von Performances für Grünräume und Parks der Städte zu produzieren und zu zeigen. Künstlerisch bearbeitet werden dabei Themen wie Ökologie, Klimawandel, natürliche Ressourcen, alternative Energie, Flora und Fauna, urbane Architektur und soziale Stabilität. Mit ihrem Projekt „apap (advancing performing arts project) performing europe“ (www.apapnet.eu) widmet sich die Szene Salzburg gemeinsam mit sieben europäischen Partnerorganisationen der Entwicklung der zeitgenössischen darstellenden Kunst und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen. Besonderer Wert wird dabei auf einen interdisziplinären Ansatz und den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Künstlergenerationen gelegt.

Der CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA ist Ihre Serviceeinrichtung

Zur Unterstützung von Kulturschaffenden und Interessierten, die sich für eine Förderung durch das Programm interessieren, steht im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur der CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA als nationale Kontaktstelle zur Verfügung. Seine Aufgabe

ist es, über das Programm zu informieren und die AntragstellerInnen in den unterschiedlichen Phasen eines Projekts zu beraten. Auf der Internetseite des CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA www.ccp-austria.at finden Sie Informationen zum Programm (Wer ist teilnahmeberechtigt? Wann und wo muss der Antrag eingereicht werden? Wie hoch sind die Fördersummen? Diese und viele weitere Fragen werden hier beantwortet), österreichische Projektbeispiele präsentieren sich, und aktuelle Informationsveranstaltungen werden angekündigt.

Die nächste Einreichfrist für kulturelle Kooperationsprojekte ist der 5. Oktober 2011. Der CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA bietet Mailings zu aktuellen Themen, Informationsmaterial, Beratungstätigkeit, Informationsveranstaltungen und Workshops an. ■

INFOS

Unterstützung für die Einreichung:

CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA
www.ccp-austria.at

- Kontakt: CULTURAL CONTACT POINT AUSTRIA
Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Abteilung IA/4: EU-Kulturpolitik

Mag.^a Elisabeth Pacher
Concordiaplatz 2, 1014 Wien
Tel. +43 1 53 120/7692

Sozial, kreativ, innovativ!

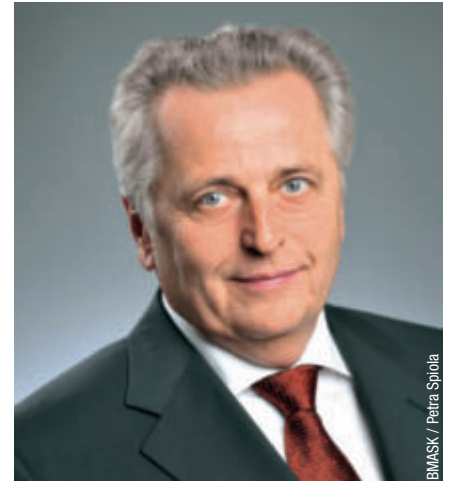
Der Europäische Sozialfonds (ESF) schafft Arbeitsplätze, unterstützt Menschen durch Qualifizierung und trägt zum Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt bei. Bei der SocialDesignWeek in Wien wurden heuer erstmals kreative Produkte, gestaltet von Menschen aus ESF-geförderten Betrieben und Projekten, gezeigt.

Petra Draxl, Abteilungsleitung ESF im BMASK

Arbeitslosigkeit führt nicht nur zu finanziellen Problemen, sondern oftmals auch in die soziale Isolation. Besonders schwierig ist der Wiedereinstieg für jene Personen, die bereits über einen längeren Zeitraum ohne Beschäftigung sind. Geförderte Arbeits- und Transitarbeitsplätze sollen die Brücke zu einem neuen Arbeitsplatz bilden. Das bieten die zahlreichen Projekte und Initiativen, die mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Österreich ermöglicht werden. Im Jahr 2008 wurden über 5.100 Personen in sogenannten gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten und rund 12.000 Personen in sozialökonomischen Betrieben (SÖB) gefördert. Arbeitstrainingsplätze und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse werden für viele Menschen zur persönlichen Startrampe, um wieder voll am Arbeitsleben teilnehmen zu können.

Mit Innovation zur Integration

Accessoires, Schmuck und Möbel von der „TrashDesignManufaktur“ aus Wien, künstlerische Einrichtungsgegenstände von der „VIA-Produktionsschule“ in Tirol, Taschen, Schmuck und Designmöbel von „heiden-spas“, einem Projekt für Jugendliche aus der Steiermark oder Bio-Pflanzen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb des WUK aus Wien und Niederösterreich: All diesen Projekten, Betrieben und Initiativen eine Bühne zu geben, war das Ziel der „SocialDesignWeek“, die erstmals Ende Juni in Wien im Glas pavillon Adria Wien am Donaukanal stattfand. Unter dem Motto „Mit Innovation zur Integration“ konnten Designstücke und kreative Dienstleistungen aus sozialen Beschäftigungs- und Integrationsunternehmen aus ganz Österreich eine Woche lang besichtigt werden. Das



BM Hundstorfer ist vom ESF überzeugt

begleitende Programm mit Diskussionsrunden und Führungen lieferte Einblicke in die Arbeit der Projekte und in die Produktionsbedingungen.

Eine erfolgreiche Institution

Bei der Vernissage zeigte sich Bundesminister Rudolf Hundstorfer von der Kreativität und Innovationskraft der gezeigten Stücke beeindruckt: „Zahlreiche Entwicklungen am österreichischen Arbeitsmarkt, in der Behinderten- und Bildungspolitik der letzten zehn Jahre sind durch den Europäischen Sozialfonds vorangetrieben worden. Diese innovative Tradition des ESF wird in der aktuellen Förderperiode fortgeführt.“



INFOS:

Europäischer Sozialfonds

Finanzielle Mittel aus dem ESF können öffentliche Verwaltungen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wohlfahrtsverbände sowie Sozialpartner erhalten, die im Bereich „Beschäftigung und soziale Eingliederung“ aktiv sind. Für die Koordination des ESF in Österreich ist das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) zuständig. In der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen in Österreich über 1,2 Milliarden Euro für Maßnahmen zur Verfügung. Mehr Informationen über den ESF finden Sie im Internet: www.esf.at



Als einzige Stadt weltweit empfängt Innsbruck, gemeinsam mit Seefeld, bereits zum dritten Mal die olympische Familie

1. Olympische Jugend-Winterspiele 2012 in Innsbruck und Seefeld

Mit den ersten Olympischen Jugend-Winterspielen vom 13. bis 22. Jänner 2012 knüpft Innsbruck an seine erfolgreiche Olympia-Vergangenheit an und baut die Brücke aus den Jahren 1964 und 1976 in die Gegenwart und Zukunft. Innsbruck schreibt ein neues Kapitel internationaler Sportgeschichte und zeigt zum dritten Mal als Austragungsort auf. 1.058 Jugendliche aus 60 Nationen feiern eine Premiere.

Jürgen Steinberger

Innsbruck ist aufgrund seiner geografischen Lage, seiner touristischen Bekanntheit und Bedeutung, aber auch in der Fortsetzung seiner olympischen Tradition und seines Know-hows in der Organisation von Sportgroßveranstaltungen der ideale Standort, um die ersten Olympischen Jugend-Winterspiele auszurichten. Die erstmalige Kombination von Sport, Kultur und Bildung in einer Veranstaltung unter Berücksichtigung der kurzen Vorbereitungszeit ist eine reizvolle Herausforderung für die Organisation in Innsbruck und Seefeld.

Sport und Teamgeist vereint die Nationen

Jugendliche aus über 60 Nationen mehrheitlich aus Europa werden sich erstmals im Zeichen der fünf Ringe im Sinne von Freundschaft, Respekt und Toleranz messen. Um diesen Aspekt des Miteinanders zu unterstreichen, wird der Schwerpunkt auf Team-

bewerben liegen, in denen Nationen und die Geschlechter gemischt werden. Bei den ersten Olympischen Jugend-Sommerspielen 2010 in Singapur wurde dieses Projekt erfolgreich vorgelebt. So gewann der Tiroler Luis Knabl gemeinsam mit Eszter Dudas (Ungarn), Miguel Valente (Portugal) und Fanny Beisaron (Israel) Gold im Triathlon-Team-Mixed-Bewerb. Die Jugendspiele bieten den Sportverbänden auch die Möglichkeit, sich selbst den Jugendlichen zu präsentieren und innovative Sportarten zu testen. In Innsbruck wird daher erstmals Slopestyle ins Sportprogramm aufgenommen.

Nachhaltiger Nutzen für Innsbrucker Familien

Die nachhaltige Wirkung und der Effekt der Spiele auf die Jugendlichen werden erhöht, in dem die Spiele als Katalysator für eigene Initiativen insbesondere für die Jugendlichen aus der Region genutzt werden.

Mehrere Nachhaltigkeitsprojekte wurden von den Organisatoren auch bereits initiiert. Und einen Sieger haben die Jugendspiele bereits gebracht. Mit dem Zuschlag für die Jugendspiele konnte das Grundstück für das Olympische Dorf günstiger und früher von der Stadt Innsbruck erworben werden als geplant. Der Bau von 444 Wohnungen mitten in Innsbruck wird somit vorgezogen und nach den Athleten werden hunderte Innsbrucker Familien die Wohnungen im Olympischen Dorf 2012 beziehen können. Die Tatsache, dass es sich bei diesem Bauprojekt um einen der größten Passivhauskomplexe in Europa handelt, ist ein besonderer Aspekt einer einzigartigen Veranstaltung mitten in Europa in Innsbruck und Seefeld. ■

INFOS:

www.innsbruck2012.com
www.facebook.com/innsbruck2012
[www.twitter.com/innsbruck2012](https://twitter.com/innsbruck2012)

Vorsprung durch Wissen: KommunalForum 2011 der Bank Austria – mit freundlicher Unterstützung durch den Österreichischen Städtebund, den Österreichischen Gemeindebund und das KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung

Gute Planung schafft neuen Spielraum

Der Konjunkturmotor brummt, doch viele Gemeinden stehen finanziell vor großen Herausforderungen. Die Bank Austria unterstützt mit ihren bewährten KDZ-Praxisplanern und gibt im Rahmen des KommunalForums wertvolle Tipps zur Haushaltssteuerung.

Mit der heimischen Wirtschaft geht es weiterhin bergauf. Viele Unternehmen wollen und können nach der Finanzkrise wieder investieren. Bei den Gemeinden sieht es anders aus. „Viele wollen investieren, können aber nicht, weil ihr finanzieller Spielraum noch enger geworden ist“, beschreibt Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria, die Situation.

Dabei stehen zahlreiche wichtige Investitionen in Österreichs Städten und Gemeinden an, die eher früher denn später durchgeführt werden müssen, um die Lebensqualität für die Bevölkerung aufrecht zu erhalten und weitere Investitionsstaus zu vermeiden. Dazu empfiehlt die Bank Austria, sich intensiv dem Thema Planung zuzuwenden. Figl: „Entscheidend ist, dass die Planung vorausschauend erfolgt und ein Zeitraum über mehrere Jahre betrachtet wird. Es ist wichtig, nicht nur die Anschaffungskosten für Neuinvestitionen zu kalkulieren, sondern auch die laufenden Betriebs- und Instandhaltungskosten einzubeziehen.“

Mit der Bank Austria rechnen

Was aufwändig klingt, kann mit Hilfe spezieller Praxisplaner, die die Bank Austria in Kooperation mit dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung entwickelt hat, einfach bewerkstelligt werden. Mit dem „Kommunalen Investitions- und Vorhabensplaner“ können rasch verschiedene Szenarien durchgerechnet werden. Der Planer funktioniert auf Excel-Basis und benötigt weder besondere Systemvoraussetzungen noch zusätzliche Software-Pakete oder spezifische Anwenderkenntnisse. Die Gemeindebetreuer der Bank Austria stellen den Praxisplaner anhand konkreter Daten aus den letzten fünf Rechnungsabschlüssen und der aktuellen Vorschau der jeweiligen Gemeinde vor.

Gemeinsam mit den Finanzverantwortlichen der Gemeinde werden die zu erwartenden Entwicklungen der nächsten Jahre betrachtet, diverse Szenarien durchgespielt und mögliche Auswirkungen dargestellt. Diese Serviceleistung der Bank Austria und der Praxisplaner selbst sind kostenfrei und stoßen bereits auf großes Interesse bei vielen Gemeinden.

Neuer Praxisplaner

Die Bank Austria stellt gerade mit dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung einen weiteren Praxisplaner unter dem Titel „Erweiterter Haushalts-Check“ fertig. „Damit wird es möglich, den Gemeindehaushalt mit seinen ausgegliederten Betrieben gesamthaft darzustellen“, so Figl.

Dieser Komplettüberblick ist deshalb wichtig, weil im Gemeindehaushalt weder die Einnahmen und Ausgaben der ausgegliederten Einheiten noch deren Investitionen und Verbindlichkeiten aufscheinen. Dadurch kann sich zwar ein vorteilhafteres Bild des Gemeindehaushalts ergeben – zum Beispiel aufgrund eines geringeren Schuldenstandes –, den realen finanziellen Verhältnissen der Gemeinde entspricht es aber nicht. Figl: „Für eine verlässliche, zukunftsorientierte Haushaltssteuerung ist die gesamthafte Betrachtung von Gemeindehaushalt und ausgegliederten Betrieben unerlässlich.“

Der neue Praxisplaner „Erweiterter Haushalts-Check“ trägt diesem Erfordernis Rechnung. Er bringt die Daten aus dem kameralistisch geführten Gemeindehaushalt und der zumeist nach dem Prinzip der doppelten Buchhaltung geführten Betriebsrechnung auf einen gemeinsamen Nenner und schafft eine einheitliche Kalkulationsbasis.

KommunalForum mit Städtebund und KDZ

Der neue Praxisplaner wird beim nächsten KommunalForum der Bank Austria in Bruck/Mur und Salzburg vorgestellt. Die Veranstaltung findet bereits zum fünften Mal in Kooperation mit dem Österreichischen Städtebund, dem Österreichischen Gemeindebund und dem KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung als Know-how-Partner statt. Figl: „Die Bank Austria engagiert sich schon seit Jahrzehnten für die öffentliche Hand. Durch die enge und partnerschaftliche Kooperation mit dem Städtebund, dem Gemeindebund und dem KDZ können wir unsere Kunden noch besser unterstützen.“



Bank Austria KommunalForum 2011

Die nächsten KommunalForen der Bank Austria finden an folgenden Tagen jeweils von 9.30 bis 15.00 Uhr statt:

3. Oktober 2011: Bruck/Mur, Kulturhaus
5. Oktober 2011: Salzburg, Tribühne Lehen
Im Rahmen der Veranstaltungen wird der neue Praxisplaner „Erweiterter Haushalts-Check“ vorgestellt.

Interessenten sind sehr herzlich eingeladen. Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeindekundenbetreuerin bzw. Ihren Gemeindekundenbetreuer, erreichbar über Tel. 050505-41691 oder über <http://publicsector.bankaustria.at>.

Manche Empfehlungen
sind kurzsichtig.



Das Leben ist voller Höhen
und Tiefen. Wir sind für Sie da.

Wir setzen auf Weitblick.

Was auch immer Sie in Ihrer Gemeinde vorhaben: Wir unterstützen Sie dabei. Unsere langjährige Erfahrung bei der Finanzberatung des Public Sectors sowie die spezialisierten regionalen Betreuungsteams machen uns zum ersten Ansprechpartner für maßgeschneiderte und weitsichtige Lösungen.
www.bankaustria.at

Willkommen bei der
Bank Austria
Member of **UniCredit**

ÖsterreicherInnen in EU-Institutionen: Karl Pichelmann

Ökonomische Expertisen für die Kommission



Schon bald nach dem EU-Beitritt Österreichs eröffneten sich für mich interessante Job-Möglichkeiten bei der Kommission. Aber erst im Lauf des Jahres 1998, als in meiner gegenwärtigen Generaldirektion ein Forschungsdirektorat eingerichtet wurde und mehrere Stellen für wissenschaftliche Berater ausgeschrieben wurden, konnte ich den Verlockungen vom Wiener Institut für Höhere Studien nach Brüssel zu wechseln nicht mehr widerstehen: zu spannend war die Perspektive, am Aufbau und Gelingen der Wirtschafts- und Währungsunion mitzuarbeiten. Mit diesem Gefühl bin ich nach einer folgreichen Bewerbungsprozedur im November 1998 in Brüssel eingetroffen; und an dieser Grundstimmung hat sich, nunmehr 12 Jahre später, nichts geändert.

Wirtschaftswissenschaftliche Beratertätigkeit

Meine Aufgaben lassen sich wohl am besten anhand des mission statements der Beratergruppe charakterisieren, deren Aktivitäten ich in den letzten Jahren koordiniert habe:

The mission of the Group of Advisers in the Directorate for Economic Studies and Research is to strengthen the analytical expertise of the Directorate General and to ensure that

its analyses remain at the frontier of theoretical and empirical developments in economics. Members of the Group liaise with the economic research community, undertake analytical economic-policy-oriented research and provide advice on economic policy formulation for the euro area and the European Union.

The main tasks of the Advisers include: the production of analytical documents and research reports both for internal use and for DG ECFIN publications, external journals or books and presentation at conferences; and the dissemination within the DG of information and know-how about significant developments in economic thinking. The Group of Advisers is responsible for arranging the annual DG ECFIN research conference and for the production of the EU Economy Annual Review. The Group supports the planning of the Brussels Economic Forum, and it provides the secretariat for the Macroeconomic Dialogue at technical level.

Makroökonomie und Arbeitsmarkt

Meine persönlichen Arbeitsschwerpunkte liegen an der Schnittstelle zwischen makroökonomischen Fragestellungen und Arbeitsmarktentwicklungen, insbesondere Auswirkungen der Globalisierung und Integration, inklusive Migration, auf Wachstum, Beschäftigung und Einkommensverteilung. Seit mehreren Jahren bin ich auch in der Generaldirektion für den makroökonomischen Dialog auf technischer Ebene verantwortlich, eine wichtige Diskussionsplattform zwischen den Sozialpartnern, der Kommission, EZB und den EU-Finanzministern. Viel Spaß macht auch, jedes Jahr einen Kurs an der ULB, der Freien Universität Brüssel, zu unterrichten: keine schwere Lehrverpflichtung, aber doch regelmäßiger Kontakt und Auseinandersetzung mit Studenten.

Die Finanzkrise als Herausforderung

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns allen neue Herausforderungen gebracht. Für uns in ECFIN, wie das Kürzel unserer

Generaldirektion lautet, galt und gilt es weiterhin gleichzeitig Krisenfeuerwehr zu spielen und an neuen stark verbesserten „Brandschutzvorkehrungen“ zu arbeiten. Spannend ist das nach wie vor, aber nicht zufällig wird es auch manchmal als Fluch bezeichnet, dass man in spannenden Zeiten leben möge. Bei allen Schwierigkeiten bin ich aber davon überzeugt, dass wir nur gemeinsam auf europäischer Ebene die großen Aufgaben lösen können, die vor uns liegen: die Bewältigung der Krise und ihrer Folgeprobleme, die Positionierung Europas in einer neuen wirtschaftlichen Weltordnung, und ein schonenderer Umgang mit unserem Planeten Erde.

Karl Pichelmann, Senior Adviser in der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen, EU-Kommission, Brüssel.

CURRICULUM VITAE

Personal data:

born April 15, 1956 in Vienna, Austrian Citizen

Principal positions:

1998 – Senior Adviser, EU Commission
DG for Economic and Financial Affairs
2000 – Professor Adjoint, Université Libre de Bruxelles, Institut d'Etudes Européennes

Previous positions and academic awards:

1983 Doktor rer.soc.oec., University of Vienna
1981-1998 Economist/Senior Economist
Institute for Advanced Studies, Vienna
1993 Consultant, OECD, Paris
1990-1998 Lecturer, Department of Economics
University of Economics, Vienna
1997 Habilitation in Volkswirtschaftslehre
University of Economics, Vienna

Selected recent publications:

„Falling Wage Shares: A Common Trend?“
Proceedings of OENB Workshops No. 16,
OENB 2009, 28-41 (jointly with A.Arpaia).

„Economic impact of migration flows following the 2004 enlargement process. A model based analysis“, European Economy. Economic Papers No. 349, November 2008 (jointly with F. D'Auria and K. McMorrow).

Europäisches Zukunftsprojekt

CC-WaterS zur Sicherung der Wasserversorgung

Die bereits eingetretene, aber auch die zukünftige Klimaveränderung wird viele Sektoren unserer Gesellschaft betreffen. Sie ist eine große Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Neben anderen Bereichen, die in die kommunale Zuständigkeit fallen, wird auch die Wasserversorgung betroffen sein. Die Wiener Wasserwerke sind sich dieser zukünftigen Herausforderung bewusst und starteten bereits 2009 das EU-Förderprojekt „CC-WaterS“.



Stadt Wien, MA31 – Wiener Wasserwerke



Das Projekt „CC-WaterS“ (Climate Change and Impacts on Water Supply) verfolgt das Ziel, in kommenden Jahrzehnten einen Beitrag zur Sicherung der Wasserversorgung – unter besonderer Berücksichtigung möglicher Klimaänderungen – zu leisten. Im Rahmen des Projektes werden Methoden und Instrumente für Wasserversorger, aber auch gesetzgebende Körperschaften, die für den Bereich Trinkwasserversorgung zuständig sind, ausgearbeitet. Die Ergebnisse des Projektes werden auch Dritten zur Verfügung stehen.

Europäische Zusammenarbeit

Unter der Leitung der Wiener Wasserwerke arbeiten seit 2009 18 Partner aus neun europäischen Ländern (Österreich, Bulgarien, Griechenland, Italien, Kroatien, Rumänien, Serbien, Slowenien und Ungarn) gemeinsam an diesem Projekt. Zu den österreichischen Partnern zählen neben den Wiener Wasserwerken das Lebensministerium und die Gemeinde Waidhofen an der Ybbs. Gefördert wird „CC-WaterS“ vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit – Südosteuropa (ETZ – SEE)“. Erste Maßnahmen, die im Rahmen des Projektes gesetzt wurden, sind das Erarbeiten von Szenarien und Prognosen über die Klimaentwicklung in den jeweiligen Testge-

Es arbeiten 18 Partner aus neun europäischen Ländern zusammen

bieten für die Perioden 2021 bis 2050 und 2071 bis 2100 sowie das Erstellen von Wasserbilanzen für diese Perioden.

Das Klima vorhersagen

Die Prognose von Klimaänderungen in jenen Gebieten, die für Wasserversorger von Bedeutung sind, nämlich den Einzugsgebieten, ist wesentlich, da Änderungen meteorologischer Parameter regional, ja sogar lokal sehr unterschiedlich ausfallen können. Eine Aufgabe ist es, herauszufinden, für welche Gebietsgrößen sinnvolle Aussagen getroffen werden können. Dafür berücksichtigen die Testgebiete der Projektpartner mehrere Anforderungen: geografische Typen (Gebirge, Ebenen, Küstenzonen), Klimatypen (alpines, kontinentales und mediterranes Klima) sowie Trinkwasserressourcen (Grundwasser, Karstwasser und Oberflächenwasser).

Untersuchungen vernetzen

Darüber hinaus wird versucht, die Strukturen und die Organisation der Wasserversorgung in den Partnerländern zu berücksichtigen. Einerseits geht es hier um den Unterschied von ländlichen und städtischen Bereichen, andererseits um die Größe der Wasserversorger. So ist die Wasserversorgung von Großstädten wie Belgrad, Ljubljana, Thessaloniki und Wien ein

Thema, aber auch kleinere Städte und Versorgungsgebiete, wie z.B. Waidhofen an der Ybbs, werden einbezogen. Die zur Bearbeitung von Fragen zur Klimaänderung erforderlichen Untersuchungen können meist von kleinen Gemeinden alleine nicht geleistet werden. Die Probleme sind aber für große und kleine Städte sowie für Gemeinden gleich.

Mit Abschluss des Projektes „CC-WaterS“ werden neben Analysen und Prognosen hinsichtlich der Klimaänderung und ihrer Auswirkungen auf die Wasserversorgung auch Maßnahmen zur Sicherung der Wasserversorgung für die Zukunft vorliegen.

*Dr. Gerhard Kuschnig, Stadt Wien, MA31,
Wiener Wasserwerke*

WEITERE INFO:

Wenn Sie mehr über das Projekt wissen möchten, besuchen Sie die Projekthomepage www.ccwaters.eu.

Für das Programm „Europäische Territoriale Zusammenarbeit – Südosteuropa (ETZ – SEE)“ gibt es eine eigene Ansprechstelle in Wien. Die ExpertInnen des National Contact Points (www.oerok.gv.at/contact-point/south-east-europe.html) in der ÖROK informieren zu allen programmrelevanten Fragen und unterstützen bei Projektantragstellung und Durchführung. www.eu-guide.at, Mag. Alexandra Schantl, schantl@kdz.or.at, Tel. +43 1 8923492-37

Gemeindekooperationen:

Bürgermeister Schaden und Gemeinderat Mohr: „Die Vorteile der Zusammenarbeit nutzen“

Die direkte Zusammenarbeit zwischen Gemeinden soll einfacher gestaltet werden. Das sieht eine Initiative des Bundesrates vor, die auch im Nationalrat diskutiert wurde. Am Rande der Plenartagung des EU-Ausschusses der Regionen am 1. Juli in Brüssel begrüßten der Salzburger Bürgermeister Dr. Heinz Schaden (Städtebund) und der Wolfurter Gemeinderat Erwin Mohr (Gemeindebund) die Vorschläge.

Ausschuss der Regionen (AdR): *Herr Bürgermeister Schaden, Herr Gemeinderat Mohr, der Bundesrat hat Anfang Juni – erst zum zweiten Mal in seiner Geschichte – eine Gesetzesinitiative lanciert. Die Länderkammer hat vorgeschlagen, die Gemeindekooperationen zu vereinfachen. Die Gemeindekassen sollen dadurch entlastet, der Service verbessert werden. Wie beurteilen Sie diesen Vorstoß?*

Bürgermeister Dr. Heinz Schaden (Städtebund): Ich halte das für eine vernünftige Geschichte. Die Gemeinden sind ja derzeit trotz guter Konjunktur finanziell zum Teil sehr strapaziert. Fast die Hälfte der österreichischen Gemeinden sind „Ausgleichsgemeinden“, das ist ein sehr hoher Wert. Jede Form der Kooperation ist sinnvoll, und wir haben regional betrachtet in Salzburg damit auch schon gute Erfahrungen gemacht.

Gemeinderat Erwin Mohr (Gemeindebund): Es ist erfreulich, dass sich der Bundesrat dieser Dinge annimmt. Wir begrüßen den Vorschlag. Auch der Gemeindebund ist sehr dafür, diese Aktivitäten auszubauen. Die neuen Möglichkeiten zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die hier geschaffen wurden, bieten zusätzliche Chancen. Wir werden diese Chancen wahrnehmen. Es gibt immer noch hohe „Kirchtürme“, aber sie werden niedriger.

AdR: *Was sind nun Ihre Erwartungen an die Bundesregierung und den Nationalrat? Ist das bereits der erste Schritt zu einer „kleinen Verwaltungsreform“?*

Schaden: Also ich bin skeptisch, was die Bundesregierung betrifft, dass hier wesentliche Schritte zur Verwaltungsreform gesetzt werden. Ich habe derzeit nicht den Eindruck, als wäre das ein Schwerpunkt in der Agenda der Bundesregierung. Ich denke, wir sind autonome Gebietskörperschaften, die Städte und Gemeinden, und werden gut daran tun, uns selber zu reformieren, uns selber zu verschlanken. Das ist auch ein Gebot der Stunde, weil die Finanzen vieler Städte und Gemeinden derzeit in einem sehr besorgniserregenden Zustand sind.

Mohr: Ich kann Bürgermeister Schaden da nur beipflichten. Ich denke, die Verwaltungsreform kann auch von unten kommen, die muss nicht immer von oben verordnet werden. Es gibt inzwischen auch in einigen Bundesländern Anreizsysteme für Gemeindekooperationen, die diese Zusammenarbeit fördern – auch mit finanziellen Anreizen. Das ist ein hervorragender Weg, die Kommunen zu ermuntern, alle Synergien zu nutzen. Sözusagen die Vorteile einer Kooperation zu nutzen, ohne die Nachteile einer Fusion eingehen zu müssen.

AdR: *Ist verstärkte Zusammenarbeit die politische Antwort auf den immer wiederkehrenden Vorschlag, Gemeinden zusammenzulegen? Kann sich ein kleines Land wie Österreich über 2.300 eigenständige Gemeinden leisten?*

Mohr: Vielleicht muss man hier schon etwas differenzieren. Ob man es sich leisten kann, hängt davon ab, was sich die einzelne Kommune vornimmt. Hier kann man zum Beispiel den Vergleich mit der Schweiz ziehen. Im ländlichen

Bereich, sowohl in der Schweiz als auch bei uns, gibt es viele Kommunen, wo alles ehrenamtlich passiert. Und wenn man da zusammenlegt, größere Einheiten schafft, dann fallen viele Dinge, die ehrenamtlich gemacht werden, weg. Das sollte man vermeiden. Es gibt aber gerade im Verwaltungsbereich gute Möglichkeiten zusammenzuarbeiten, ohne dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger zurückgeht und trotzdem die Verwaltung verbessert wird. Zum Beispiel im Bauwesen, bei der Wasserversorgung – dann professionalisieren sich diese Bereiche. Es wird insgesamt besser und billiger für die BürgerInnen, und trotzdem bleibt das ehrenamtliche Engagement erhalten. Das ist demokratiepolitisch gut, das sehen wir auch an der Schweiz.

Schaden: Ich bin auch Vorsitzender des Regionalverbandes der Stadt Salzburg und Umgebungsgemeinden. Wir kooperieren sehr gut, entgegen allen Unkenrufen, die es am Anfang gegeben hat. Die Stadt Salzburg schreibt zum Beispiel für ihre Umgebungsgemeinden Bestellungen aus: etwa Schulmöbel oder Streusalz im Winter. Je größer da die Chargen sind, umso bessere Preise bekommt man. Es war für uns nie ein Thema, im „Speckgürtel“ zu fusionieren, obwohl es nahelegend wäre. Wir kooperieren am besten als unabhängige Städte und Gemeinden. Ich hätte aber einen radikalen Gegenvorschlag. Die Frage ist: Kann sich die Republik Österreich, die weniger Einwohner als Bayern hat, neun Bundesländer leisten? Ich sage das jetzt als Gedankenanstoß, nicht als Forderung. Gerade wenn wir über die Schulverwaltung reden, haben wir in Österreich drei Verwaltungsebenen: Bund, Länder und Gemeinden, die Schulerhalter sind und für den Schulsachaufwand zuständig sind. Da ließen sich sicher andere Modelle denken. Da muss man die Bundesländer nicht gleich auflösen, aber warum das so



ÖStB

organisiert ist, das v erstehe ich ganz einfach nicht.

AdR: *Wäre hier vielleicht eine klarere Kompetenzaufteilung nötig?*

Schaden: Ja, zum Beispiel, dass es bei manchen Dingen, ich bleibe beim Beispiel Schule, einen Zentralstaat gibt, und dann die Kommunen, die dann vor Ort die Arbeit leisten. Kinderbetreuung ist ja auch so ein Kapitel, wo sich der Bund – ich sage es jetzt polemisch – immer wieder reinmischt, mit dem berühmten Vorschuljahr, das dann ein verpflichtendes Kindergartenjahr ist. Die Träger sind die Gemeinden, und die Länder halten die Gelder zum Teil auf, die dafür vom Bund kommen. Ähnliche Diskussionen haben wir beim Pflegefonds. Da wäre schon viel zu tun. Aber ich bin dafür, dass die kleinsten Verwaltungseinheiten, sprich die Kommunen, so bleiben wie sie sind. Denn sie sind relativ bürgernah.

Mohr: So ist es, die bürgernächste Ebene. Da sind wir bei der „Multi-Level-Governance“, der Mehrebenenregierung. Dazu gehört auch, dass man die Mittel bereitstellt, wenn man Gesetze beschließt. Wir haben immer mehr Bereiche, wo der Bund etwas vorgibt, und die Länder und Gemeinden müssen das dann durchführen. Dann gibt

es Geld, das wird über die Länder weitergereicht, zum Beispiel bei der Pflege. Sobald das durch ein Sieb durchsickert, bleibt immer etwas hängen. Da sollte man die Mehrebenenregierung ernst nehmen und sagen, diese Ebene ist dafür verantwortlich, zum Beispiel für die Kinderbetreuung, aber dann von A bis Z. Da geht es um Pflege, um die Krankenhäuser, um den Gesundheitsbereich. Das wäre eine echte Verwaltungsreform.

AdR: *Herr Mohr, Bürgermeister Schaden hat vorhin einige Beispiele der Zusammenarbeit im Salzburger Umland gebracht, wie durch Gemeindekooperationen Einsparungen erreicht werden können. Können Sie uns konkrete Beispiele aus Vorarlberg nennen?*

Mohr: Nehmen wir einen ganz aktuellen Bereich, die Pflege. Da gibt es jetzt für Einheiten von ca. 30.000 EinwohnerInnen Service-Anlaufstellen für die Pflege, die alles regeln. Das muss nicht jede Gemeinde selber machen. Diese zentralen Anlaufstellen regeln jetzt die Kontakte mit ambulanten Diensten, mit Sozialdiensten, mit Notdiensten. Das ist regional organisiert, da ist zum Beispiel das ganze Montafon bei einander, oder das Rheintal.

AdR: *Also ein konkreter Vorteil für die BürgerInnen, der Service wird verbessert?*

Mohr: Diesen Service hat vorher in jeder Gemeinde oft jemand „nebenher“ betreut. Jetzt gibt es dafür „PflegemanagerInnen“, die genau Bescheid wissen, die wissen, wo man was beantragen kann, wo man sich für Heimplätze und ambulante Dienste anmelden kann, und so weiter.

AdR: *Zum Anschluss noch ein Blick über den Tellerrand hinaus: Jetzt ist diese Gesetzesinitiative auf Schiene gebracht worden, die die Zusammenarbeit über die Bundesländergrenzen hinweg vereinfachen soll. Wie sieht es in Österreich mit der Lage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten aus? Sehen Sie hier Verbesserungsbedarf? Was kann der Ausschuss der Regionen in Brüssel dafür tun, Stichwort Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ)?*

Mohr: In Österreich gibt es ja jetzt den EVTZ Tirol-Südtirol-Trentino, der ist bislang auch der einzige. Das Instrument ist vielleicht noch zu wenig bekannt. In Vorarlberg haben wir ja drei Anrainerstaaten, wenn man Liechtenstein dazu nimmt, da gibt es noch keinen EVTZ, aber es wäre möglich. Es gibt natürlich ganz enge Kooperationen über das Interreg-Programm, und so weiter. Verbesserungsbedarf ist insofern gegeben, als der Bund die Verordnung für den EVTZ bis jetzt noch nicht umgesetzt hat. Die Länder haben das in Österreich umgesetzt, soweit ich weiß. Der Bund ist hier offenbar etwas zurückhaltend, lässt sich scheinbar die Staatsverträge noch nicht aus der Hand nehmen, wenn es um Bundeskompetenzen geht. Solange es um Landeskompetenzen geht, funktioniert der EVTZ derzeit aber schon.

Das Interview am 5. Juli 2011 führte Michael Alfons, AdR-Pressereferent.

WEITERE INFO:

- Bundesrat: Bundesrat will Gemeinden engere Zusammenarbeit ermöglichen (1. Juni 2011)
- Gemeindebund: Mödlhammer begrüßt Bundesrats-Initiative zu Gemeindekooperationen (1. Juni 2011)
- Städtebund: Städtebund begrüßt Verfassungsänderung für Gemeindekooperationen (1. Juni 2011)

Frauenausschuss und Finanzkommission: Wie „Gender Budgeting“ umsetzen?



Gender Budgeting war das zentrale Thema des gemeinsamen Treffens im Wiener Rathaus

Am Vormittag des 6. April 2011 tagten in Wien noch beide Ausschüsse getrennt voneinander. Der Nachmittag stand dann aber ganz im Zeichen der gemeinsamen Auseinandersetzung mit dem Thema „Gender Budgeting“.

FAG-Reform

Die auf Initiative des Bundes beauftragten Studien (auf der Homepage des BMF zu finden) entsprechen in ihren Ergebnissen in vielen Bereichen den Argumenten des Österreichischen Städtebundes (ÖStB). Der ÖStB hat sich in seiner Stellungnahme daher auch tendenziell positiv geäußert und das BMF aufgefordert, das politische Lenkungs-gremium einzuberufen. In diesem Zusammenhang muss unterstrichen werden, dass trotz der zuletzt wieder positiveren Entwicklung der Ertragsanteile, die grundsätzlichen strukturellen Probleme (insbesondere die Transferbelastung) ungelöst bleiben, zumal erst das Niveau von 2008 erreicht werden wird und der Einnahmefall in den Krisen-jahren bei weitem noch nicht kompensiert ist. Auch der Pflegefonds, dessen Details ja noch völlig offen sind, wird daran wenig ändern.

Österreichischer Stabilitätspakt

Im neuen österreichischen Stabilitätspakt haben die Städte und Gemeinden weiterhin ein Nulldefizit vorzuweisen, während Bund und Länder deutliche Defizite machen können. Ob die zusätzlichen Mittel aus dem Pflegefonds eine dafür ausreichende Entlastung bringen, ist fraglich. Auch die Ausweitung der Datenlieferung wird skeptisch beurteilt, zumal die Sinnhaftigkeit dieser umfangreichen Sammlung von allen Gemeinden unklar ist.

Gemeinsame Tagung mit dem Frauenausschuss zum Thema „Gender Budgeting“

Am Nachmittag wurde von Beispielen aus Berlin, Graz und Wien zur praktischen Umsetzung des Gender Budgetings berichtet. Folgende Punkte sind besonders hervorzuheben:

- Der Einsatz des Gender Budgetings hat nichts mit der Budgethöhe zu tun und eignet sich somit für kleinere und größere Städte und Gemeinden.
- Gender Budgeting hat auch nichts mit „Frauenpolitik“ zu tun (auch Männer

können in bestimmten Bereichen benachteiligt sein) und sollte unter der Federführung der Finanzabteilung stehen, wobei die Financer nur die Strukturen und Meldepflichtungen vorgeben können. Die inhaltliche Analyse muss in den Fachabteilungen geschehen.

- Im Fokus der Betrachtung sollten (zumindest zu Beginn) jene Abteilungen stehen, die einen starken Kontakt zu den BürgerInnen haben. Auch sollte, einem pragmatischen Ansatz folgend, dort begonnen werden, wo schon Daten vorliegen.
- Die Berücksichtigung der Einnahmen ist im Hinblick auf die fragliche Steuermöglichkeit nicht prioritär.

Der ÖStB wird auf der Homepage und der Amtstafel eigene Bereiche einrichten, um „Best Practice Beispiele“ zu sammeln und damit allen Städten und Gemeinden Material zur Orientierung für die eigene Umsetzung anbieten zu können. Es wird quasi ein „1x1 des Gender Budgetings“ geben.

Oliver Puchner

AUS DEM STÄDTEBUND

Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten: Die Parkraumbewirtschaftung im Fokus

Am 4. und 5. Mai 2011 fand der Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten in Wien statt. Die zentralen Themen dieses Ausschusses waren Parkraumbewirtschaftung, Parkraumüberwachung, die aktuellen Prüferfahrungen und zukünftige Leitsätze zu diesem Themenbereich.

Parkraumüberwachung und -bewirtschaftung und die Ansätze der Kontrolle

Parkraumbewirtschaftung ermöglicht die Steuerung von Nachfrage (durch Kostenpflichtigkeit) und Angebot (höherer Umschlag durch geringere Höchstparkdauer). Dadurch lässt sich etwa eine Verringerung des Parkplatzsuchverkehrs und eine Eindämmung der Verkehrsbehinderungen durch vorschriftswidrig abgestellte Kraftfahrzeuge erreichen. Auch zur Lenkung des Mobilitätsverhaltens wird beigetragen.

Für Prüfungen seitens der Kontrollämter ergeben sich u.a. folgende Ansatzpunkte:

- Abwicklung der Parkautomatenentleerung
- Erreichung der Ziele, für welche in die Parkraumbewirtschaftung u. -überwachung investiert wurden (Verkehrsentlastungen, Steuerung des ruhenden Verkehrs, Auslastungssteigerungen, Kaufkraftstärkung, etc.).
- Wirtschaftlichkeit einer Ausgliederung der Parkraumüberwachung
- Wirtschaftliche Gestaltung der gebührenpflichtigen Zeiten
- Ausgabe der Berechtigungskarten (Anwohnerzone)
- Stimmigkeit des Angebotes in Marketing und Preisbildung
- Investitionsrechnung und -vergleiche, Verifizierung Businessplan
- Auslastungsgrad, Kosten-Nutzen-Überlegungen im Betrieb, Rentabilität, Amortisation

- Abrechnungssystem / Belegprüfung / Prozess der Transaktion / Systemprüfung generell, Contracting Out (Leistungserbringung durch Dritte) wirtschaftlich sinnvoll?
- Make-or-buy-Überlegung bei Überwachung des ruhenden Verkehrs, allfällige Synergien bei Job-Enlargement und Job-Enrichment vorliegend?

Prüferfahrungen

In Bezug auf die sonstigen Verbotsbeschränkungen ist die Frage offen geblieben, ob die Organe, welche die Kurzparkzonen kontrollieren, auch die Halte- und Parkverbote kontrollieren dürfen. Aus Sicht des Controllings haben sich umfassende Leistungs- und Kennzahlensets und Rayonsauswertungen bestens bewährt. Standardisierte Kontroll- und Dokumentationsschritte sind hilfreich, um Manipulationen zu verhindern. Zum Thema der Organisation der Parkraumbewirtschaftung wurde das Zusammenspiel der verschiedenen Abteilungen bzw. Anbieter untersucht.

Leitsätze

Der Rechnungshof hat aus seinen Prüfungen einige Leitsätze abgeleitet:

- Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung sollen zweckgewidmet für den öffentlichen Verkehr und die Verbesserung der Stellplatzsituation verwendet werden.
- Mit dem Bau von Garagen soll ein Rückbau an Oberflächeparkplätzen verbunden sein.
- Die Auslastung der Stellplätze und deren Wechselhäufigkeit sollte zur Optimierung regelmäßig evaluiert werden.
- Die Frage, ob eine Auslagerung zu Kostenvorteilen führt, kann nur im Einzelfall geprüft werden.
- Auch der Kennzahlenvergleich zwischen Städten muss mit Bedacht unternommen werden.

Oliver Puchner



FOTOS: ORP/P. DOMENIGG, SATEL FILM/P. DOMENIGG (2), CONCORDE FILM / P. DOMENIGG



FESTER PLATZ IN DER FILMWELT WIEN FÖRDERT DIE BRANCHE

Film boomt in Wien: Die Vorzüge der Filmstadt sind weltweit bekannt. So bieten kaiserliches Flair, Walzerseligkeit und kleinbürgerliche Idylle perfekte Kulissen für internationale Produktionen.



Klappe, Film ab! Wien hat, wie auch Berlin, New York und Paris, eine lange Filmtradition vorzuweisen. Hollywood-Produktionen wie „Before Sunrise“ oder Klassiker wie „Der Dritte Mann“ wurden an Schauplätzen in der Stadt gedreht. Mit den Vorzügen des kaiserlichen Flairs, der Walzerseligkeit und kleinbürgerlichen Idylle konnte man in der Vergangenheit große Filmgeschichten erzählen. Eingebettet wurden diese meist in den Mythos Wiens als Stadt der Liebe und Musik. Aktuell sind „Jud Süß“ mit Moritz Bleibtreu, „Mahler auf der Couch“ mit Karl Markovics und der „Tollywood“-Hit „Namo Venkatesa“ als Erfolge hervorzuheben.

UNTERSTÜTZUNG

Um im Drehbuch vorgesehene Orte wie die Staatsoper, das AKH oder den Burggarten als Kulisse in einer Produktion verwenden zu dürfen, muss zuerst eine Drehgenehmigung eingeholt werden. Die Vienna Film Commission ist dafür seit zwei Jahren die zentrale Service- und Anlaufstelle für Film-



Krimi in Wien: Die Ermittler Nowak und Ribarski aus SOKO Donau (oben) und Johannes Kirsch alias Paul Schremser in „Kottan ermittelt – Rien ne va plus“ (unten rechts)

schaffende in Wien. Mit einem Jahresetat von knapp 500.000 Euro unterstützt sie Dreharbeiten nationaler und internationaler Filmproduktionen in Wien. Im letzten Jahr wurden mehr als 400 Ansuchen eingereicht. Bei rund 80 Prozent aller Filmproduktionen in Wien war die Commission involviert. „Die Vienna Film Commission hilft bei der Suche nach geeigneten Motiven und Servicepartnern in der Branche“, so Geschäftsführerin Marijana Stoisits. Am häufigsten wird in der Innenstadt gedreht. Ebenso zählt die Bewerbung Wiens als Dreh- und Produktionsstandort und Werbung für den Film in Wien über die Grenzen hinaus zu

den Hauptaufgaben. Der Service der Vienna Film Commission steht für Spielfilme, Dokumentarfilme, StudentInnenfilme und Werbefilme kostenlos zur Verfügung.

FILMSTADT WIEN

Nicht nur an öffentlichen Plätzen der Stadt wird fleißig gedreht. Die „Filmstadt Wien“ – ein Studio-komplex am Rosenhügel – ist seit den 1920er-Jahren Drehort für viele österreichische TV- und Kinoproduktionen. Sechs Bühnen umfasst das rund 30.000 m² große Gelände. Hier entstanden Klassiker des heimischen Kinos wie Franz Antels „Der Bockerer“ oder „Die Klavierspielerin“ von Michael Haneke, sowie zahlreiche Filme mit Willi Forst, Paul Hörbiger und Hans Moser. Auch der Kinofilm „Kottan ermittelt – Rien ne va plus“ und die beliebte Krimiserie „Schnell ermittelt“ wurden in „Klein-Hollywood“ produziert.

INFO

www.filmstadt-wien.at

www.viennafilmmmission.at

In Wien wird „Schnell ermittelt“: Das Team um Kommissarin Angelika Schnell (Ursula Strauss) jagt an den schönsten Plätzen der Stadt nach Verbrechern. Rechts: Moritz Bleibtreu in „Jud Süß – Film ohne Gewissen“



Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten: Rechnungshof mit neuen Kompetenzen und aktuelle Wahlreformen

Auf Einladung der Stadt Krems fand am 28. und 29. April 2011 unter der Leitung von Magistratsdirektor Franz Höblinger eine Sitzung des Fachausschusses für Rechtsangelegenheiten statt. Viele aktuelle Themenschwerpunkte standen zur Beratung an und wurden von hochkompetenten Vortragenden den anwesenden KommunalvertreterInnen näher gebracht.

Neue Kompetenzen für den Rechnungshof

Vom Präsidenten des Rechnungshofes, Josef Moser, wurde aktuell und auf höchstem Niveau über die erweiterten Kompetenzen des Rechnungshofes im Gemeindebereich referiert. Gemeinden sind wesentliche Partner zur Erfüllung staatlicher Aufgaben – insbesondere in den dynamischen Ausgabenbereichen Pflege, Soziales, Bildung, Kinderbetreuung – und gehören zu den größten öffentlichen Investoren. Die Gemeinden sind Teil der verfassungsgesetzlich vorgegebenen gesamtstaatlichen Budgetverantwortung und ein wichtiger Partner bei Stabilitätspakt und Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Seit 1929 haben die Gemeinden maßgeblich an Bedeutung gewonnen, die Kontrolle konnte mit den zunehmenden Aufgaben und der steigenden Gebärungsverantwortung der Gemeinden jedoch nicht Schritt halten.

Die Briefwahl hat sich bewährt

Anschließend wurde von Robert Stein, dem zuständigen Abteilungsleiter für Wahlangelegenheiten im BMI, über die bevorstehende neuerliche Wahlreform und ihre Auswirkungen auf die Städte berichtet. Jahrzehnte hat es gedauert, bis über die Einführung der Briefwahl unter den politischen Lagern Einigung erzielt worden ist. Schon drei Jahre nach der Einführung kann gesagt werden, dass viele Menschen von der Möglichkeit

der Briefwahl gerne Gebrauch machen. Nach der Einführung der Briefwahl im Jahr 2007 konnten in zwei Etappen rechtliche Klarstellungen und Verbesserungen für BürgerInnen wie für Gemeinden erzielt werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Briefwahl sich bei den rund zehn Wahlgängen, bei denen sie auf Bundes- und Landesebene zum Einsatz gekommen ist, problemlos bewährt hat, auch wenn sich die Länder unterschiedlicher Modelle mit unterschiedlichen Fristen bedienen. Es lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer vorhersagen, ob und in welche Richtung es



zu Änderungen des Briefwahlmodells kommt. Die Wahlen, sowie insbesondere die Wiener Volksbefragung aus dem Februar 2010, haben aber gezeigt, dass die Briefwahl in Zukunft aus dem österreichischen Wahlrecht nicht mehr wegzudenken ist.

Wahlabwicklung und Evaluierung von „Public Management“-Instrumenten

Weiters wurden vom Ausschussmitglied Alfred Happel „Best Practise“-Beispiele der Wahlabwicklung in der Stadtgemeinde Schwechat vorgestellt und danach diskutiert. Einen weiteren Themenschwerpunkt bildete die Evaluierung von Public-Management-Instrumentarien in den Städten. Thomas Prorok vom KDZ stellte hier zu einem Erfahrungs- und Evaluierungsbericht über die letzten zehn Jahre vor. Erste Erkenntnisse in der Public-Management-Evaluierung in

Österreichs Städten, betreffend die Verbesserung im Bürgerservice und die Optimierung von Strukturen und Abläufen, standen hierbei im Vordergrund. Künftige Handlungsfelder wurden folgendermaßen definiert: Zielvereinbarungen, Qualitätsmanagement mit CAF forcieren, Innovationen und Lernen so wie Kooperationen in der Region. Anschließend wies Thomas Prorok darauf hin, dass insbesondere das Common Assessment Framework (CAF) im Qualitätsmanagement ein hohes Potenzial für interne Reformen, aktivierbar durch Beteiligung der MitarbeiterInnen, Kundenorientierung und Qualitätsmanagement mit CAF stehen im Vordergrund. Prorok abschließend: „Die Verwaltungsreform ist auf halbem Weg, sie ist nicht stecken geblieben. Wir müssen vor allem die Folgen der Nicht-Reform transparent machen.“

Weitere Themen

Christine Leitner als Lehrgangsleiterin der Donau Universität Krems stellte danach den neuen

Universitätslehrgang Public Management mit Schwerpunkt auf kommunale Verwaltungen vor. Die Rechtsanwälte Johannes Schramm und Clemens Lintschinger berichteten über Neuerungen im Vergaberecht, welche von den VertreterInnen der Städte interessiert aufgenommen wurden. Abgerundet wurden die Vorträge durch einen Bericht von Christian Herwig aus dem Bundeskanzleramt zu rechtlichen Neuerungen im e-Government-Bereich.

Abseits der fachlichen Diskussionen konnten sich die Mitglieder des Ausschusses bei einem kulturellen Highlight – der Besichtigung der Gozzoburg, einem österreichischen Kulturjuwel – und einem anschließenden gemütlichen Beisammensein erholen. Der nächste Fachausschuss wird am 3. und 4. November 2011 in Innsbruck stattfinden.

Johannes Schmid

AUS DEM STÄDTEBUND

Fachausschuss für Statistik und Registeranwendungen: Das „Zentrale Personenstandsregister“ kommt

Am 10. und 11. Mai 2011 fand in Graz der Fachausschuss für Statistik und Registeranwendungen statt. Die zentralen Themen waren die Neuerungen nach der Revision des Verbraucherpreisindex, die aktuelle Konsumerhebung, das zentrale Personenstandsregister und die demografische Entwicklung in Österreich.

Haushaltsbuch alle Ausgaben für Waren und Dienstleistungen eingetragen. Der größte Brocken sind mit 23,8% die Ausgaben für Wohnen und Energie, gefolgt von Verkehr mit 15%. Enthalten sind alle Ausgaben mit der Ausnahme von Spareinlagen und Kreditrückzahlungen sowie Investitionen. Die Ausgaben werden unabhängig von der Geldquelle erfasst. Ein interessantes Detail ist etwa die Ab-

ratssitzung vom 11. Mai 2010 wurde auch der verbindliche Auftrag zur Erstellung eines Umsetzungskonzepts verabschiedet. In einer Arbeitsgruppe aus BMI, Ländern und BKA sind auch der Österreichische Städtebund und der Österreichische Gemeindebund vertreten. In Zukunft sollen über einen festen Personenkern die eindeutige Identifikation und die Abbildung von Familienzusammenhängen möglich sein. Unklar sind etwa die Zugriffsberechtigungen. Je mehr Behörden Einsicht erhalten, desto öfter ersparen sich die BürgerInnen die Vorlage von Dokumenten. Offen ist aber auch, ob weitere Behörden/Stellen eintragen dürfen (z.B. Spitäler, etc.).



Neuerungen nach der Revision des Verbraucherpreisindex

Neben der alle fünf Jahre stattfindenden Anpassung des Warenkorbs und der Gewichte wurde dieses Mal der Index von einem Laspere-Index auf einen Kettenindex umgestellt, sodass nun Produkte und Gewichte jederzeit angepasst werden können. Im Warenkorb befinden sich 791 Positionen. In 20 Städten werden monatlich 39.500 Preise erhoben. In einem Projekt der Statistik Austria wird nun versucht, die Preiserhebungen durch die Abfragen der Scannerkassen zu ergänzen bzw. zu ersetzen. Ein nützliches Tool zur Berechnung der Wertanpassungen ist der Indexrechner (www.statistik.at/Indexrechner).

Konsumerhebung neu

In der Konsumerhebung 2009/10 haben 6.534 Haushalte 14 Tage lang in einem

Haushaltsbuch alle Ausgaben für Waren und Dienstleistungen eingetragen. Der größte Brocken sind mit 23,8% die Ausgaben für Wohnen und Energie, gefolgt von Verkehr mit 15%. Enthalten sind alle Ausgaben mit der Ausnahme von Spareinlagen und Kreditrückzahlungen sowie Investitionen. Die Ausgaben werden unabhängig von der Geldquelle erfasst. Ein interessantes Detail ist etwa die Abnahme des Ernährungsanteils an den Gesamtverbrauchsausgaben von 44,8% 1954 auf 12,1% bei der Erhebung 2009/10. Dies dürfte auch mit den Single-Haushalten und dem vermehrten Essen in Restaurants in Zusammenhang stehen. Auch Verteilungsaussagen sind möglich. So gibt das oberste Quartil nur 19,1% für Wohnen und Energie und 8,5% für Ernährung, aber 19% für Verkehr aus, während die Werte im untersten Quartil 37,2%, 18,4% und 6,6% betragen. Regional gesehen ist vor allem die weit höhere Anzahl von Haushalten ohne PKW in den größeren Städten interessant.

Zentrales Personenstandsregister

Die schon länger existierende Idee eines ZPR fand Niederschlag im aktuellen Regierungsprogramm. In der Minister-

Demografische Entwicklungen und Herausforderungen

Generell sind seit 1950 ein Fertilitätsrückgang, eine steigende Lebenserwartung und ein Rückgang des Bevölkerungswachstums zu beobachten. Die Alterung und die Migration betreffen allerdings die Regionen unterschiedlich stark. Hierbei sind Unterschiede bei der Fertilität, der Säuglingssterblichkeit und der Lebenserwartung zwischen den Staaten größer als innerhalb, was offensichtlich auch auf die unterschiedlichen Sozialsysteme zurückzuführen ist. Das Migrationsverhalten ist allerdings innerhalb der Staaten sehr unterschiedlich (Stadt - Land).

Zur Definition von städtischen Räumen und Stadtregionen gibt es unterschiedliche Abgrenzungen, wobei das Festhalten an den administrativen Grenzen wohl auf jeden Fall zu kurz greift.

Der funktionalen Verflechtung der zentralen Orte und ihres Umlandes steht keine institutionalisierte Kooperation gegenüber, was zu Effizienzverlusten führt. Für Österreich zeigt sich, dass es zu einer starken Bevölkerungskonzentration in den und um die Landeshauptstädte/n und Wien kommt.

Oliver Puchner

Arbeitskreis Energiekonzepte: Kriterienkatalog „Potenzial für Plus-Energie-Sanierung“

Der Hauptteil der Einsparungen des Energieverbrauches in der Europäischen Union müsste im Gebäudebestand erfolgen. Dazu müssten alle oder möglichst viele der Gebäude aus der Zeit von 1945 bis 1980 saniert werden. Es gibt aber auch Gebäude, deren Weiterbestand nicht sinnvoll ist und es besser ist, das Gebäude abzutragen und neu zu bauen als es zu sanieren. Mit Hilfe von Sanierungstools kann eine Bewertung und Reihung der Gebäude zur Sanierung erstellt und dadurch eine Strukturierung im Gebäudebestand erreicht werden.

Das „Plus-Energiegebäude“

Von Seiten der AEE INTEC wurde im Rahmen eines Sanierungskonzeptes zum Plus-Energiehaus ein Kriterienkatalog neu entwickelt, dessen Ziel die Evaluierung des Potenzials von großvolumigen Gebäuden für die Sanierung zu „Plus-Energiegebäuden“ ist. „Der Kriterienkatalog dient dabei der Identifikation und Gewichtung aller relevanten Einflussfaktoren hinsichtlich der Gebäudetypologie, der Wahl des optimalen Dach- oder Fassadensystems und der Identifikation des Potenzials für den

Einsatz vorgefertigter Module“, so Dipl.-Ing. Dr. Karl Höfler von der AEE INTEC bei der Sitzung des Arbeitskreises Energiekonzepte in Bregenz.

Die vier Hauptkriterien der Bewertung sind dabei:

- die Qualität der Lage und des Standortes
- das Sanierungspotenzial des Bestandes
- das Potenzial, durch die Sanierung „Plus-Energie“ vor Ort erzeugen zu können und
- das Potenzial, vorgefertigte Fassaden- und/oder Dachmodule für die Sanierung einsetzen zu können

Die Situation in Österreich

In Österreich werden für den Neubau und die Sanierung bereits bestehende nationale Bewertungstools mit unterschiedlicher Zielsetzung verwendet. Grundsätzlich sind dies die Tools im Rahmen der „klima:aktiv“-Programmlinie und das „TQB“-Gebäude-Bewertungssystem. Diese Tools eignen sich für die Bewertung ab der Planungsphase, mit dem Schwerpunkt der Beurteilung des Zustandes nach der Fertigstellung oder Sanierung. Der vorliegende Kriterienkatalog zielt aber auf die Beurteilung

vor Planungsbeginn ab und stellt die Frage: Ist eine Sanierung an dem jeweiligen Standort mit den gegebenen Rahmenbedingungen überhaupt sinnvoll?

Im Kriterienkatalog gibt es ein Bewertungsschema mit max. 1.000 Punkten, wobei für positiv bewertete Eigenschaften Pluspunkte, für Eigenschaften ohne Auswirkungen keine Punkte und für Beeinträchtigungen bzw. Einschränkungen Minuspunkte vergeben werden. So werden z.B. bei der Qualität des Standortes die Kriterien Infrastruktur und Umgebung, Beeinträchtigungen, Grundstück und Umgebung sowie Gebäude betrachtet. Bei einem Demonstrationsprojekt in Kapfenberg war das erste Ziel die Reduktion des Stromverbrauches. Dabei stellte sich die Frage, wie weit man mit energieeffizienten Geräten den Stromverbrauch senken kann.

Bewertung vereinfacht

Mit Hilfe des Kriterienkataloges können nun Gebäude strategisch positioniert und im Rahmen eines Benchmarks verglichen werden. Sofern eine Sanierung als sinnvoll erachtet wird, kann das Projekt in den beiden bestehenden Bewertungssystemen (klima:aktiv und TQW) weitergeführt werden. Damit ist eine durchgehende Linie der Bewertungsmethodik garantiert. Beispiele dafür sind die Bewertung der Infrastruktur am Gebäudestandort oder die Prüfung von Nachverdichtungsmöglichkeiten bei Wohngebäuden. Der Kriterienkatalog kann unter www.aee-intec.at oder www.hausderzukunft.at heruntergeladen werden.

Weitere Themen der Sitzung waren u.a. die Besichtigung und das Probefahren von E-Fahrzeugen des Projektes Vlotte, die Aktivitäten im Energie- und Mobilitätsbereich der Landeshauptstadt Bregenz sowie der Masterplan Energie der Stadt Zürich. Die Sitzung des Arbeitskreises Energiekonzepte fand am 6. und 7. April 2011 in Bregenz statt.



Dernbauer

Guido Dernbauer

Ankündigung: 2. KDZ-Lehrgang „Bürgerservice“

KDZ-Praxislehrgang Bürgerservice

Konzepte, Tools & Exkursionen

September 2011 bis Jänner 2012

Seit mehr als zehn Jahren gibt es in Österreichs Städten, Gemeinden und auch Bezirksverwaltungen Bürgerservicestellen. Als Reformthema sind diese Bürgerservicestellen eine besonders augenfällige Erfolgsgeschichte der Modernisierung der Gemeindeverwaltungen, wird durch sie der neue Geist einer kunden- und serviceorientierten Verwaltung explizit sichtbar. Doch sowohl das Leistungsprogramm als auch das Organisationskonzept einer Bürgerservicestelle müssen den sich ändernden Herausforderungen laufend angepasst und weiterentwickelt werden. Dies gilt gleichermaßen auch für die MitarbeiterInnen von Bürgerservicestellen. Das Aufgabenfeld und Leistungsspektrum einer Bürgerservicestelle ist meist sehr breit und stellt hohe Erwartungen an die Flexibilität der Beschäftigten. Der direkte Kontakt mit Menschen stellt weiters hohe Anforderungen an die kommunikative, soziale und immer mehr auch interkulturelle Kompetenz.

Ziele

- ☐ alle relevanten Aspekte des modernen Bürgerservices beleuchten, aktuelle Entwicklungen und Perspektiven zeigen;
- ☐ die soziale, kommunikative und auch interkulturelle Kompetenz erweitern;
- ☐ Werkzeuge für die Weiterentwicklung der eigenen Bürgerservicestelle vermitteln;
- ☐ durch die Besichtigung von Bürgerservicestellen und den Dialog mit den dort Beschäftigten einen hohen Praxisbezug schaffen;
- ☐ den Erfahrungsaustausch zwischen den TeilnehmerInnen fördern und durch die gemeinsame Ausbildungszeit neue persönliche Kontakte zu MitarbeiterInnen in anderen Bürgerservicestellen ermöglichen.

Zielgruppe

LeiterInnen und MitarbeiterInnen von Bürgerservicestellen der Städte/Gemeinden/BHs sowie alle MitarbeiterInnen, die intensiven Kunden-/Parteien-/Klientenkontakt haben und die ihr Wissen über Bürgerservice erweitern, sowie spezielle kommunikative Kompetenzen erwerben wollen.

Detaillierte Informationen: <http://www.kdz.or.at/seminare>

Eva Wiesinger, wiesinger@kdz.or.at, +43 1 8923492-16

DIE PERFEKTE POP-WELLE

Premiere: „Waves Vienna“ heißt jenes Musikfestival, das im Herbst in die Stadt schwappt. Fünf Tage dienen die besten Clubs als Bühne für Legenden wie Gang of Four, oder für Newcomer wie Soap & Skin und Co.



Clara Luzia kann es schon kommen sehen: das „Waves Vienna“-Festival. Die heimische Ausnahmemusikerin ist einer der Topstars

Es gibt leichtere Übungen, als aus dem Programm des Waves Vienna einzelne Highlights herauszuheben. Nicht weniger als 80 Acts treten innerhalb von fünf Tagen auf. Höhepunkte gibt es zuhauf. Der erste, ganz große wird gleich bei der Eröffnung im Stadtsaal präsentiert: Soap & Skin. Dahinter verbirgt sich die gerade einmal 21-jährige Steirerin Anja Franziska Plaschg. Bereits vor Jahren als Pop-Wunderkind gefeiert, erfüllte sie mit dem ersten Album „Lovetune for Vacuum“ alle Erwartungen. Der sperrig-düstere Sound schaffte es neben Österreich auch in Deutschland in die Charts. Die „dunkle Prinzessin“, wie sie der Spiegel nannte, wurde zum Liebling des Feuilletons. Ob ihrer zerbrechlich-morbiden Erotik wird Anja Plaschg gerne mit Nico verglichen. Mit der Titelrolle in dem Theaterstück „Nico – Sphinx aus Eis“ und dem Song „Janitor of Lunacy“ befeuerte sie diese Assoziationen auch selbst. Aber keine Angst: Die Frau weiß, was sie tut; sie zieht die Fäden selbst; sie ist keine Marionette zynischer Producer.

LEGENDÄR: GANG OF FOUR

Mit dem Stadtsaal als Location tanzt die Eröffnung aus der Reihe. Denn die Musik spielt beim Waves Vienna eigentlich am Donaukanal und in der Leopoldstadt. Neben dem Badeschiff, das als Festivalzentrum dient, sind das Flex, das Fluc und die Pratersauna die wichtigsten Spielorte. Der Sound reicht von Alternative über Rock zu Electronic und Clubmusik – und er ist generationenübergreifend. Zwar liegt der Schwerpunkt bei jungen, aktuellen Acts, es ist aber auch Platz für eine der großen Post-Punk-Legenden. Die Gang of Four („To Hell with Poverty“) prägte mit ihrem Sound, der Funk und Punk zusammenbrachte, Legionen von MusikerInnen. Flea von den Red Hot Chili Peppers nennt sie sei-



The Duke Spirit: Die Briten präsentieren beim ersten „Waves Vienna“ klassischen Rock'n'Roll gepaart mit Blues-Einflüssen

nen wichtigsten Einfluss, und auch von REM-Frontmann Michael Stipe waren schon ähnliche Statements zu hören. Selbst wenn von der ursprünglichen Besetzung nur mehr Sänger Jon King und Gitarrist Andy Gill dabei sind: Ihr aktuelles Album „Content“ klingt unverkennbar nach Gang of Four. Innovativ, wenn auch ein wenig obskur, war die Finanzierung: Einer limitierten Edition lagen nicht nur ein Bonustrack und ein Buch bei, sondern auch Flakons mit verdünntem Blut (!) der Bandmitglieder.

EAST MEETS WEST

Das Festival-Thema „East Meets West“ vereint so unterschiedliche Acts wie die tschechische Akkordeonistin und Sängerin Jana Vebrova oder Jacek Sienkiewicz, den erfolgreichsten Techno-Produzenten Polens. Dazu passt auch die vielleicht schrägste Band des Festivals: Kreatiivmootor aus Estland. Das achtköpfige Ensemble mit seinen retro-avantgardistischen Klängen erinnert an verrückte Bands aus dem benachbarten Finnland. Für zusätzliche Verfremdungseffekte sorgt außerhalb ihrer Heimat meist auch der Gesang in Estnisch. Als ungefähre Richtung für alle, die noch nie etwas von Kreatiivmootor gehört haben (und das sind wohl die meisten), sei gesagt: Wer Pere Ubu oder die Einstürzenden Neubauten mag, wird Kreatiivmootor lieben.

HEIMSPIEL

Zum Schluss noch eine Österreich-Empfehlung: Die steirische Gitarrenlärncombo Killed By 9V Batteries und das kraftvolle Wiener Trio Black Shampoo präsentieren beim Waves Vienna ihre neuen Alben. „The Crux“ und „Whipped Cream“ heißen die brandneuen Tonträger. Das hat Claria Luzia schon im Frühjahr gemacht – und mit ihrem aktuellen Album „Fallen into Places“ KritikerInnen und Fans begeistert. Ob der Live-Qualitäten von Frontfrau und Band dürfen wir wohl einen der großen Höhepunkte des Waves Vienna erwarten.

INFO

Waves Vienna
28. 9.–2. 10. 2011
www.wavesvienna.com

DIE LOCATIONS

Badeschiff
Flex
Fluc
Pratersauna
Urania
Clubschiff
Stadtsaal
Dogenhof
Projektraum Viktor Bucher
Opel Corsa Stage

Fachausschuss für Abfallwirtschaft und Städtereinigung: Umsetzung der EU-Abfallrahmen-Richtlinie in Österreich erreicht

Mit der Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes, die am 15. Februar 2011 veröffentlicht wurde, ist es Österreich als einem von sechs Mitgliedsstaaten gelungen, eine fristgerechte Umsetzung in nationales Recht zu erreichen. „Damit kommt es zur Implementierung der neuen 5-stufigen Abfallhierarchie, die die Stufen Abfallvermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, Recycling, andere Formen der Verwertung sowie die Beseitigung umfasst“, so Dr. Christian Keri vom BMLFUW bei der 90. Sitzung des Fachausschusses für Abfallwirtschaft und Städtereinigung in Wiener Neustadt.

Eine Abweichung von dieser Abfallhierarchie ist nur dann zulässig, wenn unter gesamthafter Betrachtung aller Auswirkungen (von Erzeugung, Verwendung, Sammlung und Behandlung) eine andere Option unter den Aspekten des Umweltschutzes vorzuziehen ist. Nicht verwertbare Abfälle sind durch biologische, thermische, chemische oder physikalische Verfahren zu behandeln und feste Rückstände reaktionsarm ordnungsgemäß abzulagern. Eine europaweite Anpassung der Deponierichtlinie wäre dabei sehr schön, da es derzeit große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten gibt.

Die Abfallhierarchie besagt auch, dass unionsrechtliche Zielvorgaben im Hinblick auf das Recycling bis 2020 erreicht werden müssen. So soll es bei Kunststoff, Papier und Glas zumindest eine 50-prozentige Recyclingrate aus Haushalten und haushaltsähnlichen Abfällen geben. Bei Baurestmassen ist eine Recyclingquote von 70 Prozent inkl. Bergversatz vorgesehen.

Den Müll reduzieren

Die Definition der Abfallvermeidung findet sich im AWG wieder. Als Abfallvermeidung gelten Maßnahmen, die ergriffen werden, bevor ein Produkt zu Abfall geworden ist. Dabei müssen sich die Abfallmenge, der Schadstoffgehalt in den Produkten und negative Auswirkungen auf die Umwelt und

menschliche Gesundheit verringern. Gemäß der Vorgabe der Abfallrahmenrichtlinie ist bis Ende 2012 ein Abfallvermeidungsprogramm zu erstellen. Dabei soll das Wirtschaftswachstum von dem mit der Abfallerzeugung verbundenen Umweltauswirkungen entkoppelt werden. Die Ziele des Abfallvermeidungsprogramms für 2012 sind die Etablierung einer stärkeren Kostenwahrheit und Produzentenverantwortung. Es sollte der Einsatz von Rohstoffen verringert und die stoffliche Kreislaufführung ausgebaut werden. „Letztendlich muss es zu einer Veränderung der Wegwerfgesellschaft zu einer nachhaltigen Gesellschaft kommen“, so Dr. Keri.

Schadstoffvermeidung anstreben

Ein weiteres Ziel des Programms ist die Schadstoffreduktion bei gleichzeitiger Ressourcenschonung und die Emissionsminderung. So sollen Schadstoffe auch über das Recycling nicht bunt verteilt werden. Es müssen Maßnahmen zum abfallarmen Bauen und zur Abfallvermeidung in Betrieben sowie Haushalten gesetzt werden. In den Betrieben wird bezüglich Abfallvermeidung schon sehr viel getan – es ist allerdings kaum dokumentiert. In den Haushalten ist es relativ schwierig, einen nachhaltigen Konsum zu erreichen. Mittels einer Informationskampagne sollen für private Haushalte Möglichkeiten zur Abfallvermeidung aufgezeigt werden. Auch erfolgt eine Unterstützung durch AbfallberaterInnen der Gemeinden und der Abfallwirtschaft – dies ist allerdings



Stadtrat Wolfgang Mayerhofer begrüßte die TeilnehmerInnen und erläuterte die Aktivitäten von Wr. Neustadt im Umweltbereich

in Österreich noch unterschiedlich etabliert. Der Bundesabfallwirtschaftsplan 2011 sollte bis Ende Juni 2011 zumindest im Internet veröffentlicht werden.

Weitere Themen der Sitzung in Wr. Neustadt waren u.a. die Zertifizierung für Entsorgungsfachbetriebe, die Reform der Müllentsorgung in der Stadt Salzburg, die Ökobilanz von Getränkeverpackungen in Österreich (Sachstand 2010), die Interkommunale Kooperation in der Abfallwirtschaft sowie der aktuelle Stand der politischen Diskussion zu „Mehrweg vs. Einweg“. Die Sitzung fand von 28. bis 29. April in der Skyline von Wr. Neustadt statt.

Guido Dermbauer



TERMINE

Ausschüsse, Sitzungen, Tagungen

8. bis 9. September 2011: **Arbeitskreis Erfahrungsaustausch der Schlichtungsstellen**, Wien (Information: Ulla Weinke, Tel.: +43 (0)1 4000 89996, E-Mail: ulla.weinke@staedtebund.gv.at)

21. bis 22. September 2011: **Finanzkommission**, Bregenz (Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1/4000 89994, E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

21. bis 23. September 2011: **Fachausschuss für Stadtgärten**, Klagenfurt (Information: Alexander Lesigang, Tel.: +43 (0)1 4000 89978, E-Mail: alexander.lesigang@staedtebund.gv.at)

(4.) 5. bis 6. Oktober 2011: **Fachausschuss für Kontrollamtsangelegenheiten**, Klagenfurt (Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1/4000-89994, E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

5. bis 6. Oktober 2011: **Fachausschuss für Gewerberecht und Gewerbetchnik**, Klagenfurt (Information: Sabine Marchart, Tel.: +43 (0)1 4000 89977, E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

5. bis 6. Oktober 2011: **Fachausschuss für Schulverwaltung**, Schwechat (Information: Sevim Aksakalli, Tel.: +43 (0)1 4000 89975, E-Mail: sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at)

12. bis 13. Oktober 2011: **Fachausschuss für Statistik und Registeranwendungen**, Kapfenberg (Information: Oliver Puchner, Tel.: +43(0)1/4000-89994, E-Mail: oliver.puchner@staedtebund.gv.at)

13. bis 14. Oktober 2011: **Fachausschuss für Stadtvermessung**, Wolfsberg (Information: Johannes Eschenbacher, Tel.: +43(0)1/4000-89984, E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

13. bis 14. Oktober 2011: **Fachausschuss für Personalmanagement**, Wels (Information: Sabine Marchart, Tel.: +43 (0)1 4000 89977, E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

17. bis 19. Oktober 2011: **Fachausschuss für Marktamsangelegenheiten**, Wiener Neustadt (Information: Ulla Weinke, Tel.: +43 (0)1 4000 89996, E-Mail: ulla.weinke@staedtebund.gv.at)

20. Oktober 2011: **Fachausschuss für Friedhöfe und Feuerhallen sowie Fachausschuss für Bestattungswesen**, Graz (Information: Alexander Lesigang, Tel.: +43 (0)1 4000 89978, E-Mail: alexander.lesigang@staedtebund.gv.at)

20. bis 21. Oktober 2011: **Fachausschuss für Veterinärangelegenheiten**, Klagenfurt (Information: Sabine Marchart, Tel.: +43 (0)1 4000 89977, E-Mail: sabine.marchart@staedtebund.gv.at)

20. bis 21. Oktober 2011: **Fachausschuss für Öffentlichkeitsarbeit**, Innsbruck (Information: Saskia Sautner, Tel.: +43 (0)1 4000 89990, E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at)

3. bis 4. November 2011: **Fachausschuss für Rechtsangelegenheiten**, Innsbruck (Information: Johannes Schmid, Tel.: +43 (0)1 4000 89982, E-Mail: johannes.schmid@staedtebund.gv.at)

16. bis 17. November 2011: **Fachausschuss für Integration**, Salzburg (Information: Sevim Aksakalli, Tel.: +43 (0)1 4000 89975, E-Mail: sevim.aksakalli@staedtebund.gv.at)

1. bis 2. Dezember 2011: **Fachausschuss für Bauangelegenheiten**, Wien (Information: Alexander Lesigang, Tel.: +43 (0)1 4000 89978, E-Mail: alexander.lesigang@staedtebund.gv.at)

1. bis 2. Dezember 2011: **Fachausschuss für Informationstechnologien**, Steyr (Information: Johannes Eschenbacher, Tel.: +43(0)1/4000-89984, E-Mail: johannes.eschenbacher@stadtebund.gv.at)

23. bis 25. April 2012: **Fachausschuss für Marktamsangelegenheiten**, Steyr (Information: Ulla Weinke, Tel.: +43 (0)1 4000 89996, E-Mail: ulla.weinke@staedtebund.gv.at)

26. bis 28. September 2012: **Europäischer Gemeindetag – Generalversammlung des RGRE**, Cadiz (Information: www.ccre.org)

Alle rot markierten Termine sind ausschließlich für Mitglieder des Städtebundes

Ertragsanteilsvorschüsse für August 2011 (Beträge in 1.000 EURO)

a) Berechnungsbasis für die Vorschüsse an gemeinschaftlichen Bundesabgaben (GBA)

	Ertrag für 08/2011 ¹⁾	Veränderung ggü. 08/2010	Ertrag für 01-08/2011	Veränderung ggü. 01-08/2010
	in 1.000 €	in %	in 1.000 €	in %
GBA mit einheitlichem Schlüssel	4.623.114	1,3%	42.672.961	6,7%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	-94.661		1.582.097	2,9%
Lohnsteuer	1.780.378	1,0%	13.897.974	4,2%
Körperschaftsteuer	-74.488		2.925.902	23,7%
Umsatzsteuer	1.883.814	-1,6%	15.560.669	4,0%
Mineralölsteuer	350.259	16,4%	2.733.757	8,8%
GBA mit speziellen Schlüsseln	140.640	2,1%	1.121.078	4,3%
davon:				
Bodenwertabgabe	51	-64,2%	4.228	-2,1%
Werbeabgabe	10.284	-10,1%	79.791	3,9%
Grunderwerbsteuer	59.957	2,8%	485.658	5,3%
GBA gesamt	4.763.754	1,4%	43.242.637	6,7%

¹⁾ i.d.R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) Gemeindeertragsanteile

	Vorschuss für 08/2011	Veränderung ggü. 08/2010	Vorschuss für 01-08/2011	Veränderung ggü. 01-08/2010
	in 1.000 €	in %	in 1.000 €	in %
Burgenland	15.194	4,8%	137.044	9,6%
Kärnten	36.054	2,7%	329.070	6,9%
Niederösterreich	94.380	3,9%	865.670	9,4%
Oberösterreich	89.706	3,0%	826.727	8,7%
Salzburg	40.456	4,9%	364.272	8,4%
Steiermark	73.385	2,7%	670.944	9,0%
Tirol	51.388	4,6%	455.923	8,5%
Vorarlberg	27.450	8,4%	244.479	9,9%
Wien	145.884	-0,1%	1.339.133	6,7%
Summe	573.896	2,9%	5.233.262	8,3%



Österreichischer
Städtebund

www.staedtebund.gv.at

Wir verbinden Städte



Der Österreichische Städtebund verbindet 246 Städte und Gemeinden in ganz Österreich. In unseren Mitgliedsgemeinden leben mehr als vier Millionen Menschen. Städtische Verkehrsmittel, Kindergärten, Betreuungsdienste für Senioren, Horte, Pflichtschulen, Kultureinrichtungen, eine serviceorientierte Abfallentsorgung und viele weitere Angebote machen unsere Städte lebenswert. Österreichs Städte sind regionale Zentren und Impulsgeber für ein starkes Umland.

Wir schaffen Lebensqualität

Österreichs Städte und Gemeinden bekommen im Rahmen internationaler Untersuchungen immer wieder Bestnoten in Sachen Bürgernähe und Lebensqualität. Daher ist der Österreichische Städtebund seit Jahren bemüht, das kommunale Wissen intern und international zu verbreiten. Mit Erfolg. Besucher und Experten aus ganz Europa finden in Österreichs Städten Vorbilder und zahlreiche Anregungen.

Wir vertreten Städteinteressen

Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung ist immer Dienst am Bürger und braucht Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, im Interesse der Bürger zu handeln. Daher ist die Interessenvertretung gegenüber Bund, Ländern und EU-Institutionen ein zentraler Punkt in unserer Arbeit. Sei es nun im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs oder im Zuge der Erarbeitung von Gesetzen auf EU-Ebene.

www.staedtebund.gv.at

VERFASSUNGSGERICHTSHOF UND EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE **ANBRINGEN DES KREUZES IM KINDERGARTEN NACH ANSICHT DES VfGH UND DES EGMR NICHT GRUND- RECHTSWIDRIG**

In einem mit Spannung erwarteten Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes erkannte dieser (Entscheidung vom 9.3.2011, G 287/09), dass eine gesetzliche Regelung, wonach

in den Gruppenräumen jener Kindergärten, an denen die Mehrzahl der Kindergartenkinder einem christlichen Religionsbekenntnis angehört, ein Kreuz anzubringen ist, nicht gegen die Verfassung verstößt. Vor dem Hintergrund der grundsätzlichen Trennung zwischen Kirche und Staat sei eine Bestimmung über die Anbringen eines Kreuzes nicht als Präferenz des Staates für eine bestimmte Religion zu werten.

Das weitere Antragsthema betreffend die im Kindergarten vorgesehenen religiösen Feiern wurde vom VfGH als unzulässig zurückgewiesen, da die Teilnahme an solchen Festen nach dem NÖ Kindergartengesetz nicht verpflichtend sei. In einem ähnlich gelagerten Fall betreffend Kruzifixe in Klassenzimmern staatlicher Schulen in Italien entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (Urteil vom 18.03.2011, Beschwerde-Nr. 30814/06), dass ein an der Wand angebrachtes Kruzifix ein seinem Wesen nach passives Symbol sei, dessen Einfluss auf die Schüler nicht einem didaktischen Vortrag oder mit der Teilnahme an religiösen Aktivitäten verglichen werden könne und daher nicht zu einer staatlichen Indoktrinierung führe.

Hintergrund und Rechtsfragen

Die Beschwerde gegen Kreuze und religiöse Feiern im Kindergarten hatte ein nie-

derösterreichischer Vater eingebracht. Der Antragsteller brachte vor, dass seine Tochter bis zur Religionsmündigkeit ohne religiöses Bekenntnis, jedoch weltoffen und dem Pluralismus verpflichtet aufwachsen solle. Sowohl durch die Veranstaltung religiöser Feiern und die damit verbundene Vorbereitung als auch durch das Anbringen eines Kreuzzeichens in Augenhöhe der Kinder, welches von diesen unmöglich übersehen werden könne, werde er in der von ihm für sein

Kind gewünschten, konfessionslosen Erziehung gestört. Die angeführten Umstände seien dazu geeignet, dem Kind „den Eindruck zu vermitteln, dass der christliche Glaube in Österreich dem Staat besonders nahe stehe und demzufolge den privilegierten Status einer Staatskirche genieße, anstatt ihm die Werte einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft zu vermitteln.“

Der VfGH gab den Landesregierungen und dem Verfassungsdienst Gelegenheit zur Stellungnahme. In den Äußerungen wurde die Antragslegitimation der Antragsteller bestritten, weil der Kindergartenbesuch in Niederösterreich freiwillig sei. Der VfGH wies diesen Einwand zu Recht zurück: es wäre nicht zumutbar, wenn auf den Kindergartenbesuch nur deshalb verzichtet werden müsse, um so den Kontakt des Kindes mit religiösen Symbolen zu vermeiden.

Die Antragsteller behaupteten, in ihren Rechten nach Art. 9 EMRK bzw. Art. 14 StGG verletzt worden zu sein. Nach Art. 9 Abs. 1 EMRK hat jedermann das Recht auf Religionsfreiheit. Art. 14 Abs. 1 StGG gewährleistet jedem/jeder die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Art. 9 EMRK und Art. 14 StGG schützen nicht nur die aktive Religionsausübung, sondern umfassen auch das Recht, keiner Religion anzugehören und insbesondere nicht zu religiösen Handlungen bzw. zur Teilnahme an diesen gezwungen zu werden. Art. 9 Abs. 2 EMRK enthält einen materiellen Gesetzesvorbehalt: Demnach darf die Religionsfreiheit nicht Gegenstand anderer als vom Gesetz vorgesehener Beschränkungen sein, die in einer demokratischen Gesellschaft notwendige Maßnahmen im Interesse der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit und Moral oder für den Schutz der Rechte und Freiheiten anderer sind.



Bilderbox

Das Kreuz symbolisiert kein Staatskirchentum

Nach Ansicht des VfGH scheide in einem staatskirchenrechtlichen System wie dem österreichischen, das vom Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche geprägt ist, eine Deutung des Symbols des Kreuzes dahingehend, dass es als Ausdruck eines Staatskirchentums verstanden werden kann, von vornherein aus. Der bloße Anblick eines Kreuzes begründe keine Pflicht, gegenüber diesem ein Zeichen der Ehrerbietung oder religiöse Handlungen zu setzen. Gegen die Antragsteller sprach auch der Umstand, dass die Anbringung des Kreuzes im NÖ Kindergarten gesetz (allein) davon abhängig gemacht wird, dass die Mehrzahl der Kindergartenkinder einem christlichen Religionsbekenntnis angehört. Selbst unter der Annahme, dass die Anbringung von Kreuzen einen Eingriff in das Recht auf (negative) Religionsfreiheit bilden könnte, würde kein unverhältnismäßiger Eingriff vorliegen, da auch die Rechte der Kinder christlichen Glaubens und ihrer Eltern zu berücksichtigen sind.

Recht auf Bildung nicht verletzt

Die Antragsteller machten darüber hinaus eine Verletzung ihres Rechts auf Bildung nach Art. 2 1. ZP EMRK geltend. Nach dieser Bestimmung hat der Staat bei Ausübung der von ihm auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts übernommenen Aufgaben das Recht der Eltern zu achten, die Erziehung und den Unterricht entsprechend ihren eigenen religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen sicherzustellen. Die Staaten werden aber nicht daran gehindert, in ihrem Unterrichts- und Erziehungswesen Informationen zu verbreiten, die religiöser oder weltanschaulicher Natur sind. Der Staat ist jedoch verpflichtet, darüber zu wachen, dass die Kenntnisse, die zum Unterrichtsprogramm bzw. den Bildungszielen gehören, sachlich, kritisch und pluralistisch verbreitet werden. Art. 2 1. ZPEMRK wird verletzt, wenn der Unterricht in einer einseitigen, tendenziösen und damit indoktrinierenden Art und Weise erfolgt (Indoktrinierungsverbot). Der VfGH entschied, dass der gesetzliche Beurteilungsspielraum nicht überschritten wurde, da die konkurrierenden Bildungsinteressen

christlicher Kindergartenkinder mit jenen von christliche Symbole ablehnenden Kindern und ihren Eltern zum Ausgleich zu bringen sind.

Das Kreuz ist ein passives Symbol

Nur wenige Tage nach dem Erkenntnis des VfGH stellte auch der EGMR fest, dass zwar das Anbringen von Kruzifixen der Mehrheitsreligion eine dominante Sichtbarkeit in der schulischen Umgebung ermöglicht, dass dies aber nicht ausreiche, um von einer Verletzung des Indoktrinierungsverbotes zu sprechen. Ein Kreuz sei nach seinem Wesen ein passives Symbol, dessen Einfluss auf die Schüler nicht einem didaktischen Vortrag oder mit der Teilnahme an religiösen Aktivitäten verglichen werden könne. Darüber hinaus gelangte der Gerichtshof zur Auffassung, dass die Wirkung der höheren Sichtbarkeit des Kreuzes angesichts der sonstigen Rahmenbedingungen (z.B. keine Verpflichtung zum christlichen Religionsunterricht, Feiern anderer Religionen werden anerkannt) relativiert werden müsse. Es soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass im erstinstanzlichen Verfahren der EGMR noch eine Grundrechtsverletzung erblickt hat und das nunmehr vorliegende Urteil des EGMR, welches von der Großen Kammer mit 17 Richtern gefällt wurde, nicht einstimmig war. Die abweichenden

Meinungen der Richter aus der Schweiz und Bulgarien sind dem Urteil beigelegt. Auch ist hervorzuheben, dass der EGMR dem Argument der „Tradition“ eine eindeutige Absage erteilt hat. Der Gerichtshof unterstrich, dass die Entscheidung eines Staates, eine Tradition zu bewahren, zwar im Prinzip in dessen Beurteilungsspielraum fällt, der Verweis auf eine Tradition die Staaten aber nicht von ihrer Verpflichtung entbinden kann, die Rechte nach der EMRK zu achten.

Kommunale Auswirkungen

In Kindergärten, in denen die Mehrzahl der Kindergartenkinder einem christlichen Religionsbekenntnis angehört, können Kreuze in Gruppenräumen aufgehängt werden. Ist dies nicht der Fall, sollte dies (aus grundrechtlicher, nicht aus landesgesetzlicher Sicht) zumindest in jenen Klassenräumen zulässig sein, die ausschließlich nur Einzelgruppen besuchen können, die mehrheitlich einem christlichen Religionsbekenntnis angehören. Kein Kind darf gegen den Wunsch der Eltern zur Teilnahme an religiösen Feiern, zu denen im gegebenen Zusammenhang auch das Nikolausfest zu zählen ist, oder zur dessen Vorbereitung gezwungen werden.

Clemens Lintschinger, Rechtsanwalt



EUROPÄISCHER GERICHTSHOF NEUES VORABENT- SCHEIDUNGERSUCHEN AN DEN EUGH ZUR FRAGE DES VORLIEGENS EINER IN-HOUSE-VERGABE

Unter einer In-House-Vergabe versteht man kurz zusammengefasst, dass ein Auftrag aufgrund eines Naheverhältnisses zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem Leistungserbringer ohne Einhaltung der förmlichen Vorschriften der Vergabegesetze erteilt werden darf. Unproblematisch ist in der Regel der Fall der In-House-Vergabe im engeren Sinn, d.h. wenn der öffentliche Auftraggeber eine Leistung sich selbst erbringt. Ein solcher Fall liegt immer dann vor, wenn eine organisatorische Einheit für eine andere organisatorische Einheit desselben Auftraggebers Leistungen

erbringt. Strittig hingegen ist der Fall der In-House-Vergabe im weiteren Sinn, die auch als „quasi In-House-Vergabe“ bezeichnet wird.

Bei dieser wird formal ein Auftrag an einen anderen Rechtsträger vergeben, aber auf Grund der besonderen Verbindungen des beauftragten Rechtsträgers zum Auftraggeber, wird auch hier davon ausgegangen, dass der öffentliche Auftraggeber eine Leistung an sich selbst erbringt. Zur Frage, unter welchen Voraussetzungen man von einer quasi In-House-Vergabe sprechen darf, gibt es mittlerweile eine umfangreiche Rechtsprechung des EuGH. Trotzdem sind bei weitem nicht alle strittigen Punkte geklärt, was durch das jüngste Vorabentscheidungsersuchen des obersten italienischen Verwaltungsgerichtes (verbundene Rechtssachen C-182/11 und C-183/11 – Econord ua.) bezeugt wird.

Rechtsfrage

Zur Erinnerung: Ausgangspunkt der Möglichkeit einer formlosen In-House-Vergabe war das richtungweisende Urteil des EuGH in der Rechtssache „Teckal“ aus dem Jahr 1999. Der Gerichtshof entschied, dass der Leistungserbringer im Verhältnis zum Auftraggeber (AG) ein Dritter sein muss, um die Vergabevorschriften anwenden zu müssen. Wenn der Auftraggeber über den Leistungserbringer eine analoge Kontrolle ausübt, wie „über eine eigene Dienststelle“ und wenn dieser zugleich seine Tätigkeit „im Wesentlichen“ für den AG verrichtet, der die Anteile an der Gesellschaft inne hat, werde dieser Fall vom Anwendungsbereich der Vergaberegeln nicht umfasst. In der ebenfalls sehr bekannten Entscheidung in der Rechtssache „Stadt Halle“ (Urteil vom 11.1.2005) urteilte der Gerichtshof, dass selbst eine



Der Sitz des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg

nur minderheitliche Beteiligung eines privaten Unternehmens am Kapital der zu beauftragenden Gesellschaft es ausschließe, dass der öffentliche A G über diese G e-sellschaft eine ähnliche Kontrolle ausübe wie über eine eigene Dienststelle.

Parking Brixen

Ein weiterer Markstein in der In-House-Judikatur war das Urteil des EuGH vom 13.10.2005 in der Rechtssache „Parking Brixen“, in dem der G gerichtshof einige Kriterien aufzeigte, die zur B eurteilung der analogen K ontrolle wie über eine eigene Dienststelle heranzuziehen sind (zum Beispiel: die beabsichtigte Öffnung der Gesellschaft für F remdkapital; die Ausweitung der geografischen T ätigkeit auf den gesamten Staat und auf das Ausland; der Umstand, dass eine Aktiengesellschaft sich dur ch eine ausgeprägte Marktausrichtung auszeichne; die B e-schränkung der Kontrolle auf Kontrollrechte des Gesellschaftsrechts). Das Vorliegen einer analogen K ontrolle hat der EuGH in der Rechtssache „Coditel Brabant“ (Urteil vom 13.11.2008) bejaht, wenn die beauftragte Gesellschaft im Eigentum einer Vielzahl von Gebietskörperschaften steht und diese die Kontrolle gemeinsam, gegebenenfalls mit M ehrheitsbeschluss, ausüben. Es sei nicht notwendig, dass die K ontrolle individuell durch jede beteiligte Gebietskörperschaft erfolgen müsse.

Welche Grundsätze ableiten?

Aus dem zuletzt genannten Urteil könnte der Grundsatz abgeleitet werden, dass die individuelle Kontrollsituation eines öffentlichen AG über den potenziellen A uf-tragnehmer (AN) immer dann nicht entscheidend ist, solange der öffentliche AG gemeinsam mit anderen öffentlichen AG über den AN insgesamt eine analoge Kontrolle ausübt wie über eine eigene Dienststelle. Dies hat in I talien zu folgendem, aus vergaberechtlicher Sicht strittigen Sachverhalt geführt: Eine Kommune hatte sich an einer G esellschaft einer anderen Kommune mittels Übernahme einer bloß einzigen Aktie beteiligt, um dieser G e-sellschaft die Verwaltung des städtischen Gesundheitsdienstes zu übertragen. Das



Das EuGH-Urteil zu Parking Brixen (i.B. der Brixner Dom) lieferte neue Beurteilungskriterien

italienische Gericht will nunmehr wissen, ob der Grundsatz, dass es nicht auf die Situation der einz elnen öffentlichen Körperschaft ankomme, auch in dem Fall anzuwenden ist, wenn eine der beteiligten Gemeinden nur über eine Aktie der G e-sellschaft besitzt und die gesellschafts-ähnlichen Übereinkünfte zwischen den öffentlichen AG nicht geeignet sind, der beteiligten Gemeinde irgendeine effektive Kontrolle über die beauftragte Gesellschaft zu verschaffen. Aus Sicht des G erichts stelle in einem solchen Fall die Beteiligung nur ein formales G ewand eines Dienstleistungsvertrags dar.

Auswirkungen auf die Kommunen

Soweit ersichtlich, wurden in Österreich bisher nur Stimmen laut, die gegenständlichen Sachverhalt als In-House-Vergabe einstufen wollen. Ohne Zweifel würde das In-House-Modell unter Beschuss geraten, wenn sich der EuGH der Ansicht des vorliegenden Gerichts anschließen würde. Nach Ansicht des A utors ist der

Sachverhalt aber kritisch zu wür digen. Es ist nicht auszuschließen, dass der EuGH im gegenständlichen F all eine Umgehungsabsicht erblickt und den Grundsatz anwendet, dass das Vergaberecht nicht v or gesellschaftsrechtlichen Konstruktionen kapituliert. Es wird auch zu würdigen sein, dass die beauftragende Gesellschaft bei einer B eteiligung von nur einer Aktie de facto keine Mitsprachemöglichkeit besitzt, sodass eine effektive „gemeinsame“ (!) Kontrolle in Frage gestellt ist. Vollständigkeitshalber ist noch zu erwähnen, dass nicht auf das zw eite Erfordernis einer In-House-Vergabe vergessen werden darf: die beauftragte G esellschaft muss im Wesentlichen für die öffentlichen AG tätig werden. Auch dieses „Wesentlichkeitskriterium“ ist in vielen Fällen strittig und sollte mit U msicht geprüft werden. Nach Vorliegen des Urteils des EuGH wird über das Ergebnis berichtet werden, bis dahin ist von solchen Modellen abzuraten.

Clemens Lintschinger, Rechtsanwalt



Internationale Erfahrung für regionale Projekte

In der Größe des Projekts machen wir keinen Unterschied. Wir widmen uns jedem Auftrag zu 100 %. Gewohnt professionell und immer mit persönlichem Einsatz. Flexibilität und Kompetenz machen uns zu einem verlässlichen Partner. Ein flächendeckendes Netz von Niederlassungen und Filialen gewährleistet die Nähe zu unseren Kunden.

Informationen über ALPINE Standorte in Ihrer Nähe finden Sie unter // www.alpine.at

LERNEN SIE UNS VON EINER NEUEN SEITE KENNEN.

Unter inside.alpine.at können Sie unser Kundenmagazin **INSIDE** kostenlos bestellen, die Download-Version direkt herunterladen oder weiterführende Artikel in unserem Online-Magazin lesen.

